

## Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	III
1 Einleitung	1
2 Ausgangspunkt und Begleitumstände	5
2.1 Die städtisch-ländliche Divergenz	5
2.1.1 Die Systeme zur Diskriminierung der Bauern im kommunistischen China	6
2.1.2 Das neue Phänomen der ländlich-städtischen Migration	8
2.2 Die Einkommensverteilung vor der Reformperiode	9
2.2.1 Egalitarismus auf chinesisches	9
2.2.2 Ungleichheiten innerhalb der Gleichheit	11
2.3 Der politische Kurswechsel: Wirtschaftswachstum statt sozialer Ausgleich	12
2.4 Der Hintergrund der Polarisierung: Allgemeine Verbesserung des Lebensstandards	13
2.5 Das statistische Problem	14
3 Die Verteilung der städtischen und ländlichen Einkommen: Dualismus auf zwei Ebenen	16
3.1 Die Ebene der städtisch-ländlichen Disparität	17
3.1.1 Neue Setzung der wirtschaftspolitischen Variablen in der reformperiode: Der U-förmige Verlauf der städtisch-ländlichen Einkommensdisparität	20
3.1.2 Gründe für die Abnahme der städtisch-ländlichen Einkommenskluft bis 1985	24
3.1.3 Gründe für das erneute Anwachsen der Kluft seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre	25
3.1.4 "Synchrone Erschütterungen" der Nachfrage- und Branchenstruktur: Eine interessante Folge der Einkommensverteilung	28

Re-  
Ein-

3.2 Die städtische Ebene: Geplantes Einkommen und Einkommen außer Plan	29
3.2.1 Stagnation des öffentlichen und Aufschwung des privaten Sektors	30
3.2.2 Verzerrung der Einkommensdifferenziale durch hohen Anteil der Subventionen und Naturaleinkommen der im öffentlichen Sektor Beschäftigten	32
3.2.3 Insider-control und elastische Lohnplanung oder die Unfähigkeit der Regierung, den Einkommenssteigerungen im öffentlichen Sektor Einhalt zu gebieten	36
3.3 Die ländliche Ebene: Der landwirtschaftliche und der nicht-landwirtschaftliche Sektor	37
3.3.1 Einführung des Verantwortungssystems, Involution der Landwirtschaft und Aufschwung von Industrie und Dienstleistungsgewerbe	38
3.3.2 Das regionale Gefälle der ländlichen Einkommen	41
3.3.3 Determinanten des individuellen Einkommens	44
3.3.4 Abgabekoeffizient und "tanpai": Die Belastung der ländlichen Bevölkerung mit lokalen Sondersteuern und -gebühren	45
4 Streiflicht über weitere "Hot Topics" der Einkommensverteilung	47
4.1 Obliquität der Einkommensungleichgewichte: Die anderen Disparitäten	47
4.1.1 Die Ost-West-Kluft	47
4.1.2 Die Disparität zwischen Branchen	50
4.2 Armut in China	52
4.3 Exkurs in die Graubereiche: Einkommen aus der Schattenwirtschaft	56
4.3.1 Illegale Einkommen	56
4.3.2 Rent-Seeking und Transformationsgewinne	57
4.4 Die Reflexion der Einkommensdisparitäten in der Bevölkerung: Werturteile und soziale Befindlichkeiten	58
5 Die Einkommensungleichgewichte im Spiegel der ökonomischen Theorie: Kuznets' Hypothese und Produktivitätsunterschiede als realwirtschaftlicher Hintergrund der Disparitäten	60
6 Ergebnisse und Perspektiven	64
Literatur	68

## Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

### Tabellen

Tabelle 1:	Gini-Koeffizienten ausgewählter Länder	10
Tabelle 2:	Die Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen in einigen ausgewählten Ländern	11
Tabelle 3:	Einkommensdifferentiale in China: Verschiedene Schätzungen von Gini-Koeffizienten (mit Jahresangabe)	16
Tabelle 4:	Disparität der Pro-Kopf-Einkommen der städtischen und ländlichen Haushalte	20
Tabelle 5:	Veränderungen von Indikatoren des Lebensstandards in den städtischen und ländlichen Räumen	22
Tabelle 6:	Preisindizes der landwirtschaftlichen Produktion (Vorjahr = 100)	26
Tabelle 7:	Maßzahlen der städtischen Ungleichheit	30
Tabelle 8:	Differentiale des Bareinkommens im öffentlichen und privaten Sektor im Jahr 1988	31
Tabelle 9:	Anteil der im privaten Sektor Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %	32
Tabelle 10:	Die einzelnen Posten des jährlichen Gesamteinkommens pro Kopf in % des Gesamteinkommens in den Jahren 1985, 1990 und 1994	34
Tabelle 11:	Maßzahlen der ländlichen Ungleichheit	38
Tabelle 12:	Durchschnittliches Nettoeinkommen 1992 der in verschiedenen Branchen Tätigen	40
Tabelle 13:	Regionales Gefälle des Nettoeinkommens der ländlichen Haushalte	42
Tabelle 14:	Provinzielles Gefälle des Nettoeinkommens der ländlichen Haushalte	42
Tabelle 15:	Einkommen von Bewohnern verschiedener geologischer Regionen im Jahre 1992	44
Tabelle 16:	Beschäftigungsanteil in ländlichen Betrieben und durchschnittliches Nettoeinkommen in Abhängigkeit vom Bildungsstand im Jahre 1992 in Yuan	45
Tabelle 17:	Abgabenbelastung der Einkommensdezile im Jahre 1992	45
Tabelle 18:	Disparitäten der westlichen und östlichen Pro-Kopf-Einkommen	48
Tabelle 19:	Durchschnittliches Lohnniveau verschiedener Branchen in den Jahren 1978 und 1994	51
Tabelle 20:	Armut in China	53

## IV

Tabelle 21: Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft (Yuan, in Preisen von 1990)	62
---	----

### **Abbildungen**

Abbildung 1: Der doppelte Dualismus der chinesischen Volkswirtschaft	17
Abbildung 2: Entwicklung der Disparität zwischen ländlichen und städtischen Einkommen von 1980-94	21
Abbildung 3: Erhöhung der bäuerlichen Einkommen durch die Reformmaßnahmen Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre	24

## 1 Einleitung\*

Die Verteilung der Einkommen in sich marktwirtschaftlichen Reformen öffnenden Entwicklungsländern stellt sowohl ein Entwicklungs- als auch ein Transformationsphänomen dar. Die Entwicklungsökonomie geht eindeutig von einer durch steigende Produktivitätsdifferenziale bedingten Zunahme der Einkommensdisparitäten einer sich industrialisierenden und modernisierenden Volkswirtschaft aus. Über die Auswirkungen des institutionellen Wandels auf die Einkommensverteilung sind dagegen keine eindeutigen Aussagen möglich. Sie hängen vielmehr von den Mechanismen der Einkommensverteilung vor dem Einsetzen wirtschaftspolitischer Reformen und dem je spezifischen eingeschlagenen Reformkurs ab.

Auf der Basis dieser theoretischen Aussagen ist die Entwicklung der individuellen Einkommen in der VR China während der Reformperiode zu sehen. Sie läßt sich grob in zwei Phasen einteilen: Bis 1985 ist einerseits eine deutliche Verkleinerung der rural-urbanen Einkommensschere zu beobachten, andererseits weisen Maßzahlen zur Messung der Einkommensverteilung wie der Gini-Koeffizient auf eine Konstanz des im internationalen Vergleich gesehen sehr niedrigen Niveaus der Ungleichheit innerhalb der ländlichen und städtischen Gebiete hin. Seit Mitte der 80er Jahre ist dagegen eine beträchtliche Zunahme der Einkommensdisparitäten sowohl zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten als auch innerhalb dieser Regionen zu verzeichnen.

Der Rückgang der städtisch-ländlichen Einkommenskluft bis Mitte der 80er Jahre ist vor allen Dingen eine Konsequenz des Einsetzens der Wirtschaftsreformen auf dem Lande (Erhöhung der staatlichen Ankaufpreise für Agrarprodukte, Zulassung von Märkten, Anregung von Privatinitiative durch die Dekollektivierung und Quasi-Privatisierung der landwirtschaftlichen Produktion) bei Fortführung der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung in den Städten. Die geringen urbanen Lohndifferenziale und die relativ gleichmäßige Verteilung der Böden an die Haushalte im Rahmen des Verantwortungssystems resultierten in einer unverändert niedrigen Einkommenskonzentration in den städtischen und ländlichen Siedlungsgebieten.

Vor allem die Erschöpfung der Potentiale der ländlichen Reformen und die Verlagerung des Schwerpunktes der Reformpolitik in die Städte und in den industriellen Sektor (Vertragsverantwortungssystem, Einführung neuer Wirtschaftsmechanismen und Erhöhung der Autonomie der Betriebe, staatliche Investitionen, Lohnsteigerungen, Gewinnbeteiligungen, Zulassung der Privatwirtschaft) haben jedoch dazu geführt, daß die städtischen den ländlichen Einkommen seit Mitte der 80er Jahre wieder davongelaufen sind. Zudem haben die Diversi-

---

\* Ganz herzlich danke ich Prof. Zhao Renwei, Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath und Dr. Song Xueming für ihre große Hilfe und ihre wertvollen Hinweise zur Erstellung dieser Arbeit.

fikation der landwirtschaftlichen Produktpalette durch den Anbau von "cash crops" und die Entwicklung der ländlichen Industrie und des ländlichen tertiären Sektors sowie der Aufschwung der Privatwirtschaft i.w.S. und die stärkere Verbreitung marktwirtschaftlicher Funktionsmechanismen in den Städten eine stärkere Segmentierung und infolgedessen eine Zunahme der Einkommensungleichgewichte innerhalb der ruralen und urbanen Teilwirtschaften zur Folge gehabt. Überlagert und verstärkt wurde diese Tendenz durch die präferentielle Förderung der östlichen Landesteile, die in einer Verschärfung des Ost-West-Gefälles resultierte, und die starke Zunahme illegaler Einkünfte und von Transformationsgewinnen, beruhend auf der Unvollkommenheit rechtlicher und wirtschaftspolitischer Steuerungs- und Kontrollmechanismen und der Einnahme institutioneller Machtpositionen.

Die starke Zunahme der Disparitäten ist gleich aus mehreren Gründen problematisch:

- 1.) Allein das hohe Tempo des Anstiegs der Einkommenskonzentration, das die VR China innerhalb von zehn Jahren von einem Land mit extremer Gleichverteilung zu einem Staat mit relativ starker Einkommenskonzentration werden ließ, ist bedenklich.
- 2.) Am Startpunkt des schnellen Marsches in die Ungleichheit stand die Maxime der Gleichverteilung wirtschaftlichen Wohlstands einer sozialistischen Gesellschaft; zudem haben die Chinesen eine kulturell bedingte Aversion gegen die starke Konzentration von Einkommen und Vermögen.
- 3.) Andere ostasiatische Volkswirtschaften (Japan, Südkorea, Taiwan) haben ihren Aufschwung zu Industrienationen bzw. Schwellenländern vor dem Hintergrund relativ gleich verteilter Einkommen vollzogen.
- 4.) Ein Anwachsen der Einkommensungleichheit übt nach den Erkenntnissen der Wohlfahrtsökonomie negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Mitglieder einer Volkswirtschaft aus; die Zunahme der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt durch die sehr hohen Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft wird durch den Anstieg der Einkommensungleichgewichte teilweise kompensiert.
- 5.) Starke Einkommensdisparitäten haben negative gesamtgesellschaftliche Effekte, gefährden den sozialen Frieden und lassen Spannungen und Konflikte zwischen Individuen und gesellschaftlichen Gruppen entstehen.
- 6.) Eine Zunahme der Einkommenskonzentration erschwert eine erfolgreiche Bekämpfung der Armut.

Der enorme Anstieg der Ungleichgewichte läuft den Interessen des Großteils der chinesischen Bevölkerung zuwider und wird in wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen lebhaft und kontrovers diskutiert. Um die wohlfahrtssuboptimalen Effekte des wirtschaftlichen Aufschwungs weitestgehend zu minimieren und eine stabile und nachhaltige Entwicklung zu erreichen, sind als Konsequenz deshalb wirtschaftspolitische Maßnahmen einzuleiten, die bewirken, daß das weitere Ansteigen der Ungleichheit gebremst, besser noch gestoppt oder gar ein Rückgang der Disparitäten eingeleitet werden kann. Dies scheint am ehesten durch

solche Anstrengungen zu gelingen, die auf eine Überwindung der Segmentierung der chinesischen Volkswirtschaft und Integration in einer monistischen Gesamtwirtschaft abzielen.

Gegenstand dieser Arbeit ist die personelle Einkommensverteilung in den städtischen und ländlichen Räumen der VR China während der Reformperiode (1978-1994). Dazu gehören **einerseits** die distributiven Unterschiede *zwischen* Städten und dörflichen Gemeinden und **andererseits** die Entwicklungen *innerhalb* der städtischen bzw. ländlichen Siedlungsräume (inter- und intraurbane sowie inter- und intrarurale Verteilung). Es geht in dieser in ihrem Umfang begrenzten Arbeit nicht darum, sämtliche Einflußfaktoren auf die ländlichen und städtischen Einkommen aufzuzeigen. Statt dessen sollen vielmehr die Parameter aufgezeigt werden, die einen Großteil der *Veränderungen* von Einkommenshöhe und -struktur erklären können. Damit verschwinden sogleich solche einkommensdeterminierenden Variablen aus dem Blickfeld, die während der Referenzperiode relativ konstant geblieben sind. Im folgenden sollen sowohl allgemeine ökonomische "Gesetzmäßigkeiten" als auch das geschichtlich-kulturelle Erbe, der Entwicklungsstand, der eingeschlagene Transformationspfad sowie einige andere ökonomische, soziale, politische und technische Faktoren betrachtet werden. Diese werden einer qualitativen und, soweit im Rahmen dieser Arbeit möglich, auch einer quantitativen Analyse unterzogen.

Die Arbeit ist wie folgt gegliedert: Abschnitt 2 und Abschnitt 4 umrahmen als Vor- und Nachspann Abschnitt 3 als inhaltlichen Schwerpunkt. Abschnitt 2.1 enthält eine der Kernaussagen dieser Arbeit: den Tatbestand der mit verschiedenen Methoden vollzogenen Diskriminierung der ländlichen Bevölkerung im kommunistischen China zur Realisierung einer schnellen Kapitalakkumulation im industriellen Sektor. Abschnitt 2.2 präsentiert mit der Darstellung der Einkommensverteilung vor der Reformperiode den Ausgangspunkt der Analyse. Die Bedeutung politischer Entscheidungen insbesondere zu Beginn der Wirtschaftsreformen, die über ihre Auswirkungen auf das ökonomische Gefüge zu Veränderungen der Einkommensverteilung führten, und die reale Zunahme der Pro-Kopf-Einkommen als synchrones Phänomen sind die Themen der Abschnitte 2.3 und 2.4. Die Schwierigkeiten, auf die man bei der Messung der Einkommen in der VR China stößt, werden in Abschnitt 2.5 angesprochen.

In Abschnitt 3 werden die Gründe für die Veränderungen der Größe der Einkommenskluft zwischen Stadt und Land aufgezeigt (Abschnitt 3.1) und die Verteilung der Einkommen innerhalb der städtischen und ländlichen Gebiete analysiert (Abschnitte 3.2 und 3.3).<sup>1</sup> Der grundlegende Gedanke dabei ist der der Aufspaltung der chinesischen Volkswirtschaft in nur mangelhaft integrierte wirtschaftliche Teilsysteme, woraus ein doppelter Dualismus resultiert: zwischen urbanen und ruralen Regionen (erste Ebene) sowie zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor in den Städten und zwischen dem landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Sektor auf dem Lande (zweite Ebene). Im Anschluß an die Untersu-

---

<sup>1</sup>In Abschnitt 3.1 werden die verwendeten Einkommensbegriffe erläutert.

chung eines jeden Dualismus werden in den Abschnitten 3.1.4, 3.2.3 und 3.3.4 drei interessante Phänomene vorgestellt, die in Beziehung zur Einkommensstruktur des jeweiligen Analysefeldes stehen.

In Abschnitt 4.1 wird auf andere Disparitäten, die die Ungleichgewichte der städtischen und ländlichen Einkommen oblique überlagern, hingewiesen. Das Einkommensgefälle zwischen dem östlichen und dem westlichen Landesteil, das Gegenstand von Abschnitt 4.1.1 ist, ist neben der Stadt-Land-Kluft die wichtigste Disparität; ihre Ursachen und Auswirkungen werden in den beiden abschließenden Abschnitten 5 und 6 weiter verfolgt werden. Weitere Themen sind das Ausmaß und die Verteilung der absoluten und relativen Armut (Abschnitt 4.2), die Einkommen aus der Schattenwirtschaft (Abschnitt 4.3) und die Reflexion der Einkommensdisparitäten in der Bevölkerung (Abschnitt 4.4).

Durch die Herstellung des Bezugs zu ökonomischen Theorien zur Erklärung der Strukturen und Veränderungen von Einkommensverteilungen bereitet Abschnitt 5 die abschließende Diskussion der Ungleichgewichte und ihre Einordnung in den Prozeß der Wirtschaftsreformen in Abschnitt 6 vor. Dort werden darüber hinaus wirtschaftspolitische Vorschläge zur Integration der einzelnen ökonomischen Subsysteme in eine ganzheitliche Volkswirtschaft zur Überwindung der Dualismen vorgestellt.

Wenn in dieser Arbeit die Begriffe "China" oder "chinesisch" verwendet werden, beziehen sie sich immer auf das Herrschaftsterritorium der VR China. Die Bezeichnungen sind also nicht im Sinne von "Greater China" zu verstehen. Auch Taiwan ist ausgeschlossen. Werden Maßzahlen zur Messung der Einkommensungleichheit angeführt, so wird der ihnen zugrundeliegende Einkommensbegriff immer explizit angegeben, es sei denn, er ist in den verwendeten Quellen bedauerlicherweise nicht genannt.



## 2 Ausgangspunkt und Begleitumstände

### 2.1 Die städtisch-ländliche Divergenz

Nach Machtübernahme der Kommunisten im Jahre 1949 rückte die schnelle Modernisierung des Landes und ein baldiger Aufschluß zu weiter entwickelten Staaten (insbesondere zur Sowjetunion) in den Mittelpunkt der chinesischen Wirtschaftspolitik. Auf der Basis einer nur rudimentär vorhandenen Industriestruktur in den Küstenregionen und einiger weniger Städte im Landesinneren (insbesondere an Wasserstraßen) verfolgte die von der sowjetischen Wirtschaftspolitik beeinflusste kommunistische Regierung eine Wachstumsstrategie, die auf einer schnellen Kapitalakkumulation besonders im schwerindustriellen Bereich beruhte (Politik des "leading sector"). Da eine ausgewogene Entwicklung des industriellen und des landwirtschaftlichen Sektors als unvereinbar mit diesem Ziel angesehen wurde, war die logische Konsequenz die Förderung der Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft.<sup>2</sup> Dafür wurden Institutionen geschaffen, mit deren Hilfe Ressourcen aus dem landwirtschaftlichen Sektor ohne (volle) Kompensation in die städtischen Industriezentren umgeleitet wurden. Es entstand ein ganzes Netzwerk von Diskriminierungssystemen, die ineinandergriffen und aufeinander abgestimmt waren.<sup>3</sup> Dadurch bildete sich eine städtisch-ländliche Bipolarität heraus, die es in dieser Form im präkommunistischen China nicht gegeben hatte.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup>Die Entstehung dualistischer Strukturen im maoistischen China geht dabei weniger auf die Herausbildung einer Klasse gewinnmaximierender Unternehmer im Sinne der Entwicklungstheorien als auf die bewußt geplante und zielorientierte Schaffung ökonomischer Strukturen, Mechanismen und Institutionen durch den chinesischen Staat zurück, ein Punkt, auf den insbesondere Putterman hingewiesen hat. Derselbe macht auch auf den Wohlfahrtsverlust und die suboptimale Ressourcenallokation durch eine volkswirtschaftliche Ordnung, die auf einer kapitalintensiven Industrie und einer arbeitsintensiven Landwirtschaft basiert, aufmerksam. Die ökonomischen Irrationalitäten, Ungleichgewichte und die mangelhafte Faktormobilität einer auf der Selbstversorgung mit Getreide beruhenden Landwirtschaft und einer einseitig auf schwerindustrielle Entwicklung orientierten Industriestruktur waren auch wesentliche Gründe für die Einleitung der postmaoistischen Reformmaßnahmen (vgl. Putterman (1992)).

<sup>3</sup>Vor Beginn der Reformperiode diente die bescheidene Industrialisierung der ländlichen Gebiete, die durch niedrige Effizienz, hohe Arbeitsintensität, technologische Rückständigkeit und Nicht-Berücksichtigung komparativer Vorteile gekennzeichnet war, lediglich der Eigenerstellung für die Landwirtschaft dringend benötigter Produkte. Die so entstandenen Produktionsstätten unterschieden sich fundamental von den kapitalintensiven Schwerindustriezentren der Städte.

<sup>4</sup>So lag die Rate vom städtischen zum ländlichen Einkommen und Konsum nach Cheng in den 30er Jahren lediglich bei 1,08:1 (vgl. Cheng (1994), S. 1). Doch auch im präkommunistischen China existierten bereits gewisse Stadt-Land-Disparitäten. So schreibt etwa Böhn (1987, S. 298): "Sozial waren die Stadt und das sie umgebende Land kaum verflochten. Seit frühester Zeit hatte sich eine eigene städtische Kultur herausgebildet. Städter und Bauern hatten weder gleiche Interessen und gleiche Gewohnheiten noch gleiche Wertsysteme, sie aßen nicht einmal die gleichen Speisen. Aus der hochentwickelten städtischen Zivilisation erfolgten kaum Innovationen an das agrarische Umland. Vom Land kamen Waren, teilweise in Form von Pacht. Damit verbrauchte die Stadt einen Teil der Erträge des Landes, ohne viel dafür zu leisten. Die chinesischen Kommunisten sprechen von der Konsumentenstadt."

### 2.1.1 Die Systeme zur Diskriminierung der Bauern im kommunistischen China

Zu den Hauptbausteinen der geschilderten Industrialisierungsstrategie gehört das Dezember 1953 eingeführte System des staatlichen Ankaufs landwirtschaftlicher Produkte zu Niedrigpreisen (**Ankaufsystem**), die weit unter den Marktpreisen liegen.<sup>5</sup> Von den niedrigen Ankaufpreisen profitierten die städtischen Produzenten und Konsumenten, denn auf diese Weise konnten die Kosten für landwirtschaftliche Input-Materialien in der Industrie, die Löhne (die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit) und die Konsumgüterpreise niedrig gehalten werden. Organisatorisch wurde das Ankaufsystem durch die schrittweise geführte **Kollektivierung** bis hin zur Gründung von (1983 wieder aufgelösten) Volkskommunen ergänzt, die die Kontrolle des Güterflusses zwischen ländlichen und städtischen Gebieten erleichterte. Auf diese Weise wurden die internen Austauschbeziehungen (terms of trade) zugunsten der Stadtbewohner geändert, und es wurde eine hohe Zwangsparsnis der ländlichen Bevölkerung durch verdeckte Besteuerung möglich, die der industriellen Kapitalakkumulation direkt zugute kam (Kapitalbildung durch Umverteilung).<sup>6</sup> Insgesamt sollen durch die Einrichtung des Ankaufsystems 1.258 Mrd. Yuan in dem Zeitraum von 1949 bis 1978 aus den ländlichen in die städtischen Gebiete abgeflossen sein.<sup>7</sup>

Um Bevölkerungsbewegungen zu kontrollieren und eine Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die urbanen Gebiete zu verhindern, implementierte die Regierung ein **Haushaltsregistrationsystem**, das zwischen ländlichem und städtischem Haushalt (*hukou*) unterschied. Auch staatlich Beschäftigte, die auf dem Lande lebten, bekamen einen städtischen bzw. nicht-landwirtschaftlichen Hukou zugeteilt. Die Anfänge dieses Systems reichen bis zur Gründung der VR China zurück; in den 50er Jahren wurde es sukzessive verschärft; Anfang der 60er Jahre hatte es weitgehend seine Endform erreicht. Das Haushaltsregistrationsystem untersagte den Inhabern ländlicher Hukous, auf städtischem Gebiet zu leben, zu arbeiten und zur Schule zu gehen.<sup>8</sup> Dadurch wurde zwar eine Migration von der Stadt aufs Land möglich, die Gegenrichtung war jedoch tabu. In der Tat übten die Städte Anfang der 50er Jahre auf die ländliche Bevölkerung eine große Attraktivität aus, denn sie boten Beschäftigungsmöglichkeiten, die mit sozialer Sicherheit, Begünstigungen und Prestige einhergingen (Pull-Faktoren). Aber auch die Push-Faktoren des Landes wie die Flucht aus Armutsregionen, die Unzufriedenheit mit ländlichen Kooperativen und die Einkommensverluste durch die Auflösung der ländlichen Märkte und die Einführung des Ankaufsystems erhöhten die Anziehung, die von den Städten ausging.

---

<sup>5</sup>Neben landwirtschaftlichen Produkten im engeren Sinne wurden auch viele Rohstoffe einer ähnlichen Preisregie unterworfen, so daß das Ankaufsystem auf den ganzen primären Wirtschaftssektor übertragen werden kann.

<sup>6</sup>Vgl. Herrmann-Pillath (1995a), S. 104 f.; Adelman/Sunding (1987), S. 456 f.

<sup>7</sup>Vgl. Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994a), S. 16.

<sup>8</sup>Kurioserweise garantierten - im Gegensatz zu den meisten Konstitutionen anderer Staaten - das Gemeinsame Programm der Politischen Konsultativkonferenz aus dem Jahre 1949 (die erste De-facto-Verfassung der Volksrepublik) und die erste offizielle Verfassung der Volksrepublik von 1954 die Rechte, den Wohnort frei zu wählen und diesen nach eigenem Willen zu ändern.

Aufgrund der rigorosen Exekution dieses Systems, die mit polizeilicher und nachbarschaftlicher Überwachung, der Kontrolle der Transportwege und -mittel und der weitverbreiteten Ablehnung oder Erschwerung von Umzugsanträgen einherging, war die Migration zwischen den ländlichen und städtischen Räumen Mitte der 60er Jahre fast zum Stillstand gekommen und eine unsichtbare Mauer um die urbanen Gebiete errichtet worden.<sup>9</sup> Zum wirksamsten Mittel, dem Haushaltsregistrationssystem Nachdruck zu verleihen, wurde jedoch das zeitlich und organisatorisch parallel geschaffene **Rationierungssystem**, nach dem nur Inhabern städtischer Hukous bestimmte Grundnahrungsmittel, Kleidungsstücke und sonstige Güter des täglichen Bedarfs gegen Vorlage von Rationencoupons, die sie von ihrer Arbeitseinheit erhalten hatten, in staatlichen Geschäften ausgehändigt wurden. Hinzu traten eine Vielzahl von weiteren **Exklusivrechten** für städtische Unternehmen (wie preisgünstige Input-Produkte und zinsgünstige Kredite) und Individuen (wie Subventionen für Verkehr, medizinische Behandlung und Preise sowie Naturaleinkommen wie die Zuweisung von Wohnungen mit äußerst niedrigen Mieten<sup>10</sup>). Auf derartige versteckte Zusatzeinkommen der Stadtbewohner wird in Abschnitt 3.2.2 näher eingegangen.

Mit dem Hukou-System verhinderte der Staat somit nicht nur die Migration vom Lande in die Städte, sondern übernahm auch die Verantwortung für die Daseinsfürsorge für die städtische Bevölkerung (*hanlao baoshou*), während die ländlichen Gebiete mit ihren Ernährungs- und Beschäftigungsproblemen sich selbst überlassen blieben. Durch das Hukou-System und seine Komplementärsysteme wurde eine spatiale Hierarchie von Stadt- und Landbewohnern festgeschrieben und die Bauern an ihre Scholle gebunden, was die Urbanisierung Chinas verhinderte (Ende der 70er Jahre betrug der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung weniger als 20%), die Schere zwischen städtischen und ländlichen Einkommen erweiterte, eine Aristokratisierung der Stadtbewohner hervorrief und zu Animositäten zwischen Stadt- und Landbewohnern führte. Bis heute besteht das Haushaltsregistrationssystem trotz einiger Abschwächungen wie Abschaffung des Rationierungssystems, Möglichkeit des Hukou-Kaufs, Duldung inter- und intraspatialer Migration in bestimmtem Umfang etc., die teilweise von lokalen Administrationen unter Verletzung von Vorschriften der Zentralregierung durchgeführt worden waren, fort.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup>Jedoch versagte das Hukou-System zur Zeit des Großen Sprungs nach vorn (1958-1960). Nachdem die Sicherheitskräfte die Lage wieder unter ihre Kontrolle gebracht hatten, wurde jedoch, wie auch in der Zeit nach der Gründung der VR China, als auch ökonomische Anreize angewendet wurden, eine große Anzahl der sich in den Städten aufhaltenden Menschen aufs Land geschickt oder zurückgeschickt.

<sup>10</sup>In den 80er Jahren betragen die Mieten durchschnittlich lediglich ca. 1% des Geldeinkommens (vgl. Zhao/Grif-fin (1994), S. 282).

<sup>11</sup>Vgl. Cheng/Selden (1994); Cheng (1994); Herrmann-Pillath (1995a), S. 107 f.

### 2.1.2 Das neue Phänomen der ländlich-städtischen Migration

Insbesondere seit den 90er Jahren ist eine Abwanderung von Teilen der ländlichen Bevölkerung in die Städte zu beobachten. Denn mit Ablauf der Phase der besonders vehementen Beschränkung der Freizügigkeit durch staatlich Zwangsmaßnahmen von 1989 bis 91 hat die Migration an Volumen gewonnen. 1991 gab es ca. 70 Mio. Wanderarbeiter,<sup>12</sup> 1992 waren es über 100 Mio., für 1993/94 wird ihre Zahl auf 130 Mio. geschätzt.<sup>13</sup> Migrationsziele sind vor allem die Großstädte und die Städte in den boomenden Küstenregionen, aber auch kleinere Städte im Landesinneren. Der Zeitraum reicht von kurzfristigen Aufenthalten zur Aufnahme einer Beschäftigung in der Saison geringerer landwirtschaftlicher Aktivität bis hin zur völligen Übersiedlung in die urbanen Räume. Die Wanderungsbewegungen der 90er Jahre weisen drei Hauptmerkmale auf:<sup>14</sup> (1) einen Anstieg der interprovinziellen Migration (die aber noch immer unter dem Ausmaß der intraprovinziellen Migration liegt), (2) einen Trend nach Osten (jeweils 67,4% und 74,1% aller Migranten in den Jahren 1992 und 93) und (3) eine verstärkte Präferenzierung der Großstädte (6,98 Mio. und 15,44 Mio. Zuwanderer in den Jahren 1992 und 93).

Aber auch schon vor den 90er Jahren hat es eine Nettoimmigration in die urbanen Räume (Zuwanderung in die Städte abzüglich der Abwanderung auf das Land) gegeben. Für den Zeitraum von 1983 bis 87 wird deren Ausmaß von Chan auf insgesamt 29 Mio. geschätzt. Für die vorangegangenen fünf Jahre werden sogar 35 Mio. angegeben, die jedoch zum Teil auf die plötzliche Rückkehr von 6 Mio. während der Kulturrevolution aufs Land hinabgeschickter Jugendlicher in den Jahren 1978 und 79 zurückzuführen ist.<sup>15</sup> Bereits im Jahr 1989 soll die Anzahl der Migranten, die die ländlichen Gebiete verlassen hatten, um in den Städten auf Arbeitssuche zu gehen, 24-42 Mio. betragen haben.<sup>16</sup>

Die Migration ist eine Funktion verschiedener (ländlicher) Push- und (städtischer) Pull-Faktoren, die teilweise in der in Abschnitt 3.1 ausführlich dargestellten ländlich-städtischen Einkommensdisparität resultieren, wobei der Anstieg der Migration in den 90er Jahren vor allen Dingen auf die seit Mitte der 80er Jahre wieder gewachsene Einkommensschere zurückzuführen ist.<sup>17</sup> Die Zahl der unterbeschäftigten/überflüssigen Arbeitskräfte beträgt nach

---

<sup>12</sup>Vgl. China aktuell (1991), S. 750.

<sup>13</sup>Vgl. SWB (1994), S. 8.

<sup>14</sup>Vgl. China News Analysis (1995), S. 3.

<sup>15</sup>Diese Zahlen beinhalten jedoch auch Kurzmigranten wie Touristen und Geschäftsreisende.

<sup>16</sup>Vgl. Chan (1994), S. 265-267.

<sup>17</sup>Die zur Auslösung von Wanderungsbewegungen mindestens notwendige Einkommensdisparität, die sog. "kritische Schwelle" ist kein fixer Wert. Neben den Einkommensdisparitäten spielt auch die absolute Einkommenshöhe, die ursächlich für den Lebensstandard ist, eine wichtige Rolle. So genügten z.B. im 19. Jh. bereits relativ geringe Einkom-

Schätzungen des Statistischen Amtes in den ländlichen Regionen 130-150 Mio., zu denen jährlich netto 7-8 Mio. hinzukommen, und soll im Jahr 2000 die 200-Millionen-Grenze überschreiten, während gleichzeitig eine Verkleinerung der Feldfläche pro Arbeitskraft von 82 a (1952) auf 44 a (1992) stattgefunden<sup>18</sup> und die Mechanisierung des Landes von 1,65 Mio. PS (1957) auf 180 Mio. PS (1988) zugenommen hat.<sup>19</sup> Auf der anderen Seite bietet der anhaltende Aufschwung des städtischen Industrie- und Handelssektors Chancen für Beschäftigung und Einkommen.

Ein Teil der ursprünglich ländlichen Bevölkerung hat einen städtischen Hukou erworben (nach Schätzungen Chans und Wus waren es jährlich durchschnittlich 4-5 Mio. Personen während der 80er Jahre)<sup>20</sup>. Dies wurde unter anderem möglich durch einige Maßnahmen der Zentralregierung Mitte der 80er Jahre wie die durch die Änderung der Abgrenzungskriterien erreichte Vergrößerung der städtischen Gebiete und die für Migranten eingeführte Kategorie eines neuen Hukous für Landstädte (*jizhen zili kouliang hukou*), dessen Inhaber nicht in den Genuß der Privilegien der ursprünglichen Stadtbewohner kommen. Auch das im vorigen Abschnitt erwähnte illegale Verhalten einiger Lokalverwaltungen hat die Hukou-Konversion beschleunigt. Ferner erleichtert die Ausgabe von Zertifikaten für Vertragsarbeiter und ihre Angehörigen (*zhuanzhu zheng, jizhu zheng*) durch staatliche Stellen den (legalen) Aufenthalt in den Städten.<sup>21</sup>

## 2.2 Die Einkommensverteilung vor der Reformperiode

### 2.2.1 Egalitarismus auf chinesisches

Am Ende der 70er Jahre lag der Gini-Koeffizient<sup>22</sup> der individuellen Einkommen in den ländlichen Gebieten bei 0,26, in den Städten bei 0,17.<sup>23</sup> Für China als ganzes liegt nur eine

---

mensunterschiede zwischen den USA und Europa (1830-1850: 1,6:1; 1860-1880: 2:1), um zur Migration zu führen (vgl. Sibert (1993), S. 239). Der Entwicklungstheoretiker Lewis, der als erster ein dynamisches dualistisches Modell zur Erklärung intersektoraler Wanderungsbewegungen konzipierte, geht für die ländlich-städtische Migration von üblicherweise etwa 30% aus (vgl. Lewis (1954), S. 150).

<sup>18</sup>Vgl. Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994a), S. 19; FBIS-CHI-95-152 (1995), S. 15.

<sup>19</sup>Vgl. Zhang/Jiang (1989), S. 41.

<sup>20</sup>Vgl. Wu (1994), S. 682; Chan (1994), S. 269 f.

<sup>21</sup>Vgl. Cheng (1994), S. 3; Mallee (1995), S. 13.

<sup>22</sup>Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Konzentrationsmaß, dessen Bestimmung auf dem Konzept des Lorenzdiagrammes (setzt die relativen kumulierten Häufigkeiten des Einkommens zu den relativen kumulierten Häufigkeiten der Einkommensbezieher in Beziehung) beruht; er kann Werte zwischen 0 (völlige Gleichverteilung, alle Empfänger beziehen

Schätzung der Weltbank vor, nach der der Gini-Koeffizient damals 0,33 betrug;<sup>24</sup> diese Schätzung dürfte jedoch etwas über dem tatsächlichen Gini-Koeffizienten liegen. Das in den Gini-Koeffizienten zum Ausdruck kommende Ausmaß der Ungleichheit ist für Entwicklungsländer eines der niedrigsten in der Welt, wie z.B. die Werte der Tabelle 1 zeigen.

Tabelle 1: **Gini-Koeffizienten ausgewählter Länder**

Land und Jahr	Land	Städte	gesamt
Indien 1975/76	0,34		0,42
Bangladesch 1985/86	0,36	0,37	0,37
Indonesien 1976	0,4		
Indonesien 1987	0,277	0,329	0,321
Thailand 1975/76	0,39		0,47
Philippinen 1985	0,37	0,43	0,43
Südkorea 1971	0,325		0,36
Taiwan 1978	0,285	0,28	0,289

Anmerkungen:

- (1) Die Zahlenwerte für die leeren Fächer der Tabelle sind unbekannt.  
 (2) Alle Gini-Koeffizienten bis auf die für Indonesien 1987, die sich auf die Verteilung der Ausgaben beziehen, betreffen die Verteilung des Einkommens.

Quelle: Khan et al. (1992), S. 1056.

Für die damalige besonders große Einkommensgleichheit sind nach Zhao drei Faktoren entscheidend<sup>25</sup>:

### 1.) Der systembedingte Faktor

Die Kollektivierung und Verstaatlichung der Produktivvermögen im Zuge der Übernahme der sowjetischen Wirtschaftsordnung schloß das Vermögenseinkommen, das gewöhnlich relativ ungleich verteilt ist, bis auf Zinseinkünfte auf Sparguthaben in geringem Umfang weitgehend als Einkommensquelle aus.

---

das gleiche Einkommen) und 1 (vollständige Konzentration der gesamten Einkommenssumme auf einen Empfänger) an-

nehmen. Seine Berechnungsformel lautet: 
$$G = \frac{1}{2\mu n(n-1)} \sum_{i=1}^n \sum_{j=1}^n |x_i - x_j|,$$

wobei  $\mu$  das arithmetische Mittel der Einkommen aller Einkommensempfänger und  $x_i$  und  $x_j$  das Einkommen des  $i$ -ten bzw.  $j$ -ten Empfängers und  $n$  die Anzahl aller Empfänger darstellen (vgl. Blümle (1975), S. 30 f. u. 42 f.; Kakwani (1980), S. 69 f.).

<sup>23</sup>Die Angaben stellen das arithmetische Mittel der von der Weltbank, Li Chengrui sowie Adelman und Sunding berechneten Gini-Koeffizienten dar. Genaueres siehe Abschnitt 3.

<sup>24</sup>Vgl. The World Bank (1983), S. 94.

<sup>25</sup>Vgl. Zhao (1995), S. 1 f. Ferner sollte berücksichtigt werden, daß die Daten des Statistischen Amtes, die die Grundlage der Schätzungen bildeten, nur monetäre Einkommensbestandteile enthalten, das tatsächliche Niveau der Ungleichheit aufgrund der Ungleichverteilung der nicht-monetären Einkommensbestandteile also etwas höher sein dürfte, ein Punkt, auf den Lai hingewiesen hat (vgl. Lai (1995), S. 36).

## 2.) Der politische Faktor

Das sozialistische Gleichheitsideal und die Übernahme der stalinistischen Industrialisierungsstrategie, die auf einer forcierten Kapitalakkumulation durch eine hohe Investitions- und eine niedrige Konsumquote beruht, resultierte in einem Lohnsystem mit niedrigen, relativ gleichen Existenzlöhnen.

## 3.) Der kulturelle Faktor

Die Maxime des "*bu huan gua er huan bu jun*" (Mache Dir nicht um Knappheit, aber um Ungleichheit Sorgen) resultierte in einer egalitaristischen Wirtschaftspolitik, in der Fragen des Wachstum und der ökonomischen Effizienz nur eine Nebenrolle spielten.<sup>26</sup>

### 2.2.2 Ungleichheiten innerhalb der Gleichheit

Obwohl die relative Einkommensgleichheit eines der augenfälligsten Merkmale der Einkommensverteilung vor der Reformperiode war, so verbergen sich dahinter doch verschiedene Einkommensungleichgewichte, die nicht übersehen werden sollten. Hier ist als erstes die Einkommensdisparität zwischen Stadt und Land zu nennen, deren Entstehungsursachen in Abschnitt 2.1.1 beschrieben worden sind. Obwohl die Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen von 3,48 im Jahre 1957 auf 2,36 im Jahre 1978<sup>27</sup> durch eine Erhöhung der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte verringert wurde,<sup>28</sup> so ist auch diese Kluft, im internationalen Vergleich betrachtet, immer noch sehr hoch: Sie lag nach Angaben der Weltbank weit über der Rate für asiatische Länder mit niedrigem Einkommen (durchschnittlich 1,5) und übertrifft auch noch die für asiatische Länder mit mittlerem Einkommen (durchschnittlich 2,2).<sup>29</sup> Diese Tatsache kommt auch in Tabelle 2 zum Ausdruck.

**Tabelle 2: Die Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen in einigen ausgewählten Ländern**

Länder (mit Jahresangabe)	Rate
Bangladesch (1966-67)	1,5
Indien (1974-75)	1,4

<sup>26</sup>Zhang und Tam argumentieren ebenfalls, daß in China die Ungleichheitsaversion insbesondere der ländlichen Bevölkerung stärker als die Aversion gegen niedrige Einkommen ist. Sie setzen daher einen von ihnen entworfenen Trade-off-Parameter von Höhe und Gleichverteilung der Einkommen auf 0,5 für die städtischen und 0,4 für die ländlichen Einkommen fest (vgl. Zhang/Tam (1991), S. 109).

<sup>27</sup>Als Einkommensbegriff fungiert hier das Gesamteinkommen. Zur Abgrenzung der verschiedenen Einkommensbegriffe siehe Abschnitt 3.1.

<sup>28</sup>Allein im Jahre 1962 wurden die Ankaufpreise um 25% angehoben.

<sup>29</sup>Vgl. The World Bank (1983), S. 86.

Sri Lanka (1981/82)	1,6
Philippinen (1971)	2,1
Malaysia (1970)	2,2
Thailand (1976)	2,2
Brasilien (1976)	2,3
Kolumbien (1979)	2,4
Costa Rica (1971)	2,1

Quellen: The World Bank (1983), S. 86; Sundrum (1990), S. 93.

Das sichtbare Einkommensgefälle zwischen städtischen und ländlichen Gebieten wurde noch verschärft durch die nicht-monetären Einkommen und Subventionen, die den Stadtbewohnern zugute kamen und die (im Gegensatz zum Wert der selbsterzeugten und -konsumierten Feldfrüchte der Bauern) in den Einkommensdaten des Statistischen Amtes zur Berechnung der oben aufgezeigten Kluft nicht enthalten sind. Auf diesen Punkt wurde bereits in Abschnitt 2.1.1 näher eingegangen. Die durch Subventionen und Naturaleinkommen erzeugte Ungleichheit bestand jedoch nicht nur zwischen den ruralen und urbanen Räumen, sondern auch innerhalb der Räume (insbesondere innerhalb der Städte) selbst. Die Naturaleinkommen beispielsweise lassen sich nämlich in zwei Kategorien aufteilen: Die erste Kategorie dient zur Befriedigung des grundlegenden Bedarfs des täglichen Lebens und wird gleichmäßig auf alle Bewohner verteilt (Lebensmittel, Kleidung, Wohnraum etc.); die unbezahlte Zuteilung von Naturalien der zweiten Kategorie erfolgt dagegen nach dem Dienstrang und bezieht sich hauptsächlich auf hochwertige Konsumgüter wie Automobile und Privattelefone.<sup>30</sup> Das Phänomen der durch Nicht-Lohn-Einkommen erzeugten Ungleichheit wird in Abschnitt 3.2.2 weiterverfolgt.

Schließlich sei auf das System der eingefrorenen Löhne (und Preise) hingewiesen, das die individuellen Löhne 1956 für zwanzig Jahre auf ihrem damaligen Stand zementierte bzw. nur geringfügige Lohnsteigerungen zuließ und damit die zu jenem Zeitpunkt jüngeren und neu ins Erwerbsleben eintretenden Generationen um einen Teil ihres Lebenseinkommens brachte.<sup>31</sup>

### 2.3 Der politische Kurswechsel: Wirtschaftswachstum statt sozialer Ausgleich

Auf der zentralen Arbeitskonferenz der dritten Plenartagung des 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978 gab der einflußreichste Politiker der VR China, Deng Xiaoping, folgende politische Zielrichtung vor: "Ich glaube, daß es wirtschaftspolitisch richtig ist, es einem Teil der Regionen, einem Teil der Betriebe, einem Teil der Arbeiter und

<sup>30</sup>Vgl. Zhao (1995), S. 2 f.

<sup>31</sup>Vgl. ebenda, S. 3; Wang Chunzheng (1995), S. 104; Zhang/Tam (1991), S. 98.



Bauern zu gestatten, durch harte Arbeit und infolgedessen eine Zunahme des Einkommens zuerst reich zu werden."<sup>32</sup> In ihren Implikationen stimmt diese Politik mit den Entwicklungstheorien und dem Kuznetsschen Ansatz (vgl. Abschnitt 5) überein, die erst von einem Anstieg und dann wieder von einem Rückgang der Einkommensungleichheit aufgrund der Veränderung von Produktivitätsdifferentialen ausgehen.

Die von Deng vorgegebene Marschroute wurde in der Folgezeit mit aller Konsequenz in dem Sinne beschritten, daß die Regierung es nicht nur einem Teil der Bevölkerung *gestattete*, zuerst reich zu werden, vielmehr wurde eine Politik des Hochwachstums verfolgt, die *systematisch* bestimmte Bevölkerungsgruppen - quasi als Komplementärstrategie dieser Politik - bevorteilte, andere dagegen diskriminierte, um ökonomische Anreize zu geben, die einzel- und gesamtwirtschaftliche Effizienz zu steigern und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Denn vor allem diejenigen Regionen sollten in den Genuß der begrenzten staatlichen Finanzmittel kommen, die eine hohe Kapitalproduktivität aufwiesen.<sup>33</sup>

Auf der Gewinnerseite sollten sich alsbald die Städte und Küstengebiete befinden. Nach Beendigung der Anfangsphase der Wirtschaftsreformen Mitte der 80er Jahre, die vor allen Dingen den Bauern zugute gekommen war, kamen sie in den Genuß des Großteils der Reformmaßnahmen und wirtschaftlichen Liberalisierungen, staatlichen Investitionen und Infrastrukturprojekte, ausländischen Direktinvestitionen und der strukturellen Einbindung in internationale Handelsströme und länderübergreifende Wirtschaftsräume. Die in Abschnitt 2.1.1 beschriebene Diskriminierung der ländlichen Bevölkerung wurde bis auf einige Lockerungen insbesondere in den letzten Jahren unverändert fortgeführt, und auch die östlichen und südlichen Küstengebiete wurden wesentlich stärker als die westlichen und zentralen Regionen gefördert. Die neue Politik war damit gar nicht so neu, sondern vielmehr eine Fortführung der alten Diskriminierungsstrategie in veränderter Form. Die verschiedenen Versuche, auch die ruralen Gebiete und insbesondere die Inlandsregionen mit dem Endziel "allgemeiner Wohlstand" (*gongtong fuyu*) in den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß miteinzubeziehen (Entwicklung entlang der großen Flußläufe, Grenzstädte, Provinzhauptstädte; Schwerpunktregionen im Landesinneren etc.), haben nicht verhindern können, daß die interregionale Kluft von Jahr zu Jahr größer wurde.<sup>34</sup>

## 2.4 Der Hintergrund der Polarisierung: Allgemeine Verbesserung des Lebensstandards

---

<sup>32</sup>Vgl. Lai (1995), S. 37.

<sup>33</sup>Siehe hierzu auch Abschnitt 4.1.1.

<sup>34</sup>Vgl. Chai (1994).

Die Zunahme der Einkommensungleichheit ist auf der Basis hoher gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten und einer starken Zunahme der individuellen Einkommen erfolgt. So erhöhte sich das Volkseinkommen<sup>35</sup> nach Angaben des Statistischen Amtes von 1978 bis 1993 real um 377,2%, was eine jährliche Wachstumsrate von 9,25% ausmacht. Die Zunahme pro Kopf betrug während dieses Zeitraumes 306,4%, woraus sich eine jährliche Wachstumsrate von 7,75% ergibt.<sup>36</sup> Wird das Einkommenswachstum in dieser Periode getrennt für die ruralen und urbanen Räume betrachtet, so ist eine (nominale) Zunahme des Nettoeinkommens der ländlichen Haushalte von insgesamt 589,82% (jährliche Wachstumsrate 12,56%) zu verzeichnen, während das Einkommen für die Lebenshaltung der Stadtbewohner (nominal) um 639,56% (jährliche Wachstumsrate 13,17%) anstieg.<sup>37</sup>

## 2.5 Das statistische Problem

Generell gilt, daß bei der Arbeit mit Werten zur Darstellung der personellen Einkommensverteilung immer mehrere konzeptionelle Dimensionen betrachtet werden müssen. Dazu zählen der verwendete Einkommensbegriff (und damit die von ihm erfaßten Einkommensquellen), die Einheit der Einkommensempfänger und der Zeitraum zur Ermittlung eines Einkommenswertes. Es kann sinnvoll sein, mit preisbereinigten Werten zu arbeiten, vor allem dann, wenn die Preisentwicklung für zu vergleichende Einkommensgruppen unterschiedlich verlaufen ist. Schließlich sind die Auswahl der befragten Einheiten und die Erhebungsmethode zu berücksichtigen. Dabei kann die Auswahl der optimalen Darstellungsmethoden immer nur auf die Aufgabenstellung, die hier die zu analysierende Einkommensgruppe, das betrachtete Gebiet und den relevanten Zeitraum vorgibt, und das verfügbare Zahlenmaterial hin orientiert sein.

Wegen der Zellularisierung<sup>38</sup> der sozio-ökonomischen Teilsysteme in der VR China (siehe nächster Abschnitt) ist es sehr wichtig, zwischen Inter- und Intragruppen-Ungleichheiten zu unterscheiden. Auf diese Differenzierung wird später noch des öfteren explizit hingewiesen werden.

---

<sup>35</sup>Der Begriff "Volkseinkommen", wie er in der VR China gebraucht wird, darf nicht mit dem Volkseinkommen in unserem Sinne verwechselt werden. Um ihr Volkseinkommen zu bestimmen, wendet die VR China in ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die sozialistische MPS (material product system)-Methode an, nach der das Volkseinkommen der nominale Bruttowert der Produktion abzüglich des nominalen materiellen Konsums ist. Das chinesische Volkseinkommen erfaßt einen Großteil der Dienstleistungen nicht, weil sie nach der marxistischen Lehre als unproduktiv gelten. (vgl. Tsui (1991), S. 3).

<sup>36</sup>Berechnet mit Hilfe des ZGTJNJ (1994), S. 33 u. 59.

<sup>37</sup>Berechnet mit Hilfe des ZGTJNJ (1994), S. 255. Zu den Begriffen "Nettoeinkommen der ländlichen Haushalte" und "Einkommen für die Lebenshaltung" siehe Abschnitt 3.1.1.

Aus dem Analyseziel dieser Arbeit geht hervor, daß weniger die absoluten Einkommenszahlen von Bedeutung sind, sondern eher Trends und Tendenzen während der Reformperiode. Dadurch wird der Gehalt der Aussagen, die auf den Daten des Statistischen Amtes beruhen, verbessert. Denn die veröffentlichten absoluten Werte weichen aufgrund erhebungstechnischer Unzulänglichkeiten oft stark von den tatsächlichen ab, ein Problem, das kleiner wird, wenn intertemporäre Vergleiche angestellt werden, da die Erhebungsmethoden weitgehend zeitkonsistent sind. Leider ist das Ausmaß der zeitlichen Veränderungen, wie es sich aus den offiziellen Zahlen ergibt, oftmals auch verzerrt, so daß statistische Zeitreihen dann lediglich grob die Richtung einer Entwicklung angeben können. Dieser Punkt und die Begrenzung des Umfangs der Analyse sind Gründe, warum kleine Abweichungen oder Veränderungen weitgehend vernachlässigt werden und das Augenmerk vor allem auf evidentere Entwicklungstendenzen gerichtet werden soll.

Doch auch aus vielen anderen Perspektiven betrachtet, ist das Datenmaterial aus der VR China mit Mängeln behaftet. So sind veröffentlichte statistische Werte oftmals grob über- oder unterschätzt, die Berechnungsmethoden stark aggregierter Werte unklar, die Auswahl der optimalen Preisdeflatoren fraglich und mehr oder weniger eine Ermessenssache etc. Sollten derartige Sachverhalte auftreten, die bekannt sind und als von Relevanz für die Analyse eingeschätzt werden, werden sie explizit problematisiert. Aufgrund dieser Unzulänglichkeiten, die typisch für Entwicklungs- und Transformationsländer sind,<sup>39</sup> werden die Angaben des Statistischen Amtes teilweise durch Daten anderen Ursprungs ergänzt, die teilweise aber auch (leider) auf den Primärerhebungen des Statistischen Amtes beruhen, lediglich andere (gewöhnlich geeignetere) Klassifikationsmethoden anwenden.

---

<sup>38</sup>Der Begriff "Zellularisierung" wird hier nicht im Sinne Donnithornes verwendet (vgl. Donnithorne (1972)).

<sup>39</sup>Siehe hierzu z.B. Sundrum (1990), S. 24; Herrmann-Pillath (1995a), S. 42-46.

### 3 Die Verteilung der städtischen und ländlichen Einkommen: Dualismus auf zwei Ebenen

Die Verteilung der personellen Einkommen im Gesamtstaat und in den ländlichen und städtischen Räumen ist während der Reformzeit durch eine Zunahme der Ungleichheit gekennzeichnet. Dies wird an den Veränderungen der Gini-Koeffizienten sichtbar.<sup>40</sup>

Tabelle 3: **Einkommensdifferenziale in China: Verschiedene Schätzungen von Gini-Koeffizienten (mit Jahresangabe)**

gesamt	städtisch	ländlich	Quelle*
	0,185 (1977)	0,237 (1978)	(1) Li Chengrui
	0,165 (1978)	0,222 (1978)	(2) Adelman & Sunding
0,33 (1979)	0,16 (1980)	0,33 (1979)	(3) Weltbank
0,382 (1988)	0,233 (1988)	0,338 (1988)	(4) Institut für Wirtschaft
	0,23 (1990)	0,33 (1993)	(5) Li Peilin
0,434 (1994)	0,37 (1994)	0,411 (1994)	(6) Li Qiang

\*(1) Li Chengrui (1986)

(2) Adelman/Sunding (1987), S. 453.

(3) The World Bank (1983), S. 83-92.

(4) Keith/Zhao (1993), S. 48.

(5) Li Peilin (1995), S. 40.

(6) Li Qiang (1995), S. 2 f.

Anmerkungen:

(1) Die Zahlenwerte für die leeren Fächer der Tabelle sind unbekannt.

(2) Der Entwurf der Tabelle folgt einer Folie für eine Vorlesung von Prof. Zhao Renwei an der Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg im Sommersemester 1996.

Ein Charakteristikum der chinesischen Wirtschaft, das bei der Analyse der Generierung und Distribution der städtischen und ländlichen Einkommen eine wesentliche Rolle spielt, ist die fehlende Integration und daraus folgende Separierung verschiedener wirtschaftlicher Teilsysteme. Dabei ist einerseits eine relative Aufspaltung der Volkswirtschaft und Gesamtgesellschaft in eine rurale und urbane Gruppe zu erkennen. Die historischen und ordnungspolitischen Bestimmungsgründe dieser städtisch-ländlichen Divergenz sind bereits in Abschnitt 2.1 beleuchtet worden. Andererseits gibt es auch innerhalb der ländlichen und städtischen Teilwirtschaften keine monistischen Systeme der Einkommensentstehung und -verteilung. Was diesen Punkt betrifft, läßt sich die städtische Wirtschaft nämlich recht gut weiter in einen öffentlichen und einen privaten Sektor aufspalten, während man bei der ländlichen Wirt-

<sup>40</sup>Ein Teil der Zunahme der Einkommensungleichheit beruht allerdings auf der Tatsache, daß Teile des nicht-monetären Einkommens, die nicht in die vom Statistischen Amt berechneten Einkommenswerte eingehen, monetarisiert und damit im Gegensatz zu früher als Einkommen gezählt werden, ohne daß sich der reale Lebensstandard der betroffenen Bevölkerung erhöht hätte. Dieser Punkt trifft vor allem auf Subventionen der Stadtbevölkerung (z.B. Verkehrsubventionen) zu. Auf dieses Problem hat insbesondere Lai aufmerksam gemacht (vgl. Lai (1995), S. 36).

schaft zwischen landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Bereichen unterscheiden kann. Dieser relative Isolationismus wirtschaftlicher Segmente spielt sich also, wie in Abbildung 1 dargestellt, auf zwei Ebenen ab.

Abbildung 1: **Der doppelte Dualismus der chinesischen Volkswirtschaft**

städtischer Raum		ländlicher Raum	
öffentlicher Sektor	privater Sektor	landwirtschaftlicher Sektor	nicht-landwirtschaftlicher Sektor

Quelle: eigener Entwurf.

Die fehlende Integration der wirtschaftlichen Ordnung wird auch durch Veränderungen der Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Einkommen im Gesamtstaat und in den ländlichen und städtischen Räumen während der Reformzeit reflektiert: Danach hat nicht nur die Ungleichheit in allen drei Teilgruppen zugenommen, sondern es ist auch eine wesentlich gleichmäßigere Verteilung der städtischen als der ländlichen Einkommen festzustellen, was eine Umkehrung der üblichen Ergebnisse für Länder der Dritten Welt ist.<sup>41</sup> Das Ausmaß der städtischen Ungleichheit ist, verglichen mit anderen Entwicklungsländern, sehr gering,<sup>42</sup> jedoch ähnlich dem von osteuropäischen Ländern zu Zeiten der Planwirtschaft.<sup>43</sup> Der Grund für die geringen Einkommensdifferenziale in den Städten sind die egalitaristischen Verteilungstendenzen im öffentlichen Sektor (siehe Abschnitt 3.2.1). Die Verteilung der ländlichen Einkommen hängt jedoch von Faktoren ab, die stark variieren, wie Stadtnähe, Bodenqualität und die Ausübung nicht-landwirtschaftlicher Aktivitäten. Auch zeitliche Einkommenschwankungen aufgrund natürlicher (z.B. klimatischer) Faktoren sind von Bedeutung.<sup>44</sup>

### 3.1 Die Ebene der städtisch-ländlichen Disparität

Um die unterschiedliche Einkommensentwicklung in den städtischen und ländlichen Gebieten Chinas darzustellen, werden erst einmal die jährlichen Veränderungen der durchschnittlichen Einkommen der Stadt- und Landbevölkerung während der Reformperiode miteinander verglichen. Nur das Statistische Amt kann die hierfür benötigten Zeitreihen, die durch Haushaltsbefragungen gewonnen und durch Division des Einkommens des jeweiligen Haushalts

<sup>41</sup>Vgl. Sundrum (1991), S. 96.

<sup>42</sup>Eine gewisse Ausnahme bildet der Gini-Koeffizient für die städtischen Einkommen von Li Qiang, der auch auf eine relativ hohe Ungleichheit in den Städten hindeutet. Dieser Wert dürfte jedoch überschätzt sein, da die unterschiedlichen Landesteile in Lis Stichprobe - wie mir Prof. Zhao Renwei in einem persönlichen Gespräch mitteilte - unterschiedlich stark gewichtet sind, was zu Verzerrungen führt.

<sup>43</sup>Vgl. Atkinson/Micklewright (1992), S. 112.

<sup>44</sup>Vgl. Hussain et al. (1994), S. 195 f.; Kakwani (1980), S. 382 f.

durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder ermittelt wurden, zur Verfügung stellen.<sup>45</sup> Als Indikator für die Einkommen der städtischen Haushalte wurde dabei bisher üblicherweise das sog. "**Einkommen für die Lebenshaltung**" verwendet und in den statistischen Jahrbüchern veröffentlicht. Es soll denjenigen Bestandteil des **Real-/Gesamteinkommens** widerspiegeln, der für Ausgaben des alltäglichen Lebens zur Verfügung steht. Ganz wichtig ist, daß das Realeinkommen - und damit auch das Einkommen für die Lebenshaltung - nur monetäre Bestandteile enthält. Geldentleihungen, Darlehen und deren Zurückzahlungen, Abhebungen vom Sparsbuch u.ä. gehen nicht mit ein.<sup>46</sup> Vom Realeinkommen werden dabei Unterhaltszahlungen, Geschenke, verschiedene Steuerzahlungen, Zahlungen für Mahlzeiten von Nicht-Familienmitgliedern und Ausgaben für das familiäre Nebengewerbe abgezogen.<sup>47</sup> Seit 1993 gibt das Statistische Amt zusätzlich auch Einkommenswerte für ein sog. "**verfügbares Einkommen**" in seinen Jahrbüchern an, das das Realeinkommen lediglich um die individuelle Einkommenssteuer und Ausgaben für familiäres Nebengewerbe reduziert und somit seinem Pendant, dem unten genauer erklärten "Nettoeinkommen der ländlichen Haushalte", näherkommt.<sup>48</sup> Im Jahre 1994 hat die "Generalorganisation für sozio-ökonomische Umfragen im ländlichen Raum" des Statistischen Amtes jedoch auch Werte des eben definierten verfügbaren Einkommens für die Jahre vor 1994 veröffentlicht<sup>49</sup>, die aber im Gegensatz zu den in den Statistischen Jahrbüchern bekanntgemachten Angaben um die "Umfragesubvention"<sup>50</sup> gekürzt worden sind. Das verfügbare Einkommen des Statistischen Amtes enthält jedoch weiterhin keine nicht-monetären Bestandteile und entspricht deshalb auch nicht dem Begriff eines recht weit gefaßten verfügbaren Einkommens, wie er sich nach jahrzehntelanger Diskussion in ökonomischen Kreisen durchgesetzt hat. Unter diesem Begriff ist nämlich ein um die indirekten Steuern und Pflichtversicherungszahlungen verringertes Bruttoeinkommen, das aus sämtlichen monetären *und* nicht-monetären Einkünften gebildet wird, zu verstehen. Dadurch sollen alle Vermögenszuwächse<sup>51</sup> in der betrachteten Periode erfaßt werden, die dem Einkommensempfänger (oder den -empfängern) als Nachfragepotential zur Verfügung stehen (also z.B. zum Konsum verwendet werden können).<sup>52</sup>

Beim **Nettoeinkommen** der ländlichen Haushalte werden von dem **Real-/Gesamteinkommen** (das aus den Bestandteilen Lohn- und Eigenproduktionseinkommen, Trans-

---

<sup>45</sup>Dabei werden seit 1985 regelmäßig ca. 100.000 Haushalte, von denen sich etwa ein Drittel in den Städten und zwei Drittel auf dem Lande befinden (was ungefähr der Bevölkerungsverteilung auf diese Räume entspricht), durch eine eingeschränkte Zufallsstichprobe ausgewählt und befragt. Davor war die Anzahl kleiner, der regionale Umfang geringer und die Erhebungsmethoden weniger systematisch, weshalb die Haushaltsdaten vor 1985 ungenauer sind (vgl. Bramall/Jones (1993), S. 42 f.). Migranten aus den ländlichen Gebieten können nur dann von der städtischen Stichprobe erfaßt werden, wenn sie einen städtischen Hukou erworben haben.

<sup>46</sup>Diese werden vielmehr vom sog. "Einkommen aus Entleihungen und Krediten" erfaßt.

<sup>47</sup>Vgl. Guojia tongjiju (1995), S. 887.

<sup>48</sup>Vgl. ebenda.

<sup>49</sup>Siehe Guojia tongjiju nongdiao zongdui ketizu (1994), S. 35 f.

<sup>50</sup>Geldbetrag, der an die an der Stichprobenumfrage des Statistischen Amtes teilnehmenden Haushalte gezahlt wird.

<sup>51</sup>Eventuell Vermögensverluste, denn das Einkommen kann auch negativ sein.

<sup>52</sup>Vgl. z.B. Atkinson (1983), S. 39.

ereinkommen und Vermögenseinkommen zusammengesetzt ist) die Ausgaben für die Eigenproduktion, die Abschreibungen auf produktives Anlagevermögen, die Steuern, die Abgaben für kollektive Verpflichtungen und die Umfragesubvention abgezogen.<sup>53</sup> In diesen Einkommensbegriff gehen also monetäre und reale Bestandteile mit ein; er ist somit umfassender als seine Korrelate "Einkommen für die Lebenshaltung" und "verfügbares Einkommen" auf städtischer Seite.<sup>54</sup>

Wenn im folgenden vom Einkommen der Stadt- oder Landbewohner gesprochen wird, sind immer Durchschnitts-/Pro-Kopf-Werte gemeint, die sich auf der individuellen Ebene dadurch ergeben, daß man das Haushaltseinkommen durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder teilt, während bei den aggregierten Werten die Einkommensgesamtsumme durch die Anzahl der Mitglieder der betreffenden Einkommensgruppe dividiert wird, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes erwähnt.

Zur Abgrenzung der ländlichen und städtischen Haushalte haben ab 1982 die Definitionen nach dem vierten Zensus von 1990 Gültigkeit. Danach gehören zu den Stadt-einwohnern sämtliche Bewohner der Stadtteile der stadtteile-bildenden Großstädte auf Provinz- und Prä-fekturbene, die Mitglieder der Einwohnerkomitees der Landstädte der Kreise der o.g. Städte und der stadunabhängigen Kreise sowie die Mitglieder der Einwohnerkomitees der Straßenzüge und der Landstädte der nicht-stadtteile-bildenden Großstädte auf Kreisebene. Die restliche Bevölkerung wird als Landbewohner angesehen. Vor 1982 werden sämtliche (dem landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Sektor zugehörige) Einwohner der Groß- und Landstädte zur städtischen und alle Kreisbewohner mit Ausnahme der Einwohner der Landstädte zur ländlichen Bevölkerung gezählt.<sup>55</sup>

---

<sup>53</sup>Vgl. Guojia tongjiju (1995), S. 851-855.

<sup>54</sup>Zu berücksichtigen ist jedoch, daß auch das Nettoeinkommen das Wohlstandsniveau der ländlichen Bevölkerung dadurch unterschätzt, daß die selbsterzeugten und -konsumierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht zu Marktpreisen, die bei einem Verkauf dieser Erzeugnisse hätten erzielt werden können (und die somit die wahren Opportunitätskosten darstellen), sondern zu einem Mischpreis aus staatlichem Ankauf- und Marktpreis bewertet werden, wobei die jeweiligen Anteile dieser beiden Preise nach den jeweiligen Anteilen der zu diesen Preisen abgesetzten Mengen gewichtet werden (vgl. Guojia tongjiju (1995), S. 853). Ein ebenso insbesondere die Landbevölkerung betreffendes Problem der Unterbewertung ist die Tatsache, daß für selbstgenutzten Wohnraum keine Mietzinsen berechnet werden. Bramall und Jones nennen weitere Bewertungsmängel (Unterrepräsentierung armer Haushalte, kein Wechsel der befragten Haushalte über Jahre hinweg, ausschließliche Berücksichtigung von Bauernhaushalten), die Auswirkungen auf die Kluft zu den städtischen Einkommen und die Verteilung der ländlichen Einkommen haben (vgl. Bramall/Jones (1993), S. 46 f.).

<sup>55</sup>Vgl. Chan (1994), S. 250 u. 256-259; ZGRKTJNJ (1995), S. 376; Guowuyuan renkou pucha bangongshi / guojia tongjiju renkou tongjisi (1995), S. 574. Da die beiden Definitionen nur gering voneinander abweichen, sind die Zeitreihen der ländlichen und städtischen Einkommen weitgehend zeitkonsistent, auch deshalb, weil die Einführung der neuen Definition kaum zu einer Umgruppierung der Haushalte in der jährlichen Stichprobe des Statistischen Amtes geführt hat.

### **3.1.1 Neue Setzung der wirtschaftspolitischen Variablen in der Reformperiode: Der U-förmige Verlauf der städtisch-ländlichen Einkommensdisparität**

In Tabelle 4 wird das verfügbare Einkommen der Stadtbewohner dem Nettoeinkommen der ländlichen Haushalte in Preisen von 1978 gegenübergestellt. Der Preisindex der städtischen



Tabelle 4: **Disparität der Pro-Kopf-Einkommen der städtischen und ländlichen Haushalte**

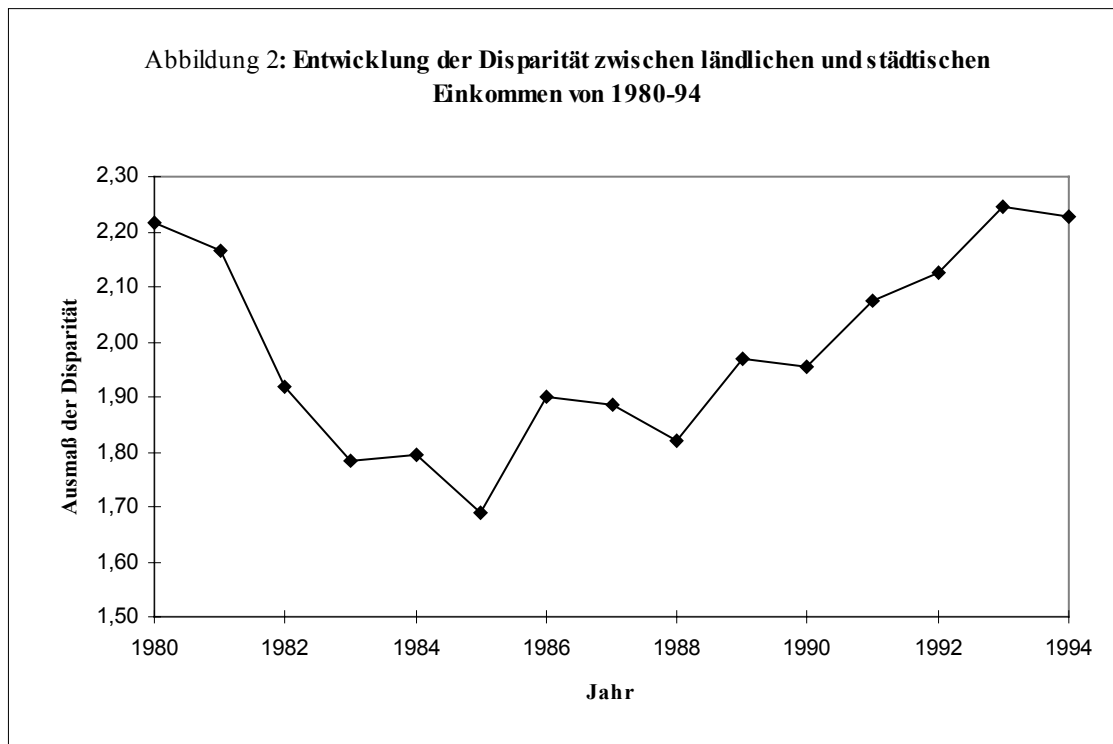
Jahr	Verfügbares Einkommen* (Yuan, in Preisen von 1978)	Nettoeinkommen* (Yuan, in Preisen von 1978)	Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen	Ländliches als des städtischen
1980	392,18	176,99	2,22	45,13
1981	437,08	201,84	2,17	46,18
1982	459,20	239,46	1,92	52,15
1983	482,33	270,54	1,78	56,09
1984	542,22	301,89	1,80	55,68
1985	550,61	325,83	1,69	59,18
1986	626,71	329,74	1,90	52,61
1987	641,61	340,44	1,88	53,06
1988	627,12	344,42	1,82	54,92
1989	628,56	319,35	1,97	50,81
1990	681,44	348,50	1,96	51,14
1991	728,93	351,46	2,07	48,22
1992	794,53	373,73	2,13	47,04
1993	871,24	388,18	2,24	44,56
1994	946,65	425,24	2,23	44,92

Anmerkung: \*Das verfügbare Einkommen bezieht sich auf die städtischen, das Nettoeinkommen auf die ländlichen Haushalte.

Quellen: ZGTJNJ (verschiedene Jahrgänge); Guojia tongjiju nongdiao zongdui ketizu (1994), S. 35 f.; eigene Berechnungen.

Konsumausgaben deflationiert dabei die städtischen Einkommen. Zur Preisbereinigung der ländlichen Einkommen werden drei verschiedene Deflatoren verwendet: Ab 1985 der Preisindex der ländlichen Konsumausgaben, jährlich gewichtet mit dem Anteil der Konsumausgaben und der sonstigen nicht-produktiven Ausgaben an den Gesamtausgaben, und der Preisindex der ländlichen Einzelhandelspreise für Industriegüter, jährlich gewichtet mit dem Anteil der produktiven Ausgaben an den Gesamtausgaben, sowie bis 1984 - da der Preisindex der ländlichen Konsumausgaben für diese Periode in den Statistischen Jahrbüchern nicht aufgeführt wird - der ungewichtete Preisindex für Einzelhandelspreise. Die Disparität zwischen den (preisbereinigten) ländlichen und städtischen Einkommen wird dann durch die Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen und durch die Angabe der ländlichen als Prozentwert der städtischen Einkommen ausgedrückt. Dadurch wird das Ausmaß der Disparität in den jeweiligen Jahren und seine Veränderung im Zeitablauf sichtbar. Zu berücksichtigen bleibt, daß bei dieser Art der Berechnung die städtischen Einkommen aufgrund der Nichterfassung der Naturaleinkommen und bestimmter Subventionen und damit auch die Einkommenskluft nach Aussage des statistischen Amtes in allen Jahren um 20 - 44% unterschätzt werden.<sup>56</sup>

Stellt man die Rate des städtischen zum ländlichen Einkommen in einem Koordinatensystem dar, erhält man folgenden Kurvenverlauf:



<sup>56</sup>Vgl. Xian/Yan (1995), S. 43. Die Staatliche Planungskommission geht ferner davon aus, daß die von den befragten städtischen Haushalten gemachten Einkommensangaben weit unter der tatsächlichen Höhe liegen (vgl. Guojia jiwei shehui fazhan yanjiusuo ketizu (1994a), S. 4). Heberer schätzte die Kluft zwischen ländlichen und städtischen Einkommen für das Jahr 1992 bereits auf 4:1, wenn zusätzlich lokale Sondersteuern und -abgaben der Landbevölkerung miteinbezogen

Quelle: Tabelle 4, Spalte 4.

Aus der Abbildung und Tabelle 4 wird ersichtlich, daß - von kleineren Fluktuationen abgesehen - die Kluft zwischen dem ländlichen und dem städtischen Einkommen bis 1985 erst kleiner geworden ist, um sich daraufhin wieder weiter zu öffnen.<sup>57</sup> Nachdem im Jahre 1985 mit 1,69 die kleinste Rate erzielt worden war, stieg die Rate mit Sprüngen bis 1994 auf 2,23 an. Diese Entwicklung wird auch durch die Tatsache verdeutlicht, daß das Wachstum des ländlichen Realeinkommens mit durchschnittlich 13,04% von 1980 bis 1985 deutlich über dem des städtischen, das durchschnittlich um 7,10% wuchs, lag. Doch nach 1985 tauschten die beiden Gruppen die Plätze: Während die durchschnittliche reale Wachstumsrate der Städte nur geringfügig auf 6,32% absank, fiel die der ländlichen Gebiete drastisch auf 3,12%. Anfang der 90er Jahre erreichte die Einkommenskluft ein Ausmaß wie zu Beginn der Reformperiode.

Die Tendenz des Wohlstandsgefälles zwischen den städtischen und ländlichen Räumen, erst kleiner und dann wieder größer zu werden, wird, wie Tabelle 5 zeigt, neben den Einkommenswerten auch durch andere Indikatoren des Lebensstandards widergespiegelt.

Tabelle 5: Veränderungen von Indikatoren des Lebensstandards in den städtischen und ländlichen Räumen

Indikator	Einheit	Jahr	Städte	Land	Rate (ohne Einheit) bzw. Differenz (in %punkten)
Konsumausgaben (ohne Naturaleinkommen der Stadtbewohner)	Yuan/Kopf	1981	456,84	190,81	2,39
		1985	673,20	317,42	2,12
		1993	2.110,81	778,71	2,71
Konsumausgaben (inklusive Naturaleinkommen der Stadtbewohner)	Yuan/Kopf	1981	648,14	190,81	3,40
		1985	901,50	317,42	2,84
		1993	2.618,51	778,71	3,36
Engelskoeffizient für Lebensmittel (ohne Naturaleinkommen der Stadtbewohner)	%	1981	56,66	59,66	3,00
		1985	54,25	57,90	3,65
		1993	50,13	57,97	7,84
Engelskoeffizient für Lebensmittel (inklusive Naturaleinkommen der Stadtbewohner)	%	1981	54,64	59,66	5,02
		1985	51,79	57,90	6,11
		1993	46,99	57,97	10,98
Sparguthaben	Yuan/Kopf	1978	89,82	7,05	12,74
		1985	646,61	69,94	9,25
		1994	6.273,52	562,95	11,14

Anmerkungen:

- (1) Die selbsterzeugten und -konsumierten Produkte werden von den Konsumausgaben erfaßt.
- (2) Der Engelskoeffizient für Lebensmittel drückt den Anteil der Konsumausgaben für Lebensmittel an den gesamten Konsumausgaben aus.
- (3) Die Disparitäten in den Konsumausgaben und Sparguthaben der städtischen und ländlichen Einkommen werden durch Raten, in den Engelskoeffizienten durch Differenzen ausgedrückt.

würden (vgl. Heberer (1994), S. 94). Zum Problem der lokalen Steuern und Gebühren siehe ausführlicher Abschnitt 3.3.4.

<sup>57</sup>Dieses Phänomen wurde in dem Werk von Griffin/Zhao (1993) treffend als "Akkordeon" der städtisch-ländlichen Einkommensdisparität bezeichnet.

Quellen: Zhang et al. (1994), S. 28-33; ZGTJNJ (1995), S. 59 u. 259; eigene Berechnungen.

Die Größe der Kluft wird auch daran deutlich, daß bei einer Haushaltsuntersuchung des Instituts für Wirtschaft im Jahre 1988<sup>58</sup> 99,58% der Haushalte im untersten Einkommensdezil auf dem Lande und nur 0,42% in den Städten angesiedelt waren, während die Quoten für das oberste Dezil umgekehrt 11,88% und 88,12% betragen.<sup>59</sup>

### 3.1.2 Gründe für die Abnahme der städtisch-ländlichen Einkommenskluft bis 1985

Chai konstatiert: "The main thrust of the first stage of agricultural reforms (1979-1984) was the provision of price and non-price incentives for the farmer to increase production. This was achieved through the increase of agricultural procurement prices and the decentralization of property rights under the household responsibility system."<sup>60</sup> Folgende Faktoren sind im einzelnen zu nennen:<sup>61</sup>

- 1) Die Regierung hob Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre den Ankaufpreis für landwirtschaftliche Produkte mehrfach an.<sup>62</sup> Im Jahr 1979 etwa wurden die Ankaufpreise für 18 Sorten landwirtschaftlicher Nebenprodukte um 22,1 Prozentpunkte erhöht.<sup>63</sup> Das Ausmaß des Anstiegs der bäuerlichen Einkommen, das allein auf einer Anhebung der Ankaufpreise beruht hat, wird auf 60% geschätzt.<sup>64</sup>
- 2) Während des gleichen Zeitraums verkleinerte die Regierung die Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die vom staatlichen Ankaufssystem erfaßt wurde.

<sup>58</sup>An dieser Untersuchung waren neben dem Institut für Wirtschaft auch die Universitäten von Kalifornien, Columbia und Oxford sowie die Ford-Stiftung als Finanzier beteiligt. Die Ergebnisse wurden in Zhao/Griffin (1994), Griffin/Zhao (1993) und Khan et al. (1992) veröffentlicht. Aufgrund der einmaligen Ausführlichkeit dieser Untersuchung und meiner langfristigen Zusammenarbeit mit einem der Herausgeber und Autoren, Prof. Zhao Renwei vom Institut für Wirtschaft, wird noch des öfteren auf diese Forschungsarbeit zurückgegriffen werden.

<sup>59</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 105.

<sup>60</sup>Chai (1992), S. 5.

<sup>61</sup>Für eine genauere Untersuchung der Gründe des rapiden Anstiegs der ländlichen Einkommen und der hohen Wachstumsraten der landwirtschaftlichen Produktion in der ersten Phase der Wirtschaftsreformen und der darauffolgenden Stagnationserscheinungen siehe ebenda, S. 4-28.

<sup>62</sup>Die grobe, für diese Analyse allerdings ausreichende, Unterscheidung zwischen staatlichen Ankaufs- und Marktpreisen ist eine Vereinfachung. In der Realität werden die Bauern gar mit vier verschiedenen Absatzpreisen (Preis für die mindestens abzuliefernde Quote, Preis für die über die Quote hinausgehende Menge, zwischen Bauern und Staat verhandelter Preis und Marktpreis) konfrontiert. Ferner sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in verschiedene Kategorien, die nicht alle über den freien Markt abgesetzt werden dürfen, eingeteilt (vgl. Chai (1992), S. 5 f.).

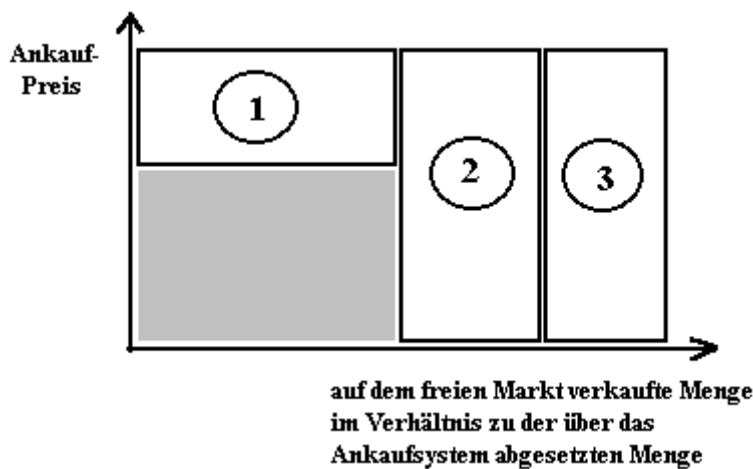
<sup>63</sup>Vgl. Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994a), S. 17.

<sup>64</sup>Vgl. Lai (1995), S. 15.

- 3) Die Einführung des "Haushaltsverantwortungssystems", die den Bauern einen Motivations Schub versetzte,<sup>65</sup> und die äußerst guten Wetterbedingungen, die Rekorderten möglich machten, führten zu einem Anwachsen der Produktionsmenge und trugen ihren Anteil zur Erhöhung der bäuerlichen Einkommen bei. So wuchs der Bruttoproduktionswert des landwirtschaftlichen Sektors in den Jahren von 1978-84 jährlich real um durchschnittlich 7,86%.<sup>66</sup>

Diese drei Einflüsse sind in Abbildung 3 graphisch dargestellt.

Abbildung 3: Erhöhung der bäuerlichen Einkommen durch die Reformmaßnahmen Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre



Anmerkung: Der graue Kasten stellt die Situation vor den Wirtschaftsreformen dar, die nummerierten Kreise stehen für die drei oben erläuterten Reformmaßnahmen.

Quelle: eigene Erstellung, Anregung von Prof. Zhao Renwei.

- 4) Gleichzeitig steckten die Reformen in den Städten noch in den Kinderschuhen, die Autonomie der Betriebe war noch sehr beschränkt. Lediglich die Wiedereinführung der Akkordlöhne und des Prämiensystems sowie eine leichte Anhebung des Lohnniveaus hatten (einen allerdings nur relativ geringen) Einfluß auf die Einkommensverteilung.

<sup>65</sup>Nach Weggel ist die Umstellung der Wirtschaftsmethoden auf dem Lande infolge der Einführung des Verantwortungssystems - kurz und knapp ausgedrückt - durch folgende Punkte gekennzeichnet: Ersetzung a) der einseitigen Anweisungen von Seiten des Staates durch vertragliche Beziehungen zwischen Bauer und Gemeindeverwaltung, b) der anonymen Arbeitseinheit der Produktionsmannschaft durch die familiäre Arbeitseinheit des Haushaltes, c) des kollektiven "Essens aus dem großen Topf" durch die Haftung des Einzelhaushaltes und d) des Prinzip der Gleichmacherei durch das Prinzip der Leistung. Auch die stärkere Diversifizierung der Agrarwirtschaft in die Bereiche Forstwirtschaft, Viehzucht und Industriepflanzen (z.B. Baumwolle, Ölfrüchte, Tee, Zucker und Tabak) setzte der einseitigen, ökologisch ungleichgewichtigen Ausrichtung auf Getreide in der Mao-Zeit ein Ende und führte ebenso wie die Aufbrechung der Ankaufmonopole der staatlichen Handels- und kollektiven Versorgungs- und Absatzgenossenschaften und die Integration in das allgemeine Handelsnetz zu einer Steigerung der bäuerlichen Einkommen (vgl. Weggel (1994), S. 35-38.).

<sup>66</sup>Vgl. ZGTJNJ (1988), S. 216.

### 3.1.3 Gründe für das erneute Anwachsen der Kluft seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre

Als wichtigste Gründe, die nach 1985 einen erneuten Anstieg der städtisch-ländlichen Einkommenskluft hervorriefen, sind die folgenden zu nennen:

- 1) Der Kompensationseffekt (teilweise Aufhebung der Benachteiligung der Bauern durch niedrige staatliche Ankaufpreise) und der Einmaligkeitseffekt (Aktualisierung der Produktionspotentiale der Bauern durch die Einführung des Verantwortlichkeitssystems) der landwirtschaftlichen Reformen Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre konnten zwar einige Jahre zu einer Verkleinerung der Kluft führen, büßten aber nach Ausschöpfung der in ihnen liegenden Potentiale Mitte der 80er Jahre ihre Wirksamkeit ein. Eine weitere Erhöhung der Ankaufpreise war auch schon deswegen nicht möglich, weil der Preisanstieg nicht an die städtischen Konsumenten weitergegeben, sondern durch Preissubventionen nivelliert wurde, wo-raufhin das staatliche Budget bald an die Grenze seiner Belastbarkeit stieß.<sup>67</sup>
- 2) Vom Jahr 1984 an wurde der Schwerpunkt der Reformpolitik in die Städte verlagert (Mittelpunkt der staatlichen Investitionstätigkeit, Erhöhung der Autonomie der Betriebe und Einführung des Vertragsverantwortungssystems in der städtischen Wirtschaft, Erhöhung der Löhne der staatlich Beschäftigten, Beteiligung der Belegschaft an den Gewinnen etc.), woraufhin das Einkommenswachstum der ländlichen Bevölkerung nicht mehr mit dem der Stadtbewohner mithalten konnte.
- 3) Der Anstieg der Input-Preise und somit der Produktionskosten für die landwirtschaftliche Produktion (insbesondere für Dünger und Maschinen) und die damit einhergehende Verschlechterung der landwirtschaftlichen Terms of Trade dämpfte vor allem in den Jahren von 1989-91 das Wachstum der ländlichen Einkommen. Der Index der Preise für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte und der Index der Input-Preise für die landwirtschaftliche Produktion sowie der Gesamteffekt, der sich aus den beiden Preisindizes ergibt, ist in Tabelle 6 dargestellt. In dieser Tabelle wird auch die divergierende Entwicklung der staatlichen Ankaufpreise und der Marktpreise für Getreide deutlich.<sup>68</sup>
- 4) Die Repressivmaßnahmen im Anschluß an die nationale Krise im Jahre 1989 gegen die ländlichen Betriebe, die als einer der Hauptverursacher der starken Preissteigerungen galten, zwangen etwa 30 Mio. ihrer Beschäftigten, wieder in die Landwirtschaft zurückzukehren, wo die Einkommen wesentlich niedriger als im nicht-landwirtschaftlichen Sektor

---

<sup>67</sup>Vgl. Zhao (1995), S. 6.

<sup>68</sup> Um präzise Änderungen der landwirtschaftlichen Terms of Trade zu erhalten, müßten eigentlich auch die Marktpreise in den Preisindex der verkauften Agrargüter miteingehen. Dabei müßten die Marktpreise genauso wie die im Rahmen des staatlichen Ankaufs administrierten Preise mit ihrem Anteil an der gesamten Absatzmenge gewichtet werden. Eine solche Rechnung ist jedoch nicht möglich, da die Gewichtungsfaktoren nicht bekannt sind.

sind. Auch Millionen ländlicher Migranten, die in den Städten eine temporäre Beschäftigung gefunden hatten, wurden in den Jahren 1989 und 90 wieder aufs Land zurückgeschickt, so daß den Landbewohnern diese Einkommensquelle zeitweilig verloren ging. Die jährliche ländlich-städtische Nettomigrationsrate soll in diesen zwei Jahren von ca. 3,5% auf etwa 1,5% gefallen sein.<sup>69</sup>

Tabelle 6: Preisindizes und Getreidepreise der landwirtschaftlichen Produktion

Jahr	Ankauf- Preis- Index	Input- Preis- Index	Rate	Quoten- preis (Getreide)	in % des Markt- preises	Markt- preis (Getreide)
1978	103,9	100,0	96,2			
1979	122,1	100,1	82,0			
1980	107,1	100,8	94,1			
1981	105,9	101,0	95,4			
1982	102,2	101,6	99,4			
1983	104,4	101,0	96,7			
1984	104,0	103,1	99,1			
1985	108,6	103,2	95,0	382	66	578
1986	106,4	103,2	97,0	390	56	697
1987	112,0	104,8	93,6	406	49	823
1988	123,0	115,2	93,7	419	41	1.022
1989	115,0	118,7	103,2	475	34	1.396
1990	97,4	104,6	107,4	489	54	908
1991	98,0	103,0	105,1	485	59	820
1992	103,4	103,1	99,7	555	69	810
1993	113,4	111,8	98,6	637	64	1.000
1994	139,9	117,2	83,8	1.014	56	1.800

Anmerkungen:

(1) Die Zahlenwerte für die leeren Fächer der Tabelle sind unbekannt.

(2) Bei den Preisindizes wird das Vorjahr = 100 gesetzt.

(3) Die Einheit der Getreidepreise beträgt Yuan pro Tonne "gewerblich gehandelten Getreides".

Ankauf-Preis-Index = Index der Preise für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte

Input-Preis-Index = Index der Input-Preise für die landwirtschaftliche Produktion

Rate = Rate des Input-Preis-Index' zum Ankauf-Preis-Index

Quellen: ZGTJNJ (1995), S. 233; Aubert (1996), S. 326.

5) Das Überangebot an ländlichen Arbeitskräften und die fehlende Ausdehnungsmöglichkeit der Ackerfläche resultieren in einer niedrigen Arbeitsproduktivität und machen Skaleneffekte großflächiger Produktion kaum möglich, was einen Anstieg der aus landwirtschaftlicher Tätigkeit erzielten Einkommen verhindert. Auch die Abnahme der Grenzerträge des Einsatzes moderner Maschinen und chemischer Düngemittel trägt dazu bei.<sup>70</sup>

<sup>69</sup>Vgl. Chan (1994), S. 270 f.

<sup>70</sup>Vgl. Chai (1992), S. 23.

Auch weniger offensichtliche Gründe wie die anhaltende Konzentration der Bildungsausgaben in den Städten beschränken die Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten der ländlichen Räume und führen die Politik der Diskriminierung der Landbevölkerung, die durch die Durchführung der landwirtschaftlichen Reformen zu Beginn der Reformperiode zeitweise abgemildert worden war, unbeirrt fort.

Außerdem ist festzustellen, daß in den westlichen und mittleren Landesteilen die Kluft größer ist und schneller wächst als im Osten, was an der geringeren Entwicklung und unvollkommenen Integration der ländlichen Gebiete mit der städtischen Wirtschaft liegt. Während in den westlichen und mittleren Regionen die städtischen und ländlichen Subwirtschaften weitgehend getrennt sind, ist im Osten das Phänomen einer Industrialisierung und Urbanisierung der ländlichen Räume zu beobachten, was zu einer Aufweichung der Bipolarität führt.

Um die Einflußfaktoren für die Größe der Einkommenskluft zu bestimmen, führte die "Generalorganisation für sozio-ökonomische Studien im ländlichen Raum" des Statistischen Amtes 1994 eine multiple lineare Regressionsanalyse für den Zeitraum von 1980 bis 1993 durch. Das Ausmaß der Einkommensdisparität wurde dabei durch folgendes Verhältnis dargestellt<sup>71</sup>:

$$D_y = \frac{y_{DU}}{y_{DR}} = \frac{(Y_{UNA} + Y_{UNM} + Y_{UO}) / P_U}{(Y_A + Y_{RNA} + Y_{RO}) / P_R}$$

mit  $D_y$ : Ausmaß der städtisch-ländlichen Einkommensdisparität,

$y_{DU}$ : verfügbares Pro-Kopf-Einkommen der Stadtbewohner,

$y_{DR}$ : verfügbares Pro-Kopf-Einkommen der Landbewohner,

$Y_{UNA}$ : Einkommen der Stadtbewohner aus nicht-landwirtschaftlichen Aktivitäten,

$Y_{UNM}$ : nicht-monetäres Einkommen der Stadtbewohner,

$Y_{UO}$ : sonstiges Einkommen der Stadtbewohner,

$Y_A$ : Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit

$Y_{RNA}$ : Einkommen der Landbewohner aus nicht-landwirtschaftlicher Tätigkeit,

$Y_{RO}$ : sonstiges Einkommen der Landbewohner;

$P_U$ : Anzahl der Stadtbewohner;

$P_R$ : Anzahl der Landbewohner.

---

<sup>71</sup>Vgl. Guojia tongjiju nongdiao zongdui ketizu (1994), S. 39-43. Die Bezeichnungen der Variablen des Originaltextes wurden geändert.



Folgende Regressoren wurden gewählt:

- $x_1$ : relative Produktivitätsrate zwischen der städtischen nicht-landwirtschaftlichen und der landwirtschaftlichen Tätigkeit,
- $x_2$ : relativer Abstand der Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte zu ihrem tatsächlichen Wert,<sup>72</sup>
- $x_3$ : Anteil des nicht-monetären Einkommens am verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der Stadtbewohner,
- $x_4$ : Anteil des nicht-landwirtschaftlichen Einkommens am verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen der Landbewohner,
- $x_5$ : Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Einwohnerzahl.

Im Regressionsmodell konnten die fünf Regressoren 83,27% der Varianz des Ausmaßes der Einkommensdisparität erklären ( $R^2=0,8327$ ). Bis auf das nicht-monetäre Einkommen der Stadtbewohner sind alle Regressoren gemäß dem T-Test mit der Wahrscheinlichkeit  $\alpha < 0,1$  signifikant. Eine stufenweise Regression ergibt, daß der Bipolaritätskoeffizient ( $x_1$ ) eindeutig dominant ist ( $R^2=0,5962$ ). Dieser spiegelt jedoch auch die hohe Bedeutung von  $x_2$  (Einfluß des Ankaufsystems) wider, denn zwischen  $x_1$  und  $x_2$  besteht eine hohe positive Kollinearität (Wert 0,9342 in der Korrelationsmatrix); die einzelnen Einflüsse dieser beiden Größen können deshalb nicht getrennt werden. Danach folgen als Ergebnisse der Regression auf der zweiten und dritten Stufe der Bevölkerungskoeffizient  $x_4$  (erklärt 14,41% der Gesamtvarianz) und  $x_5$  (Einkommensanteil aus nicht-landwirtschaftlicher Tätigkeit am landwirtschaftlichen Gesamteinkommen) (erklärt 6,71% der Gesamtvarianz). Aus der Regressionsanalyse wird ersichtlich, daß nicht nur originäre Faktoren der Bipolarität (wie Produktivitätsunterschiede und Preisschere), sondern auch andere Bestimmungsfaktoren (wie nicht-monetäre Einkommen, Einkommen aus nicht-landwirtschaftlicher Tätigkeit und demographische Faktoren) von Bedeutung sind. Derartige Einflußgrößen sind Gegenstand der Abschnitte 3.2 und 3.3.

### **3.1.4 "Synchrone Erschütterungen" der Nachfrage- und Branchenstruktur: Eine interessante Folge der Einkommensverteilung<sup>73</sup>**

---

<sup>72</sup>Leider ist nicht angegeben, welcher Wert der tatsächliche ist (z.B. Markt-/Gleichgewichtspreis).

<sup>73</sup>Siehe zu diesem Abschnitt Lai (1995), S. 3-5.

Der starke Egalitarismus vor allem in den Städten zu Beginn der 80er Jahre führte zu einem mit dem Begriff "synchrone Erschütterung" (*tongbuxing zhendang*) bezeichneten Phänomen. Damals gelangten weite Bevölkerungsschichten in eine Einkommensklasse, in der sie sich Konsumgüter wie Radiorecorder, Nähmaschinen, Fahrräder und Armbanduhren leisten konnten. Die Folge war eine enorme Nachfragewelle, die zweistellige Wachstumsraten der Absatzmengen derartiger Güter hervorrief. Doch die plötzliche Sättigung führte bereits 1983 zu einem drastischen Nachfragerückgang. So sank die Wachstumsrate für Halbleiter-Transistorradios von 17,8% im Jahre 1982 auf -14,5% im darauffolgenden Jahr, die für Nähmaschinen von 23,0% auf -10,6%. Die durch derartig extreme Nachfrageeinbrüche verursachten strukturellen Schocks konnten Mitte der 80er Jahre jedoch glücklicherweise noch durch den neu hinzutretenden Konsum weiter Teile der Landbevölkerung, deren Einkommen in den vorausgegangenen Jahren stark gewachsen war, aufgefangen und abgefedert werden. Doch Ende der 80er Jahre lief die städtische der ländlichen Nachfrage davon. Während Teile der Stadtbevölkerung bereits in Segmente besonders hochwertiger Konsumgüter wie Stereoanlagen oder Kraftfahrzeuge vorrücken, können sich viele Landbewohner nicht einmal Farbfernseher, Waschmaschinen und Kühlschränke leisten. Nach Angaben des Statistischen Amtes liegt der Verbreitungsgrad dieser drei Produkte auf dem Lande bei 13,52, 15,30 und 4,00 pro hundert Haushalte<sup>74</sup>; gleichzeitig werden 1/2, 2/3 und wiederum 2/3 der Produktionskapazitäten für diese drei Produkte wegen mangelnder Nachfrage nicht genutzt. Derartige Nachfragemuster führen zu einer Verschwendung von Ressourcen und verlangsamen und verteuern den Strukturwandel, zumal ein beträchtlicher Teil der Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern nur durch ausländische Anbieter befriedigt werden kann, was zu einem Abfluß finanzieller Mittel führt.

### 3.2 Die städtische Ebene: Geplantes Einkommen und Einkommen außer Plan<sup>75</sup>

Wie schon aus Tabelle 3 ersichtlich wird, ist ein bedeutender Anteil der ungleichen Verteilung der Einkommen nicht auf die Ungleichheit zwischen den urbanen und ruralen Räumen zurückzuführen, sondern kommt durch die Ungleichheit innerhalb dieser beiden Gebiete

---

<sup>74</sup>Vgl. ZGTJNJ (1995), S. 287.

<sup>75</sup>Die Bezeichnungen "geplantes Einkommen" und "Einkommen außer Plan" sind eine Anspielung auf die Tatsache, daß in China ökonomische Ziele und Aktivitäten, u.a. auch die Einkommensentwicklung der öffentlich Beschäftigten, für mehrere Jahre im voraus in Wirtschaftsplänen festgelegt werden. Diese Pläne sind in ihrer Wirkung jedoch hauptsächlich auf staatliche Organisationen, die dem direkten Weisungsrecht des Staates unterliegen, beschränkt, so daß diese "geplantes Einkommen" erzielen, während die Privatwirtschaftenden ihre Aktivitäten hauptsächlich über Marktprozesse koordinieren, woraus sich letztendlich auch das Einkommen ableiten läßt, es sich somit um "Einkommen außer Plan" handelt. Die Begriffe "öffentlich" bzw. "staatlich" und "privat" sind hier weit gefaßt und fallen nicht mit den in China offiziell verwendeten zusammen; dies gilt jedoch nur, wenn sie sich auf die so abgegrenzten Sektoren beziehen.

zustande.<sup>76</sup> Dies soll im folgenden erst einmal durch die Darstellung der innerstädtischen Ungleichheit deutlich gemacht werden.

### 3.2.1 Stagnation des öffentlichen und Aufschwung des privaten Sektors

Die Veränderungen des Ausmaßes der urbanen Ungleichheit werden aus Tabelle 7 ersichtlich.

Tabelle 7: **Maßzahlen der städtischen Ungleichheit**

Jahr	Gini-Koeffizienten der städtischen Einkommen	Rate des letzten zum ersten Einkommensdezil*
1980	0,16	
1981	0,15	
1982	0,15	
1983	0,15	
1984	0,16	
1985	0,19	
1986	0,19	
1987	0,20	3,01
1988	0,23	
1989	0,23	
1990	0,23	
1991	0,227	
1992	0,239	3,41
1993		3,81
1994		4,11

Anmerkungen:

- (1) Die Zahlenwerte für die leeren Fächer der Tabelle sind unbekannt.
- (2) \*Bei der Messung der Einkommensungleichheit durch Dezile wird das Einkommen für die Lebenshaltung statt des verfügbaren Einkommens verwendet.

Quellen: ZGTJNJ (verschiedene Jahrgänge); Guojia tongjiju nongdiao zongdui (1994), S. 18; eigene Berechnungen.

<sup>76</sup>Der Anteil der Einkommensungleichheit (ausgedrückt durch den Gini-Koeffizienten), der auf die Einkommensverteilung innerhalb der städtischen und ländlichen Räume zurückzuführen ist, wird von Chen für die erste Reformdekade auf durchschnittlich 60% geschätzt. Ferner soll dieser Anteil für 95% der Veränderungen der Einkommensverteilung von 1978-88 verantwortlich sein (vgl. Chen (1994), S. 315-322 u. 381).

Das Ausmaß der Ungleichheit stagnierte danach erst bis 1984 und ist ab 1985 mit zunehmender Akzelleration gewachsen, was stark damit zusammenhängt, daß die städtische Wirtschaft, wie schon in Abschnitt 3 erläutert, in einen privaten und einen öffentlichen Subsektor unterteilt ist, zwischen denen zwar rege monetäre und materielle Austauschbeziehungen bestehen, deren Mechanismen der Einkommensverteilung jedoch ganz unterschiedlich sind.<sup>77</sup> Zu dem privaten Sektor gehören Individual- und Privatbetriebe, ausländische Unternehmen und Joint Ventures; der öffentliche Sektor setzt sich vor allem aus den staatlichen Unternehmen, Institutionen und Behörden zusammen.<sup>78</sup> Obwohl auch innerhalb der beiden Sektoren große institutionelle Unterschiede bestehen,<sup>79</sup> so sind doch folgende allgemeine Merkmale zu erkennen:

- 1) Die Löhne im privaten Sektor sind höher als im öffentlichen Sektor. So betragen 1994 die durchschnittlichen Jahreslöhne der in staatlichen Organisationen Beschäftigten 4.797 Yuan, der in kollektiven Organisationen Beschäftigten 3.245 Yuan und der in sonstigen Organisationen (also vornehmlich solchen, die dem privaten Sektor zuzurechnen sind) Beschäftigten 6.303 Yuan.<sup>80</sup> Die Tatsache, daß insbesondere seit 1992 immer mehr Angehörige höherer Bildungsniveaus in den privaten Sektor "abtauchen", spiegelt nicht nur das höhere Lohnniveau dieses Sektors wider, sondern zeigt auch, daß die Ressentiments der Gebildeten gegen den privaten Sektor, die diesen früher aus verschiedenen Gründen gemieden hatten, weitgehend abgebröckelt sind.
- 2) Die Einkommen im privaten Sektor sind wesentlich ungleicher verteilt als die im öffentlichen Sektor erzielten. Dies wird aus den Einkommensdifferenzialen der beiden Sektoren im Jahr 1988 deutlich.<sup>81</sup>

---

<sup>77</sup>Die Zunahme der Einkommensungleichheit infolge der Entfaltung des privaten Sektors wurde Anfang und Mitte der 80er Jahre durch die Erhöhung der Einkommen der schlechterverdienenden Mitglieder des öffentlichen Sektors und eine neue Lohnstruktur mit geringeren Differentiationen kompensiert und teilweise sogar überkompensiert (vgl. Zhao (1990), S. 346). Zur dualen Struktur der städtischen Wirtschaft siehe auch Zhao (1990), S. 346 f.).

<sup>78</sup>Die Kollektivbetriebe nehmen eine Zwitterstellung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ein. Ihre Verteilungsmechanismen entsprechen zwar weitgehend denjenigen des öffentlichen Sektors, jedoch kommen ihre Beschäftigten nicht im gleichen Ausmaß wie die Beschäftigten der Staatsbetriebe in den Genuß von Subventionen und Naturaleinkommen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß viele Kollektivbetriebe wie private Unternehmen geführt werden und nur aus politischen Gründen i.w.S. nicht als Privat- (bzw. Individual)unternehmen firmieren. Die Kollektivbetriebe fallen deshalb aus der folgenden Analyse weitgehend heraus, es sei denn, sie sind ausdrücklich erwähnt oder gehen zwangsweise in der einen oder anderen Form in bestimmte Indikatoren mit ein. Dies wird so weit wie möglich deutlich gemacht.

<sup>79</sup>Insbesondere der private Sektor ist sehr heterogen.

<sup>80</sup>Vgl. ZGTJNJ (1995), S. 116. Nach Chai und Chai hat die Zunahme der Einkommensdifferenziale den Rückgang der Differenziale der Beschäftigungsrate (ein Rückgang drückt die gewachsenen Beschäftigungsmöglichkeiten von Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen aus) in der Reformzeit stark überkompensieren können (vgl. Chai/Chai (1994), S. 683).

<sup>81</sup>Bei der Messung der Einkommensungleichheit durch Quantile (Percentile) sind alle betrachteten Einkommensempfänger nach ihrer Einkommenshöhe zu ordnen und in eine bestimmte Anzahl von Gruppen steigender Einkommenshöhe einzuteilen, die jeweils den gleichen Anteil der Einkommensempfänger an ihrer Gesamtzahl enthalten. Häufig werden - wie hier - auch nur das oberste und/oder unterste Quantil zur Messung der Einkommensungleichheit herangezogen. Der Nachteil dieser Methode ist, daß die Ungleichheit und Umverteilungen innerhalb der Quantile nicht berücksichtigt werden, die Streuung innerhalb der Aggregate also nicht zum Ausdruck kommt (vgl. Blümle (1975), S. 35 f.).

Tabelle 8: **Differentiale des Bareinkommens im öffentlichen und privaten Sektor im Jahr 1988**

Sektor	Anteil am Gesamteinkommen in %		Gini-Koeffizient
	Unterstes Quintil	Oberstes Quintil	
Öffentlicher Sektor (staatlich geplantes Einkommen)	10,52	32,60	0,2321
Privater Sektor (Einkommen außer Plan)	3,40	54,08	0,4929

Quelle: Zhao/Griffin (1994), S. 97.

- 3) Das starke Wachstum des privaten Sektors hat zu einer Zunahme der Ungleichheit in den Städten geführt. So gab es Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre nur einige wenige private Unternehmen, so daß die Einkommensverteilung relativ egalitaristisch war. In der Reformperiode ist eine kontinuierliche und starke Zunahme des marktbestimmten im Verhältnis zum planbestimmten Sektor festzustellen, was nicht nur daran liegt, daß der originär private Sektor (auch relativ gesehen) weiter wächst, sondern ebenfalls daran, daß auch im öffentlichen Sektor Marktmechanismen eine immer größere Rolle spielen - ein Phänomen, das in China häufig unter der Bezeichnung "gongsihua" diskutiert wird. Die Zunahme der Beschäftigung im privaten Sektor wird aus Tabelle 9 ersichtlich.

Tabelle 9: **Anteil der im privaten Sektor Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %**

Jahr	Anteil
1980	0,77
1985	2,69
1990	5,01
1994	12,57

Anmerkung: Da die Organisationen, die das Aktiensystem anwenden, und die der sonstigen Eigentumsformen nicht eindeutig dem öffentlichen oder privaten Sektor zugeordnet werden können, ist jeweils die Hälfte ihrer Beschäftigten auf einen dieser beiden Sektoren verteilt worden.

Quelle: ZGTJNJ (1995), S. 84 f.; eigene Berechnungen.

Die starke Einkommensgleichheit zu Beginn der Reformzeit hat ihre Ursache im Lohn-, Subventions- und Einstellungssystem des öffentlichen Sektors, der damals fast die Gesamtzahl der Beschäftigten auf sich vereinigen konnte. Die Lohnunterschiede der im öffentlichen Sektor Beschäftigten waren damals sehr gering, und auch der Großteil des Naturaleinkommens, der Subventionen und Prämien wurde recht gleichmäßig auf alle Beschäftigten aufgeteilt.<sup>82</sup> Die schrittweise Erhöhung der Autonomie der staatlichen Betriebe, die Tatsache, daß

<sup>82</sup>Eine Ausnahme bildet die Zuteilung von Gütern des gehobenen Bedarfs an hohe staatliche Angestellte, wie in Abschnitt 2.2.2 beschrieben. Interessanterweise funktionierten auch das Subventions- und das 1978 wiedereingeführte Prämiensystem nie nach ihren ursprünglichen Prinzipien. Obwohl Subventionen eigentlich niedrige Einkommen ergänzen sollten und sich die Höhe der Prämien nach der individuellen Leistung ausrichten sollte, wurden sie von Anfang an sehr gleichmäßig auf alle Lohnempfänger aufgeteilt (vgl. Zhao/ Griffin (1994), S. 16; Li Peilin, S. 39).

sich die Betriebe nach Wegfall der Gewinnabführung an den Staat weitgehend aus eigenen Mitteln refinanzieren müssen, und das größer gewordene Einkommens- und Wohlstandsgelände zwischen den Regionen<sup>83</sup> haben, wenn auch nicht zu einer stärkeren Polarisierung der Einkommen innerhalb der Organisationen, so doch zumindest zwischen ihnen geführt.<sup>84</sup>

### **3.2.2 Verzerrung der Einkommensdifferenziale durch den hohen Anteil der Subventionen und Naturaleinkommen der im öffentlichen Sektor Beschäftigten**

Die höheren Lohn- und Geldeinkommen im privaten Sektor haben bei der Bevölkerung und auch bei einigen Wissenschaftlern den Eindruck hervorgerufen, vergleichbare Tätigkeiten brächten im privaten Sektor ein höheres Einkommen ein als im öffentlichen. Diese Wahrnehmung ist jedoch nur teilweise richtig, denn es sind folgende Punkte zu bedenken:

- 1) Die Einkommen im privaten Sektor sind wesentlich ungleicher verteilt. Diesem Sektor entstammt zwar der Großteil der besonders wohlhabenden Bevölkerungsteile, es ist aber keineswegs richtig anzunehmen, alle oder auch nur ein Großteil der hier Beschäftigten verdienen ein weit überdurchschnittliches Einkommen.
- 2) Die Arbeitsanforderungen sind im privaten häufig wesentlich höher als im öffentlichen Sektor. Das gilt sowohl für die Arbeitszeiten, die Arbeitsbedingungen, das Berufsrisiko als auch für die zu erbringende Arbeitsleistung. Während für einen Großteil der im staatlichen Sektor Beschäftigten immer noch das Prinzip "Es ist egal, ob man etwas tut oder nicht; es ist egal, ob man etwas gut oder schlecht tut; es ist egal, ob man viel oder wenig tut." gilt, müssen viele Arbeitskräfte im privaten Sektor sieben Tage in der Woche mehr als zehnstündige Arbeitstage oder Tätigkeiten bei jeglicher Witterung im Freien in Kauf nehmen.
- 3) Die Höhe der tatsächlichen Kluft wird bei ausschließlicher Betrachtung des Monetär- bzw. des Lohneinkommens verschleiert. Denn den im öffentlichen Sektor Beschäftigten fließt ein Großteil ihres tatsächlichen verfügbaren Einkommens, das sie von ihrer Arbeitseinheit erhalten, in Form von Naturaleinkommen und Subventionen zu.<sup>85</sup> Außerdem können einige der in diesem Sektor Tätigen es sich aufgrund ihrer Arbeitszeiten und -bedingungen erlauben, einen Nebenberuf auszuüben. Diese Tatsache hat bereits dazu geführt, daß ein Teil der in den privaten Sektor "abgetauchten" Arbeitskräfte wieder "ans Ufer" des öffentlichen Sektors zurückgekehrt sind.

---

<sup>83</sup>Siehe hierzu Abschnitt 4.1.1.

<sup>84</sup>Vgl. Li Peilin (1995), S. 39.

<sup>85</sup>Die monetären Subventionen und Gratifikationen werden in chinesischen Texten häufig auch als sichtbare Subventionen (*mingbu*) und die nicht-monetären Unterstützungen als unsichtbare Subventionen (*anbu*) bezeichnet.

Die Zunahme des monetären Nicht-Lohn-Einkommens der öffentlich Beschäftigten, das im verfügbaren Einkommen und Gesamteinkommen, wie es vom Statistischen Amt definiert wird, enthalten ist, wird aus Tabelle 10 ersichtlich. Danach ist der Anteil des Lohneinkommens der staatlich und kollektiv Beschäftigten im Laufe der Reformzeit bis 1990 geringer geworden.<sup>86</sup> Dieser Rückgang ist nicht nur auf ein Anwachsen des Einkommens von Individualwirtschaftenden und des Vermögenseinkommens zurückzuführen,<sup>87</sup> sondern auch auf eine starke Zunahme des Transfereinkommens, des sonstigen Einkommens der (staatlichen oder kollektiven) Arbeitseinheit, des Nebeneinkommens und des Einkommens wiedereingestellter Rentner.<sup>88</sup> Der leicht höhere Wert für 1994 ist auf die Reformen der Lohnsysteme der Berufstätigen in den staatlichen Betrieben, Institutionen und Behörden im Jahre 1993 zurückzuführen, die gerade eine stärkere Gewichtung des Lohneinkommens und ein Zurückdrängen der Nicht-Lohn-Komponenten im Einkommen der staatlich Beschäftigten zum Ziel hatten.

**Tabelle 10: Die einzelnen Posten des jährlichen Gesamteinkommens pro Kopf in % des Gesamteinkommens in den Jahren 1985, 1990 und 1994**

Posten	1985	1990	1994
Löhne staatlich und kollektiv Beschäftigter	76,03	67,51	69,30
Nicht-Löhne	23,97	32,49	30,70
davon:			
Transfereinkommen	8,80	16,42	13,54
Sonstiges Einkommen der Arbeitseinheit	5,99	6,51	6,27
Nebeneinkommen	1,65	1,48	2,02
Einkommen von Individualwirtschaftenden	1,36	1,23	1,76
Vermögenseinkommen	0,50	1,02	1,97
Einkommen wiedereingestellter Rentner	0,61	1,02	0,98
Einkommen aus sonstiger Tätigkeit	0,26	0,25	0,20
Spezialeinkommen	4,80	4,56	3,96

Quelle: ZGTJNJ (1995), S. 262; eigene Berechnungen.

In den Posten "sonstiges Einkommen der Arbeitseinheit" und "Transfereinkommen" verbergen sich nämlich eine Vielzahl von Subventionen (dienen zur Kompensation von Ausgaben des täglichen Lebens) und Gratifikationen (dienen zur Kompensation beschwerlicher Arbeitsbedingungen) wie Bedürftigkeitsunterstützungen, Wohlfahrtszahlungen, Verkehrskosten vom und zum Arbeitsplatz, Gratifikation für Einzelkinder, Zahlungen für Lebensmittel,

<sup>86</sup>Leider sind für die Zeit vor 1985 keine Daten in den statistischen Jahrbüchern enthalten. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß der Anteil des Lohneinkommens zu Beginn der Reformperiode noch höher als 1985 war.

<sup>87</sup>Offensichtlich werden diese beiden Einkommensbestandteile in den Daten des Statistischen Amtes stark unterschätzt. Obwohl die beiden folgenden Kategorien wegen der unterschiedlichen in sie eingehenden Komponenten nicht völlig miteinander vergleichbar sind, rufen dennoch die Angaben, daß 1994 durchschnittlich nur 1,76% des Einkommens für die Lebenshaltung aus individualwirtschaftlicher Tätigkeit stammt, jedoch 7,54% der Beschäftigten als Individualwirtschaftende tätig sind, Verwunderung hervor, zumal das durchschnittliche Monetäreinkommen der Individualwirtschaftenden relativ hoch ist. Siehe hierzu auch Chen (1985), S. 8.

<sup>88</sup>Siehe hierzu auch China News Analysis (1993).

Zahlungen für kulturelle Unterhaltung, Verpflegungsunterstützungen für Dienstreisen, Kongresse usw., Prämien für die Geburtenplanung und für kreative Erfindungen, Naturwissenschaften, Rationalisierungsvorschläge und technische Verbesserungen und Pensionen und Renten - alles Einkommensbestandteile, die dem Großteil der Beschäftigten des privaten Sektors nicht oder nicht in diesem Ausmaß zugute kommen.<sup>89</sup>

Dazu kommen diverse nicht-monetäre Unterstützungen wie a) kostenlose medizinische Versorgung, Verkehrssubventionen und sonstige Subventionen, b) Preissubventionen c) Wohnsubventionen und d) das Naturaleinkommen. Die Proportion des nicht-monetären Einkommens zum monetären verfügbaren Einkommen kann mit Hilfe von Schätzungen des Statistischen Amtes für die Jahre 1980, 1985 und 1993 auf 44,43%, 30,90% und 19,81% berechnet werden.<sup>90</sup> In diesen Werten kommt der Monetarisierungstrend des Einkommens, der ein ausdrückliches Reformziel ist, aber auch die Diversifizierung der Einkommensquellen zum Ausdruck. Dieser begrüßenswerten Tendenz, die zu mehr Einkommenstransparenz und zur Integration der Einkommenssysteme führt, steht jedoch, wie oben schon geschildert, weiterhin ein hoher Anteil des monetären Nicht-Lohn-Einkommens gegenüber.<sup>91</sup>

Noch klarer und schärfer wird das Bild, wenn die Ergebnisse der Untersuchung des Instituts für Wirtschaft aus dem Jahre 1988 betrachtet werden:<sup>92</sup> Danach beträgt 1.) der Anteil der Löhne aller Beschäftigungsgruppen am (monetären und nicht-monetären) verfügbaren Einkommen lediglich 44,42% und machen 2.) die Subventionen (vor allem Wohn-, Lebensmittel- und Beschäftigungssubventionen) 39,08% des verfügbaren Einkommens aus. Werden auch noch Subventionen für die medizinische Behandlung einbezogen, ist der Anteil aller Subventionen ungefähr so groß wie der des Lohneinkommens.

Auch die Ausstattung der städtischen Bevölkerung mit hochwertigen Konsumgütern (wie Farbfernsehern, Kühlschränken, Waschmaschinen, Videorecordern, Stereoanlagen etc.) weist, wenn man sie z.B. mit anderen Ländern ähnlichen Lohnniveaus vergleicht, auf einen hohen Anteil versteckter Einkommen hin.<sup>93</sup> Die Tatsache, daß sich nach Angaben des Statistischen Amtes die Zunahme der (offiziellen) Gesamtlohnsumme von 1986 bis 1994 auf 146,35 Mrd. Yuan berechnen läßt (jährliches nominales Wachstum von 18,96%), während

---

<sup>89</sup>Huang und Li nehmen sogar einen nominalen Anstieg des sonstigen Einkommens der Arbeitseinheit um das 11,8fache in dem Zeitraum von 1979-1988 (jährlicher Zuwachs von 29%) an, während die Löhne nominal nur um das 3,1fache (jährlich 15,1%) gestiegen sein sollen (vgl. Huang/Li (1990), S. 148).

<sup>90</sup>Vgl. z.B. Zhang (1994), S. 10-14.

<sup>91</sup>Nach Bankenstatistiken sind die Lohnauszahlungen 1990-93 jährlich real um 12,11% gewachsen, die Nicht-Lohnauszahlungen (die hauptsächlich aus sonstigen Zahlungen staatlicher und kollektiver Organisationen an ihre Mitarbeiter bestehen) dagegen um real 20,57% (Vgl. Guojia jiwei (1994a), S. 5; eigene Berechnungen).

<sup>92</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 9.

<sup>93</sup>Huang/Li (1990), S. 12.



sich für den Anstieg der (tatsächlichen) Sparguthaben ein Wert von 466,18 Mrd. Yuan ergibt (jährliches nominales Wachstum von 35,48%), ist ebenfalls ein Indiz dafür.<sup>94</sup>

Einen besonderen Rang nehmen die (nicht-monetären) Wohnsubventionen ein. Sie machten nach der wesentlich genaueren Schätzung des Instituts für Wirtschaft, die im Gegensatz zu der des Statistischen Amtes die durchschnittlichen Gestehungskosten in den Provinzen, die Wohnfläche und einen Mietzins von 8% berücksichtigt, im Jahre 1988 18,14% des verfügbaren Einkommens aus und stellen damit die größte Einzelsubvention dar.<sup>95</sup> Das Verfügbarmachen stark subventionierter Wohnungen für die öffentlich Beschäftigten ist deshalb von so großer Bedeutung, weil Wohnungen häufig eine Art Engpaßfaktor für die in der privaten Wirtschaft Beschäftigten darstellen. Sie können nämlich insbesondere in den großen Städten oftmals nicht oder nur schwerlich die hohen Mieten bezahlen, was teilweise dazu führt, daß sich im privaten Sektor Tätige einen Heiratspartner aus dem öffentlichen Sektor suchen, um an eine Wohnung zu gelangen, und daß eine Zeitlang im privaten Sektor Tätige wieder in den öffentlichen Sektor zurückkehren.

Der Anstieg des Nebeneinkommens, der wahrscheinlich stark unterschätzt ist, illustriert die zunehmende Bedeutung von Zweitbeschäftigungen und Nebenjobs vor allem der im öffentlichen Bereich Tätigen. Diese Tatsache relativiert die These von der Entkopplung von Bildungsstand und Einkommensniveau in den Städten (*naoti daogua*) erheblich. Danach liegen die Einkommen der Stadtbewohner mit hoher formaler Bildung (die vor allen Dingen im öffentlichen Sektor beschäftigt sind) nur wenig über oder sogar unter den Einkommen der (hauptsächlich im privaten Sektor tätigen) Einwohner mit geringerer Schulausbildung. Tatsächlich scheint es so zu sein, daß ein hoher Bildungsgrad eine gute Voraussetzung für diverse Nebenbeschäftigungen ist und somit wie auch auf dem Lande eine hohe Interkorrelation zwischen Bildungsstand und Einkommenshöhe besteht.<sup>96</sup>

Vergleicht man die tatsächlichen, d.h. monetären und nicht-monetären verfügbaren, Einkommen der Stadtbewohner, die inner- und außerhalb der staatlich administrierten Bereiche beschäftigt sind, so ist unter Berücksichtigung aller Sondervergünstigungen der im öffentlichen Bereich Tätigen festzustellen, daß die Einkommenskluft zwischen den beiden Sektoren überhaupt nicht allzu groß ist. Diese Sichtweise wird vom Institut für Wirtschaft gestützt, das die tatsächlichen Einkommen der im öffentlichen Sektor Arbeitenden für das Jahr 1988 mit 1.876 Yuan und die der im privaten Sektor Arbeitenden mit 2.200 Yuan angibt.<sup>97</sup>

---

<sup>94</sup>Vgl. ZGTJNJ (1995), S. 108 u. 259.

<sup>95</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 15 u. 45.

<sup>96</sup>Diese Annahme wurde mir in mehreren Gesprächen mit chinesischen Wissenschaftlern verschiedener Organisationen bekräftigt.

<sup>97</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 98. Das Problem der wahrscheinlichen Unterschätzung der Einkommen der im privaten Sektor Beschäftigten, das schon in Fußnote 86 angesprochen wurde, bleibt natürlich bestehen.

### 3.2.3 Insider-control und elastische Lohnplanung oder die Unfähigkeit der Regierung, den Einkommenssteigerungen im öffentlichen Sektor Einhalt zu gebieten

In der Tat scheint in der Reformperiode im öffentlichen Sektor ein regelrechter Kampf um höhere Einkommen und eine Aufholjagd an den privaten Sektor ausgebrochen zu sein. So wurden sämtliche Mechanismen, die die Regierung mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung der in den staatlichen Unternehmen, Institutionen und Behörden Beschäftigten errichtete, in einer stillschweigenden Kollusion der Führungskräfte und der Mitarbeiter dieser Organisationen (*insider-control*)<sup>98</sup> dahingehend mißbraucht, das Lohn- und Nicht-Lohn-, monetäre und nicht-monetäre Einkommen in die Höhe zu treiben. Dies war bei der Wiedereinführung und Liberalisierung des Prämiensystems (*jiangjin xiaoyi guagou*) Anfang und Mitte der 80er Jahre und bei der Koppelung der Lohn- an die Produktivitätsentwicklung (*gongzi xiaoyi guagou*) seit Mitte der 80er Jahre der Fall. Die Maßnahmen der Regierung, dieser Entwicklung durch Regelungen zur Begrenzung der Prämien- und Lohnsteigerungen und neue Steuern (Prämiensteuer im Jahre 1984, Steuer auf exzessive Lohnsteigerungen Ende der 80er Jahre) Einhalt zu gebieten, fruchteten nicht. Im Gegenteil ist ein regelrechter Lohnwettlauf des öffentlichen Sektors zu beobachten: So orientieren sich die Shanghaier Beschäftigten an ihren Kollegen in Guangzhou, diese wiederum an denen in Hongkong. Aus einer anderen Perspektive betrachtet, richten sich die in Institutionen und Behörden Beschäftigten nach den (höheren) Einkommen der in Staatsbetrieben Arbeitenden, die staatlich Beschäftigten in ihrer Gesamtheit nach den Einkommenssteigerungen der in der privaten Wirtschaft Tätigen, obwohl dort bedeutend höhere Wachstumsraten zu verzeichnen sind.<sup>99</sup> Die neueste Devise der Regierung, die Lohnsteigerungen an das Wachstum des nicht-landwirtschaftlichen Bruttosozialproduktes zu koppeln (elastische Planung, *tanxing jihua tiaokong banfa*), ist einerseits ein Zugeständnis an die Arbeitskräfte (da im nicht-landwirtschaftlichen BSP auch die Beiträge der Unternehmen der wesentlich schneller wachsenden Privatwirtschaft enthalten sind), andererseits aber auch ein Eingeständnis der Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Regierung, ihre eigentlichen Ziele durchzusetzen.

Bei diesen Lohn- und Inflationsspiralen, die die Staatsverschuldung in die Höhe treiben und den individuellen Anteil am Staatsvermögen verglichen mit dem staatlichen ansteigen lassen, können die Beschäftigten der Staatsorganisationen allenfalls kurzfristige Sieger sein, da sie auf keiner realwirtschaftlichen Grundlage beruhen. Aufgrund der wesentlich höheren Produktivität des privaten Sektors (siehe Abschnitt 5) werden die Einkommen der dort Arbei-

<sup>98</sup>Dieser Begriff stammt von dem japanischen Wissenschaftler Aoki Masahiko und dem chinesischen Wissenschaftler Qian Yingyi (vgl. Aoki / Qian (1995), S. 17).

<sup>99</sup>Dabei scheinen insbesondere diejenigen öffentlichen Organisationen Erfolg mit ihren Forderungen zu haben, die sich am lautstärksten bemerkbar machen und die Regierung am härtesten attackieren (vgl. z.B. Lai (1995), S. 36).

tenden auf lange Sicht denen der staatlich Beschäftigten davoneilen. Die Bildung der Einkommen der öffentlich Beschäftigten in einem institutionellen Vakuum im Graubereich zwischen Plan und Markt ist eine natürliche Folge der inhärenten Mängel im Organisationszusammenhang der staatlichen Arbeitseinheiten und ihrer Beziehungen zur Regierung: Bürokratisierung, weiche Budgets und extrabudgetäre Finanzausschüsse, fehlende Kontrollmechanismen und ungeklärte Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte bilden den Nährboden für Produktivitätsdefizite und gleichzeitige Lohnwettkämpfe und führen zu dem Phänomen, daß die Politik der Regierung immer wieder durch die Gegenpolitik der Organisationen zunichte gemacht wird. Die Ursachen für die vielen erfolgreichen Versuche (von Individuen und Organisationen), die staatlichen Steuervorschriften zu hintergehen (*toulou shui*), sind in ähnlichen institutionellen Mängeln zu suchen.<sup>100</sup>

### 3.3 Die ländliche Ebene: Der landwirtschaftliche und der nicht-landwirtschaftliche Sektor

Wie bei den städtischen sollen auch bei den ländlichen Einkommen die Veränderungen von Einkommensniveau und -verteilung erst einmal anhand einiger statistischer Maßzahlen betrachtet werden. Aus Tabelle 11 wird deutlich, daß die Einkommensungleichheit in den ländlichen Gebieten bis Mitte der 80er Jahre stagnierte bzw. nur langsam anstieg,<sup>101</sup> danach aber - mit Ausnahme eines Stillstandes von ca. 1989 bis 1991<sup>102</sup> - größer wurde.<sup>103</sup>

Tabelle 11: **Maßzahlen der ländlichen Ungleichheit**

Jahr	Gini-Koeffizient der ländlichen Einkommen	Rate des letzten zum ersten Einkommensquintil
1978	0,2124	2,88
1980	0,2366	3,16
1981	0,2388	
1982	0,2318	
1983	0,2459	
1984	0,2577	

<sup>100</sup>Vgl. Chen (1995), S. 11 f.; Guojia jiwei shehui fazhan yanjiusuo ketizu (1994a), S. 19 f.; Lai (1995), S. 21; Wang (1995), S. 107-113.

<sup>101</sup>Der Rückgang des Gini-Koeffizienten im Jahr 1982 ist möglicherweise auf den Dekollektivierungsprozeß zurückzuführen, dessen Ziel eher die relativ gleichmäßige Distribution von Land und Produktionsmitteln als die Maximierung des Wachstums war (vgl. Bramall/Jones (1993), S. 43).

<sup>102</sup>Der Grund für die Stagnation der Ungleichheit (und auch das unterproportionale Wachstum der Einkommen) im ländlichen Raum von 1989-91 ist vor allem in den schon in Abschnitt 3.1.2 erwähnten Repressionsmaßnahmen gegen die ländlichen Betriebe und Migranten zu sehen. An dieser Stelle soll nicht weiter darauf eingegangen werden, da der allgemeine Trend davon unberührt bleibt.

<sup>103</sup>Eine alternative Umfrage der Forschungseinheit für ländliche Politik der Kommunistischen Partei und des Forschungszentrums für ländliche Entwicklung des Staatsrates im Jahre 1984 geht jedoch von einer wesentlich höheren ländlichen Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient 0,40; Quintil-Rate 9,2) aus (vgl. Bramall/Jones (1993), S. 47 ff.).

1985	0,2635	3,65
1986	0,2848	
1987	0,2916	
1988	0,3014	4,68
1989	0,3081	
1990	0,3099	4,50
1991	0,3072	5,00
1992	0,3135	5,06
1993	0,3300	5,54
1994	0,32	

Anmerkung: Die Zahlenwerte für die leeren Fächer der Tabelle sind unbekannt.

Quellen: Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994a), S. 5; Zhang et al. (1994), S. 27; Xian/Yan (1995), S. 41.

### 3.3.1 Einführung des Verantwortungssystems, Involution der Landwirtschaft und Aufschwung von Industrie und Dienstleistungsgewerbe

Mit der Annahme der "Resolution über eine Anzahl von Problemen hinsichtlich der Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung" durch die kommunistische Partei auf dem 3. Plenum des auf dem 11. Parteitag gewählten Zentralkomitees setzte die Wirtschaftsreform auf dem Lande ein.<sup>104</sup> In der Folgezeit lockerte die Regierung die zentralen Vorgaben zur wirtschaftlichen Gestaltung des ländlichen Raumes weitgehend und forderte die ländlichen Gebiete auf, eigene Initiativen beim Aufbau nicht-landwirtschaftlicher Produktionszweige zu entwickeln, insbesondere um den Lebensstandard auf dem Lande zu heben und Arbeitsplätze für die überschüssigen Arbeitskräfte im landwirtschaftlichen Sektor zu schaffen (Politiken des "*li tu bu li xiang, jin chang bu jin cheng*" und "*jiudi zhuan yi*"). Auch den Provinzen wurden höhere Autonomiebefugnisse zugestanden, so daß sie ihre kooperativen Vorteile und Stärken besser ins Spiel bringen konnten.

Die Grundlage für den Anstieg der Ungleichheit innerhalb der Agrarregionen und zwischen ihnen wurde mit der Einführung des Haushaltsverantwortungssystems Ende der 70er Jahre und der graduellen Abschaffung des Volkskommunensystems gelegt. Denn auf diese Weise wurden die wirtschaftlichen Institutionen und Verfügungsrechte über den Boden auf dem Lande geändert. Die Aufgabe des kollektiven Egalitarismus eröffnete der Landbevölkerung Handlungsfreiräume, die von ihr umgehend genutzt wurden und die nicht nur zu einem raschen Anstieg der ländlichen Einkommen, sondern auch zu einer Verschärfung der Ungleichheit führten.<sup>105</sup> Dabei wurde eine relativ gleiche Startposition für alle ländlichen Haus-

<sup>104</sup>Vgl. Lo (1990), S. 466.

<sup>105</sup>In der Tat war das Einkommen innerhalb der autarken Volkskommunen relativ gleich verteilt; zwischen ihnen bestanden jedoch aufgrund ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit große Einkommensunterschiede, die sich vor allem in einer regionalen Einkommenskluft manifestierten. Siehe auch Fußnote 114.

halte geschaffen. Die Bauern erhielten Ende der 70er oder Anfang der 80er Jahre von der Gemeindeverwaltung das vertraglich zugesicherte Nutzungsrecht über ein Stück Land zugeteilt, über das sie selbst nach eigenen Präferenzen verfügen durften. Die Verteilungskriterien waren damals u.a. die Beschaffenheit des Bodens, die Bevölkerungsdichte der betroffenen Region, die Größe des Haushalts und die Anzahl der Arbeitskräfte pro Haushalt. Auch individuelle Wünsche hinsichtlich der zu bearbeitenden Landfläche wurden teilweise berücksichtigt.<sup>106</sup> Die Zielfunktion der ländlichen Haushalte änderte sich damit: Einkommensmaximierung trat an die Stelle von Plan- und Grundbedürfniserfüllung.<sup>107</sup> Der erste Schritt war eine Diversifizierung der Anbaumethoden, da mit der Kultivierung von Industriepflanzen und landwirtschaftlichen Nebenprodukten höhere Einkünfte erzielt werden können als mit dem traditionellen Getreideanbau. Bedingt durch die Wiedezulassung der Individual- und später auch der Privatwirtschaft, die Steigerung der ländlichen Einkommen, die die Kapitalausstattung der ländlichen Gebiete erheblich verbesserte, und den Beginn der Strukturreformen in den Städten, die auch eine Industrialisierungswelle auf dem Lande auslösten, trat verstärkt ab Mitte der 80er Jahre eine neue Einkommensquelle für die ländliche Bevölkerung hervor, die in den Folgejahren für die Verschärfung der Ungleichheit auf dem Lande wesentlich werden sollte: Die ländlichen Wirtschaftsbetriebe, die selten privat, gewöhnlich kollektiv von den Administrationen unter der Kreisebene, aber weitgehend nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden.<sup>108</sup> Die positiven Effekte der Beschäftigung im nichtlandwirtschaftlichen Sektor auf das Einkommen wird bereits durch eine Regressionsanalyse für Daten einer Hebeier Gemeinde im Jahr 1985 belegt: Danach besteht eine streng negative Beziehung von Pro-Kopf-Einkommen und landwirtschaftlicher Tätigkeit und eine streng positive zwischen Einkommen und Tätigkeiten in den Bereichen Transport, Baugewerbe, Handel und Gastronomie sowie als Vertragsarbeiter.<sup>109</sup> Die unterschiedliche durchschnittliche Einkommenshöhe in den verschiedenen Wirtschaftssektoren wird aus Tabelle 12 deutlich.

Tabelle 12: **Durchschnittliches Nettoeinkommen 1992 der in verschiedenen Branchen Tätigen**

Branche	Einkommen
Anbau von Feldfrüchten	724

<sup>106</sup>Vgl. Hsiung (1989), S. 431.

<sup>107</sup>Vgl. Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994a), S. 13.

<sup>108</sup>Die ländlichen Betriebe sind teilweise aus den Unternehmen der Volkskommunen hervorgegangen. In den 80er Jahren blieben die ökonomischen Aktivitäten der ländlichen Betriebe weitgehend darauf beschränkt, Konsumgüter, die vom Staatssektor nicht ausreichend angeboten wurden, für lokale und nationale Käufer herzustellen. Erst in den 90er Jahren, vor allem infolge der Küstenentwicklungsstrategie des Jahres 1987, erfolgte eine verstärkte Integration mit dem Ausland, die dann aber schnell Fortschritte machte, so daß der Exportanteil der ländlichen Kollektivbetriebe (*xiang zhen qiye*) 1993 schon bei 38% der Gesamtexporte lag (vgl. ZGNCTJNJ (1994), S. 354; ZGTJNJ (1995), S. 537). (Eine Ausnahme bilden die ländlichen Betriebe Südchinas vor allem im Perlfuß-Delta Guangdong, die bereits in den 80er Jahren einen hohen Grad der internationalen Integration erreichten, was insbesondere verschiedene Arten der wirtschaftlichen Kooperation mit Hongkong betrifft.) Dennoch unterscheidet sich die ländliche weiterhin stark von der städtischen Industrie, was beispielsweise Merkmale wie Produktionsprogramm, Arbeits- und Kapitalintensität, Betriebsgröße, Finanzierung, Personalrekrutierung und Distributionskanäle angeht (vgl. Ho (1995), S. 360-370).

<sup>109</sup>Vgl. Hsiung (1989), S. 433 f. Das korrigierte Bestimmtheitsmaß beträgt jedoch 0,244, und die Regressoren können somit nur 24,4% der Varianz der Einkommenswerte erklären.

Forst-, Vieh- und Fischwirtschaft	4.351
Industrie und Baugewerbe	2.386
tertiärer Sektor	16.409

Anmerkung: Angaben in Yuan.

Quelle: Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994b), S. 15.

Lag der Pseudo-Gini-Koeffizient<sup>110</sup> für landwirtschaftliche Einkommen im Jahr 1988 bei 0,242, so betrug er für nicht-landwirtschaftliche Einkommen 0,398<sup>111</sup>. Dieser hohe letztere Wert hat seine wesentliche Ursache jedoch nicht nur in der stärkeren Ungleichheit *innerhalb* des nicht-landwirtschaftlichen Sektors, sondern vor allem in der Verstärkung der Einkommenskluft *zwischen* dem landwirtschaftlichen und dem nicht-landwirtschaftlichen Sektor.<sup>112</sup> Was die unterschiedliche Verteilung innerhalb der verschiedenen Sektoren angeht, so läßt sich beispielsweise feststellen, daß die Einkommen der (nicht-landwirtschaftlichen *und* landwirtschaftlichen) Haushaltsproduktion ungleicher verteilt sind als die Lohn- und sonstigen Einkommen der in ländlichen Betrieben Beschäftigten.<sup>113</sup> Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Verteilung der ländlichen Einkommen sind also im Laufe der Reformperiode gewachsene intra- und intersektorelle Ungleichheiten.<sup>114</sup>

<sup>110</sup>Der Pseudo-Gini-Koeffizient ist eine besondere Konzentrationsrate, mit deren Hilfe der Gini-Koeffizient disaggregiert werden kann. Der Unterschied zum Gini-Koeffizienten besteht darin, daß der Abszisse des Lorenzdiagrammes, auf der die Einkommensempfänger gemäß ihrem Anteil am kumulierten *Gesamteinkommen* angeordnet sind, eine Ordinate für nur einen *Teil* des Gesamteinkommens zugewiesen wird, so daß hier der Anteil der x% am schlechtesten verdienenden Einkommensempfänger (bezogen auf das Gesamteinkommen) an diesem Teil-einkommen abgelesen werden kann. Im Gegensatz zum Gini-Koeffizienten kann der Pseudo-Gini-Koeffizient auch negative Werte annehmen, da die zu ihm gehörige Konzentrationskurve einigen Eigenschaften der Lorenzkurve ( $F_1(X) \leq F(X)$ ,  $F'_1(X) > 0$ ,  $F''_1(X) \geq 0$  mit  $F_1(X)$  als Ordinate und  $F(X)$  als Abszisse der Lorenzkurve) nicht entspricht. Der Gini-Koeffizient läßt sich aus den Pseudo-Ginikoeffizienten  $C_k$  des jeweiligen Teileinkommens und dem Anteil  $u_k$  des jeweiligen Teileinkommens am Gesamteinkommen berechnen:  $G = \sum_{k=1}^r u_k \cdot C_k$ ,  $k=1 \dots r$ .  $u_k \cdot C_k$  gibt den absoluten und  $u_k \cdot C_k / G$  den relativen Beitrag des k-ten Teileinkommens zur gesamten Einkommensungleichheit an (vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 7 u. 58 f.; Kakwani (1980), S. 175-181; Shorrocks (1982), S. 195 f.; Jenkins (1988), S. 66 f.).

<sup>111</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 22.

<sup>112</sup>Die Ursache hierfür liegt in der statistischen Beschaffenheit des Pseudo-Ginikoeffizienten: Solange die landwirtschaftlichen Einkommen (auf nationaler Ebene betrachtet) in ihrer Gesamtsumme über die nicht-landwirtschaftlichen dominieren, führt eine Zunahme der (höheren) nicht-landwirtschaftlichen Einkommen automatisch zu einer Zunahme der Einkommensungleichheit.

<sup>113</sup>Vgl. Ho (1995), S. 7 f.

<sup>114</sup>Während in anderen Entwicklungsländern die ungleiche Verteilung der ländlichen Einkommen vor allem auf die ungleiche Verteilung des Bodens zurückgeht, die durch nicht-landwirtschaftliche Aktivitäten teilweise dadurch kompensiert werden kann, daß Personen mit wenig Landbesitz verstärkt im nicht-landwirtschaftlichen Sektor tätig werden, hat der rasche Aufschwung des nicht-landwirtschaftlichen Sektors in China eindeutig zu einer Verschärfung der ländlichen Ungleichheit beigetragen, da die Einkommen in diesem Sektor wesentlich ungleicher verteilt sind als im landwirtschaftlichen Sektor und eine Kluft zwischen landwirtschaftlichem und nicht-landwirtschaftlichem Sektor geschaffen wurde, die vorher aufgrund der Dominanz der Landwirtschaft so nicht existiert hatte (vgl. Ho (1995), S. 371; Zhao/Griffin (1994), S. 148).

### 3.3.2 Das regionale Gefälle der ländlichen Einkommen

Die intra- und intersektorellen Ungleichheiten werden durch regionale Einkommensdifferenziale überlagert, die im Laufe der Reformperiode erheblich gewachsen sind.<sup>115</sup>

Höhere Einkommen erzielten und erzielen seitdem vor allem die Gebiete, die

- reiche Rohstoffvorkommen besitzen und die
- in der Nähe von Städten und der Küstengebiete liegen und so am Aufschwung dieser Regionen durch wirtschaftliche Austauschbeziehungen im landwirtschaftlichen und nicht-landwirtschaftlichen Sektor mitprofitieren.

Die Ost-West-Kluft der Einkommensverteilung wird in Tabelle 13 deutlich. Ihre Ursache liegt vor allen Dingen in der stärkeren Integration der östlichen ländlichen Gebiete mit der dort ebenfalls weiter entwickelten städtischen Wirtschaft. Dadurch profitieren die ländlichen Gebiete an dem höheren Einkommensniveau der urbanen Zentren mit, haben besseren Zugang zu moderner Infrastruktur, Technologie, Kapital und Märkten.<sup>116</sup> Resultat ist eine stärkere Urbanisierung und Industrialisierung dieser Gebiete und eine daraus hervorgehende Abschwächung der städtisch-ländlichen Bipolarität. Zu beachten ist auch, daß das höhere Einkommensniveau die Realisierung einer Urbanisierungs- und Industrialisierungsstrategie erleichtert, da es die notwendige Kapitalbasis zur Verfügung stellt. Somit bestehen positive Rückkopplungseffekte zwischen der Modernisierung und der Einkommenshöhe der ländlichen Gebiete. Den Grundstein für diesen Prozeß des gegenseitigen push-up wurde vor allem durch die Zentralregierung gelegt, die als Ausdruck der von ihr eingeschlagenen Entwicklungspolitik die Anschubfinanzierung übernahm und die wirtschaftlichen Freiheitsräume dieser Regionen erhöhte. Ferner ist zu bedenken, daß das Entwicklungsniveau der östlichen auch schon bei Beginn der Reformen höher als das der westlichen Gebiete war.<sup>117</sup>

---

<sup>115</sup>Die Grundlage für die ländliche regionale Einkommensungleichheit wurde jedoch schon während der Kollektivierungsperiode gelegt: So bestanden beträchtliche Einkommensdifferenzen zwischen Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Arbeitsteams. Innerhalb dieser Gruppen waren die Einkommensdifferenziale aufgrund der recht gleichmäßigen Aufteilung des Produktivvermögens, der geringen Spannweite der Arbeitspunkte, nach denen die Löhne berechnet wurden, der Aufteilung von Grundnahrungsmitteln nach der Haushaltsgröße und der materiellen Unterstützung bedürftiger Haushalte jedoch recht gering. Die Einkommen der Produktionsbrigaden und Arbeitsteams wurden jedoch teilweise auf Anweisung der Volkskommune-Führung zugunsten der einkommensschwächeren Einheiten umverteilt (vgl. Hsiung (1989), S. 408).

<sup>116</sup>Vgl. Ho (1995), S. 372 f.

<sup>117</sup>Auch innerhalb der städtischen Einkommensverteilung ist ein, wenn auch wesentlich geringeres, regionales Gefälle vorhanden, das z.B. in einem Vergleich der durchschnittlichen Provinzeinkommen sichtbar wird. Die Zunahme dieses Ungleichgewichtes, das hauptsächlich auf die Disparität zwischen den entwickelten östlichen Küstengebieten und den zurückgebliebenen Regionen im Westen und in der Mitte zurückzuführen ist, wird in Abschnitt 4.1.1 thematisiert. Siehe auch Hussein et al. (1994), S. 1953. Zur Diskussion der größeren Variabilität der *Konsumausgaben* der ländlichen im Vergleich zu den städtischen Gebieten siehe Herrmann-Pillath (1995b), S. LXXXV f.

Tabelle 13: **Regionales Gefälle des Nettoeinkommens der ländlichen Haushalte**

Jahr	Verhältnis der Regionen West-Mitte-Ost (Westregion = 1)
1980	1 : 1,06 : 1,28
1985	1 : 1,21 : 1,44
1990	1 : 1,19 : 1,59
1994	1 : 1,27 : 1,88

Anmerkung: Westen = Sichuan, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia, Xinjiang; Mitte = Shanxi, Innere Mongolei, Jilin, Heilongjiang, Anhui, Jiangxi, Henan, Hubei, Hunan; Osten = Beijing, Tianjin, Hebei, Liaoning, Shanghai, Jiangsu, Zhejiang, Fujian, Shandong, Guangdong, Guangxi, (für 1990 u. 94) Hainan.

Quelle: Yan (1995), S. 28.

Die regionale Einkommensungleichheit wird auch anhand der Zunahme der interprovinziellen Disparität sichtbar.

Tabelle 14: **Provinzielles Gefälle des Nettoeinkommens der ländlichen Haushalte**

Jahr	Provinz mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen (in Yuan)	Pro-Kopf-Einkommen	Provinz mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen (in Yuan)	Pro-Kopf-Einkommen	absoluter Abstand (in Yuan)	Verhältnis
1978	Shanghai	290,00	Hebei	91,50	198,50	3,17
1985	Shanghai	805,92	Gansu	255,22	550,70	3,16
1994	Shanghai	3436,61	Gansu	723,73	2712,88	4,75

Quellen: ZGTJNJ (1995), S. 280; eigene Berechnungen.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Zunahme der Ungleichheiten zwischen den Provinzen ist der weitgehende Verlust der Fähigkeit der Zentralregierung zur fiskalischen Umverteilung infolge des Haushaltsverantwortungssystems, der Aufgabe des Volkswirtschaftssystems und der finanzpolitischen Dezentralisierung. Ein Teil der ländlichen Einkommen, den der Staat früher zur interregionalen Umverteilung abschöpfte, wurde so individualisiert und lokalisiert. Auch leiden ärmere Regionen stärker unter dem Ankaufpreissystem, da sie einen größeren Anteil ihres (geringeren) Outputs über dieses System absetzen müssen.<sup>118</sup>

Um die Hypothese zu testen, daß die Stufe der ländlichen Entwicklung eines Gebietes direkt von dem ökonomischen Entwicklungsniveau dieses Gebietes abhängt und daß die ländlichen Ungleichheiten somit auf unterschiedliche regionale Entwicklungsniveaus zurückzuführen sind, führte Lo eine Faktoranalyse mit Varimax-Rotation für das Jahr 1986 durch.<sup>119</sup> Als Objekte fungierten alle damaligen 29 Provinzen (und die der Zentralregierung direkt unter-

<sup>118</sup>Vgl. Chai/Chai (1994), S. 687 f.

<sup>119</sup>Vgl. Lo (1990), S. 479-483. Zu den statistischen Methoden siehe z.B. Schulze (1990), S. 157-170 u. 184-208.



stellten Städte auf Provinzebene) und als Merkmale in offiziellen Statistiken veröffentlichte ländliche und industrielle Indikatoren der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Schließlich wurden drei Faktoren, deren Ladungen höher als 0,5 waren und die 68% der Gesamtvarianz erklärten, ausgewählt:

Faktor 1: ländliche ökonomische Produktivität

- Bruttoproduktionswert der Dörfer (0,821),
- Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft (0,894),
- Bruttoproduktionswert der ländlichen Industrie (0,575),
- Bruttoproduktionswert des ländlichen Baugewerbes (0,809),
- Bruttoproduktionswert der ländlichen Transportbranche (0,878) und
- Bruttoproduktionswert der ländlichen kommerziellen Aktivitäten (0,902).

Faktor 2: individuelle Produktivität

- Bruttowert der industriellen Produktion (0,861),
- Bruttowert der industriellen Produktion der Staatsbetriebe (0,966),
- Bruttowert der industriellen Produktion der Kollektivbetriebe (0,507),
- Bruttowert der Produktion der Leichtindustrie (0,747),
- Bruttowert der Produktion der Schwerindustrie (0,905) und
- Nettoeinkommen der ländlichen Haushalte (0,731).

Faktor 3: ländliche industrielle und kollektive Unternehmen

- Bruttoproduktionswert der ländlichen Industrie (0,679) und
- Bruttoproduktionswert der industriellen Produktion der Kollektivbetriebe (0,642).

Daraufhin wurden die Faktorwerte der Provinzen berechnet und gemäß ihren arithmetischen Mitteln und Standardabweichungen nach vier Kategorien eingeteilt. Das Ergebnis bestätigt die Hypothese, daß eine direkte Verbindung zwischen ländlicher ökonomischer und industrieller Produktivität besteht, d.h. die Provinzen mit der höchsten industriellen Produktivität weisen auch die höchste ländliche Produktivität auf. Daran wird die Koppelung der ländlichen ökonomischen an die industrielle Entwicklung sichtbar, von der die Ostregionen am meisten profitiert haben. So wiesen dann auch die Provinzen Jiangsu, Zhejiang und Guangdong die höchsten Faktorwerte auf. Eine Ausnahme bildet der Nordosten Chinas, wo keine augenfällige Integration zwischen den großen hochkonzentrierten Schwerindustriekomplexen und der ländlichen Wirtschaft stattgefunden hat.

Die Tatsache, daß auch natürliche Faktoren einen bedeutenden Einfluß auf die Höhe der ländlichen Einkommen ausüben, wird bei der Betrachtung der Einkommen von Bewohnern verschiedener geographischer Regionen in Tabelle 15 deutlich:

Tabelle 15: **Einkommen von Bewohnern verschiedener geographischer Regionen im Jahre 1992**

geographische Region	durchschnittliches Nettoeinkommen in Yuan
Flachland	931,1
Hügelland	804,8
Bergland	666,4

Quelle: Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994b), S. 35.

### 3.3.3 Determinanten des individuellen Einkommens

Auf der individuellen Seite werden vor allem in Sektoren außerhalb der traditionellen Landwirtschaft überdurchschnittliche Einkommen erzielt:

- Anbau von Produkten, die einen hohen Marktpreis erzielen,
- Beschäftigung in ländlichen Betrieben und
- Migration in Agglomerationen mit intensiveren wirtschaftlichen Aktivitäten und besseren Verdienstmöglichkeiten.

Wie Tabelle 16 verdeutlicht, gilt der Grundsatz, je höher das Bildungsniveau, desto größer die Chance, eine dieser Aktivitäten auszuführen und damit in eine höhere Einkommenschicht vorzurücken. Das ist auch der Grund, warum die Landbewohner den Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Ausgaben für die Lebenshaltung von 1,79% (1985) auf 4,46% (1992) erhöht haben.<sup>120</sup>

Tabelle 16: **Beschäftigungsanteil in ländlichen Betrieben und durchschnittliches Nettoeinkommen in Abhängigkeit vom Bildungsstand im Jahre 1992 in Yuan**

Bildungsniveau	Beschäftigungsanteil in ländlichen Betrieben (in %)	absolute Höhe des Nettoeinkommens	relative Höhe des Nettoeinkommens*
(halb)analphabetisch	1,3	585,87	1,00
Grundschule	1,7	710,93	1,21
untere Mittelschule	3,7	794,41	1,36
obere Mittelschule	5,0	835,73	1,43
mittlere Fachschule	15,2	1.042,46	1,80

<sup>120</sup>Vgl. Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994b), S. 19. Die Bedeutung der Bildungsausgaben wird auch durch eine lineare Mehrfachregression der "Generalorganisation für sozio-ökonomische Studien im ländlichen Raum" des Statistischen Amtes gestützt. Danach hängt das Einkommen wesentlich vom Grad der Schulbildung ab. Die Werte der Dummy-Variablen sind mit Wahrscheinlichkeit  $\alpha < 0,01$  signifikant (Ausnahme: Haushalte mit Analphabetismus oder Halbanalphabetismus als höchstem Ausbildungsniveau) (Vgl. ebenda, S. 49). Eine multiple Regressionsanalyse des Instituts für Wirtschaft führt zu einem ähnlichen Ergebnis. Ferner stellt sie eine hohe Korrelation zwischen Bildungsstand und Einkommen aus Haushaltsproduktion fest (vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 23).

höhere Fachschule und höher	22,6	1.290,70	2,20
--------------------------------	------	----------	------

Anmerkung: \*analphabetisch/halbanalphabetisch = 1.

Quelle: Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994a), S. 20.

### 3.3.4 Abgabekoeffizient und "tanpai": Die Belastung der ländlichen Bevölkerung mit lokalen Sondersteuern und -gebühren

Zu einer Verschärfung der ländlichen Ungleichheit trägt die degressive Besteuerung der ländlichen Einkommen bei. Wie aus Tabelle 17 zu sehen ist, nimmt der Abgabekoeffizient ((Steuern + Kollektivabgaben) / Nettoeinkommen) mit steigendem Einkommen ab. Hinzu kommt das Problem der illegalen Abgaben an die lokalen Verwaltungen (z.B. Schul-, Post- und Versicherungs-, Hausbau- und Hochzeitsgebühren), wodurch der von der Zentralregierung bestimmte Höchstsatz des Abgabekoeffizienten von 5% des ländlichen Vorjahreseinkommens häufig überschritten wird, ein Problem, das in China unter der Bezeichnung "tanpai" diskutiert wird.<sup>121</sup>

Tabelle 17: **Abgabenbelastung der Einkommensdezile im Jahre 1992**

Dezil	durchschnittliches Nettoeinkommen	Steuerkoeffizient in %	Koeffizient der Kollektivabgaben in %	Abgabekoeffizient in %
1	246,1	4,2221	9,6446	13,8667
2	375,0	2,8903	7,0638	9,9541
3	457,8	2,5456	6,1145	8,6601
4	534,3	2,5377	5,6191	8,1568
5	614,1	2,3868	5,2141	7,6009
6	399,1	2,0758	4,5411	6,6169
7	802,3	1,898	4,242	6,1400
8	936,7	1,8607	3,9091	5,7698
9	1159,7	1,6285	3,4473	5,0758
10	1976,4	1,2069	2,2957	3,5026

Quelle: Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994b), S. 32.

Nach der Untersuchung des Instituts für Wirtschaft betrug der Anteil der Nettosubventionen 1988 -1,9% des Einkommens, d.h. die Abgaben (direkte Steuern und sonstige Abgaben) waren höher als die Subventionen (Unterstützungsgelder und mit Marktpreisen bewertete Lebensmittelunterstützungen), wodurch das städtisch-ländliche Einkommensgefälle verschärft wird. An der niedrigen Konzentrationsrate (0,052) ist die Degressivität der Besteuerung zu

<sup>121</sup>Vgl. Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo (1994b), S. 32; Lai (1995), S. 16.

erkennen: Die Landbewohner des höchsten Einkommensdezils beziehen 26% der gesamten Einkommenssumme, zahlen jedoch nur 13% der Nettosteuern.<sup>122</sup>

---

<sup>122</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 44, 61 u. 63.

## 4 Streiflicht über weitere "Hot Topics" der Einkommensverteilung

### 4.1 Obliquität der Einkommensungleichgewichte: Die anderen Disparitäten

Neben den rural-urbanen Einkommensungleichgewichten bestehen in China eine Reihe weiterer Disparitäten, die jeweils mehr oder weniger in den Kausalzusammenhang der Verteilung der städtischen und ländlichen Einkommen miteinzuzuordnen sind und die teilweise auch schon an anderer Stelle dieser Arbeit (dann jedoch immer mit ausdrücklichem Bezug auf die städtisch-ländliche Einkommensverteilung) angesprochen worden sind. Die Komplexität des Gefüges der verschiedenen Einkommensungleichgewichte ergibt sich aus der Tatsache, daß die ländlich-städtischen Ungleichgewichte von anderen Disparitäten oblique überlagert werden und bestimmte Faktoren sowohl auf die Einkommensverteilung der Städte und ländlichen Gebiete als auch auf Distributionen mit anderer Gruppierung einwirken, da das Pooling der betroffenen Einkommensempfänger zu Überschneidungen führt. Wenn nun trotz allem dennoch auch einige andere Einkommensdisparitäten weitgehend ohne Bezugnahme auf die städtisch-ländlichen Einkommen in der gebotenen Kürze dargestellt werden, dann vor allem deshalb, um zu verdeutlichen, daß die rural-urbane Disparität keineswegs das einzige, wenn auch eines der wichtigsten, der Einkommensungleichgewichte ist, was unmittelbare Konsequenzen für die in Abschnitt 6 zu diskutierenden Vorschläge zur Korrektur der Einkommensverteilungsmechanismen hat.

#### 4.1.1 Die Ost-West-Kluft

Aufgrund der wirtschaftspolitischen Strategie der schwerpunktmäßigen einseitigen Förderung der Küstengebiete haben sich die Ost-West-Disparitäten, wie Tabelle 18 zeigt, im Laufe der Reformzeit verschärft.

Die ländlichen Einkommen der östlichen waren schon vor der Reformzeit höher als die der westlichen Gebiete, und diese Kluft wurde in der Folgezeit, wie schon in Abschnitt 3.3.2 erwähnt, vor allem wegen der weitgehenden Teilhabe der ländlichen Wirtschaft der Ostregionen am regionalen Ausschlag vertieft.

Was die städtischen Einkommen betrifft, so hat die chinesische Regierung traditionell die Devise verfolgt, in den öffentlichen Organisationen, dem Wohlstandsgefälle entgegengesetzt, die höchsten Einkommen in den westlichen Landesteilen zu zahlen, um qualifizierte Arbeitskräfte durch materielle Anreize in diese Gebiete zu locken, weil sonst aufgrund der

komfortableren infrastrukturellen Ausstattung der östlichen Städte nicht genügend Bereitwillige hätten gefunden werden können. Die Reihenfolge gemäß der Einkommenshöhe vom höheren zum niedrigeren Einkommen war deshalb West-Ost-Mitte. Mit dem Aufschwung der Ostregionen in der Reformzeit, der Stärkung der Autonomie der Staatsbetriebe und der fortschreitenden Dezentralisierung wirtschafts- und finanzpolitischer Entscheidungen im Rahmen der Regionalisierung konnte diese Politik aber nicht konsequent aufrechterhalten werden, so daß die Einkommen in den östlichen Städten etwa 1989 mit denen der westlichen Städte gleichzogen, um sie dann zu überholen. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der Regionen kommt auch in einer Zunahme der inter- und intraprovinziellen Einkommensungleichheit zum Ausdruck.

Tabelle 18: **Disparitäten der westlichen und östlichen Pro-Kopf-Einkommen**

Jahr	Rate des östlichen zum westlichen Einkommen	Rate von Shanghai zu Guizhou
1978	1,485	8,129
1979	1,495	8,655
1980	1,575	10,738
1981	1,612	11,470
1982	1,595	11,539
1983	1,595	10,281
1984	1,625	11,292
1985	1,729	15,832
1986	1,789	17,227
1987	1,820	16,129
1988	1,990	20,465
1989	1,933	20,417
1990	1,884	18,612
1991	1,933	18,696

Anmerkungen:

- (1) Als Einkommen fungiert das deflationierte verwendete Volkseinkommen.  
 (2) Osten = Liaoning, Hebei, Beijing, Shandong, Tianjin, Shanghai, Jiangsu, Zhejiang, Fujian, Guangdong, Guangxi, Hainan; Westen = Sichuan, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia.

Quelle: Chai (1994), S. 20.

Ein wesentlicher Grund für die regionalen Einkommensungleichgewichte sind die unterschiedliche Intensität der Reformen und die Bevorzugung der Ostregionen. Die Öffnungs- und Entwicklungsstrategie der chinesischen Regierung sieht nämlich vor, erst die Küstengebiete wirtschaftlich und technologisch zu modernisieren, um dann über Trickle-down-Effekte auch ins Inland vorzudringen. Deshalb kamen die östlichen Landesteile in den Genuß von weitreichenden Autonomiebefugnissen und Vorzugsbedingungen in den Bereichen Investitionen, Außenhandel, Steuern, Personalangelegenheiten etc. So konnten die östlichen Gebiete Kapital, Technologien und qualifizierte Arbeitskräfte aus anderen Landesteilen und

auch aus dem Ausland anziehen<sup>123</sup> und zu einem früheren Zeitpunkt das alte ineffektive Plansystem weitgehend abschütteln und durch marktwirtschaftliche Funktionsmechanismen ersetzen, was einen sich selbst tragenden Aufschwung der Küstengebiete und die Einbindung in supranationale Wirtschaftsräume in Gang setzte.<sup>124</sup> Dabei sind die Ostregionen auch schon durch ihre geographische Lage am Meer, die die wirtschaftliche Kooperation mit dem Ausland begünstigt, durch die damit zusammenhängenden traditionell intensiveren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland seit der Song-Dynastie und insbesondere seit dem Eindringen der ausländischen Kolonialmächte und durch ihren ebenfalls daraus hervorgehenden Status als Auswanderungsprovinzen, der ihnen seit der Reformperiode in Form von Direktinvestitionen und Know-how-Transfers durch Auslandschinesen zugute kommt,<sup>125</sup> sowie durch bessere natürliche Voraussetzungen für eine Hohertragslandwirtschaft den westlichen Gebieten gegenüber im Vorteil.<sup>126</sup> Diese "Küstenentwicklungsstrategie" führte zu erheblicher Unzufriedenheit in den Westregionen, weil sie die Entwicklungsdisparitäten vergrößerte und den Westteil zum Rohstoff- und Billigproduktlieferanten für den prosperierenden Ostteil degradierte. Es bildete sich eine nationale interregionale Arbeitsteilung gemäß komplementärer Entwicklungsunterschiede heraus, die von den Westprovinzen als "innerer Kolonialismus" angesehen wurde.<sup>127</sup>

Die Bevorzugung der östlichen Regionen bei staatlichen Investitionen kann auf folgendes Kalkül der Regierung zurückgeführt werden<sup>128</sup>:

Zielfunktion der Regierung ist es, das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Einkommens pro Kopf zu maximieren:

$$(1) \quad y = y_1(t) + y_2(t).$$

<sup>123</sup>Insbesondere wurde hier die räumliche Nähe zu Investoren aus Hongkong, Macao, Taiwan, Japan und Südkorea ausgenutzt.

<sup>124</sup>Auch die starke Zunahme der mit der ländlichen Ungleichheit positiv korrelierten Fonds außer Bilanz der lokalen Administrationen und Betriebe hat zu einer Verschärfung des Ost-West-Ungleichgewichtes geführt (vgl. Tsui (1991), S. 14 f.).

<sup>125</sup>Dieser Punkt ist deswegen so wichtig, weil der wirtschaftliche Aufschwung in der Reformzeit sehr stark auf dem Außenhandel und ausländischen Direktinvestitionen basiert und zum großen Teil auch vom Ausland finanziert wird.

<sup>126</sup>Vgl. Chen/Fleisher (1996), S. 148. Die Aufzählung der Vorteile der Ostregionen soll keineswegs bedeuten, daß die westlichen Gebiete nicht auch wirtschaftliche Vorzüge wie beispielsweise eine bessere Ausstattung mit Bodenschätzen aufweisen; die ökonomischen Rahmenbedingungen geben den östlichen lediglich einen relativen Vorsprung gegenüber den westlichen Gebieten. Jedoch lagen diese Vorteile während der maoistischen Periode teilweise brach, weil Befürchtungen der kommunistischen Führer, Chinas ideologische und militärische Stellung könne untergraben werden, z.B. die Integration von Guangdong, Fujian und Shandong mit Hongkong, Taiwan und Japan behinderte. Durch den Aufschwung dieser Provinzen während der Reformzeit wurde das interprovinzielle Einkommensgefälle bis Ende der 80er Jahre nicht wesentlich vergrößert, weil ihre Startposition Ende der 70er Jahre nicht an der Spitze der provinziellen Einkommenspyramide lagen. (Dort standen vielmehr die regierungsunmittelbaren Städte und die mandchurischen schwerindustriellen Zentren.) Doch auch die Inlandsprovinzen hatten unter der maoistischen Politik zu leiden, mußten oftmals wertvolle komparative Vorteile aufgeben; die Autarkiepolitik und das Scheitern der Dritten-Front-Strategie drängte sie häufig in die Subsistenzwirtschaft zurück (vgl. Denny (1991), S. 204 f.).

<sup>127</sup>Vgl. Heberer (1994), S. 108 f.

<sup>128</sup>Vgl. Chai (1994), S. 4 f.

$y$  steht für das Pro-Kopf-Einkommen, 1 und 2 für die westliche bzw. östliche Region und  $t$  für die Zeit. Angenommen, die wichtigste Beschränkung des Einkommenswachstums in der westlichen und der östlichen Region ist die Verfügbarkeit von Kapital, dann läßt sich  $y_1$  bzw.  $y_2$  als Funktion des regionalen Kapitalstocks ( $K$ ) und der regionalen Kapitalproduktivität ( $\sigma$ ) darstellen:

$$(2a) \quad y_1 = f(\sigma_1, K_1) \text{ und}$$

$$(2b) \quad y_2 = f(\sigma_2, K_2).$$

Wird ferner (aus Vereinfachungsgründen) angenommen, daß das Kapital nicht verschleißt und die Bevölkerung der beiden Regionen konstant bleibt, dann ist das Wachstum des Kapitalstocks identisch mit den Gesamtinvestitionen ( $I$ ), und das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen hängt von der Aufteilung der Gesamtinvestitionen zwischen den beiden Regionen und ihrer jeweiligen Kapitalproduktivität ab:

$$(3) \quad g_y = f[\sigma_1, x \cdot I, \sigma_2, (1-x)I].$$

$g_y$  steht hier für die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens und  $x$  für den Anteil von Region 1 an den Gesamtinvestitionen.

Nach Gleichung 3 ist die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate dann am höchsten, wenn in der Region mit der höheren Kapitalproduktivität investiert wird. Da die Kapitalproduktivität aus den oben schon angeführten Gründen in der Ostregion höher als in der Westregion ist, ist die Bevorzugung der Ostregion bei Investitionsentscheidungen eine logische Folge der Politik der hohen Wachstumsraten. Bezieht sich  $x$  auf die Ostregion, müßte gelten  $x \rightarrow 1$  und  $(1-x) \rightarrow 0$ .

#### 4.1.2 Die Disparität zwischen Branchen

Die Lohnhöhe in verschiedenen Branchen wird aus Tabelle 19 ersichtlich. Vergleicht man die Jahre 1978 und 1994, so lassen sich folgende Besonderheiten feststellen:<sup>129</sup>

- 1) Die Rate der Einkommensdisparität der Branche mit dem höchsten Einkommen zu der mit dem niedrigsten Einkommen erhöhte sich von 2,17 auf 2,31.
- 2) Die Position der Branchen in der Einkommenshierarchie veränderte sich stark. Besonders augenfällige Verlierer sind das Baugewerbe und der Bergbau, die neun bzw. sieben Positionen abfielen; gewonnen haben vor allem das Immobiliengewerbe, Banken und Versi-

---

<sup>129</sup>Vgl. Lai (1995), S. 22-30.



cherungen und die Anbieter sozialer Dienstleistungen, die jeweils 10, 7 und 7 Positionen nach oben kletterten.

- 3) Während 1978 noch acht Branchen unter dem (ungewichteten) Durchschnittslohn lagen, so waren es 1994 nur noch drei.
- 4) Unterscheidet man nach den Eigentumsformen der arbeitgebenden Organisationen, dann liegen die Löhne in Organisationen sonstiger Eigentumsformen fast immer vor denen der staatlichen, diese wiederum vor denen der kollektiven Organisationen.

Tabelle 19: **Durchschnittliches Lohnniveau verschiedener Branchen in den Jahren 1978 und 1994**

Branche	1978			1994						
	DL**	RATE	POS	DL**	ALLE	STAAT	KOLLEKTIV	ANDERE	RATE*	POS*
(1)	615			4.538						
(2)	470	0,76	14	2.819	2.821	2.510		5.394	0,62	15
(3)	676	1,10	5	4.679	4.863	2.793		4.233	1,03	12
(4)	579	0,97	9	4.283	4.508	3.076		6.096	0,94	13
(5)	850	1,38	1	6.155	6.124	5.734		8.005	1,36	4
(6)	714	1,16	2	4.894	5.498	3.936		5.766	1,08	11
(7)	708	1,15	3	5.450	6.212	3.110		8.713	1,20	6
(8)	694	1,13	4	5.690	5.476	3.692		4.362	1,25	5
(9)	551	0,89	11	3.537	3.856	2.823		6.460	0,78	14
(10)	610	0,99	8	6.712	7.017	5.625		10.400	1,48	1
(11)	548	0,89	12	6.288	5.997	5.290		9.610	1,39	2
(12)	392	0,64	15	5.026	5.098	3.754		8.013	1,11	8
(13)	573	0,93	10	5.126	5.267	4.238		7.051	1,13	7
(14)	543	0,88	13	4.923	4.944	3.548		8.360	1,08	10
(15)	669	1,09	6	6.162	6.212	4.719		7.882	1,36	3
(16)	655	1,06	7	4.962	4.967	4.411			1,09	9

Anmerkungen:

\* bezogen auf den Durchschnittslohn aller Branchen.

\*\* Angaben in Yuan.

(1) alle Branchen;

(2) Land-, Forst-, Vieh- und Fischwirtschaft;

(3) Bergbau;

(4) Produktionsindustrie;

(5) Elektrizitäts-, Gas- und Wassererzeugung und -versorgung;

(6) Baugewerbe;

(7) geologische Rekognoszierung und Wasserwirtschaft;

(8) Transport-, Lagerungs-, Post- und Telekommunikationsdienste;

(9) Groß- und Einzelhandel und Lebensmittelgewerbe;

(10) Banken und Versicherungen;

(11) Immobilien;

(12) soziale Dienste;

(13) Gesundheit, Sport und soziale Wohlfahrt;

(14) Erziehung, Kultur, Kunst, Rundfunk, Film und Fernsehen;

(15) wirtschaftliche Forschung und polytechnische Dienste;

(16) Regierungs- und Parteibehörden und soziale Organisationen.

DL = Durchschnittslohn,

RATE = Rate zum Durchschnittslohn aller Branchen,

POS = Position,

ALLE = in Branchen aller Eigentumsformen,

STAAT = in staatlichen Organisationen,

KOLLEKTIV = in kollektiven Organisationen,

ANDERE = in Organisationen anderer Eigentumsformen.

Quellen: ZGTJNJ (1995), S. 114-117; Lai (1995), S. 27 f.

Die wichtigsten Gründe für diese Verteilung sind der unterschiedliche Integrationsgrad in Güter- und Geldmärkte, das Tätigsein qualifizierter Arbeitskräfte, die Kapital- bzw. Vermögensausstattung, die staatliche Branchenpolitik (insbesondere die Preispolitik) und der volkswirtschaftliche Knappheitsgrad der angebotenen Güter.

Darüber hinaus können ebenfalls die Einkommensungleichheiten zwischen verschiedenen sozialen Gruppen oder Einkommensbestandteilen (z.B. Vermögenseinkommen) oder auch die Verteilung des Vermögens betrachtet werden. Auch diese Indikatoren weisen auf eine Zunahme der Ungleichheit hin.

## 4.2 Armut in China

Das Ausmaß der Armut reflektiert das Entwicklungsniveau und den Grad der Einkommensungleichheit in einem Land. Wenn von Armut gesprochen wird, ist zwischen absoluter und relativer Armut zu unterscheiden. Wird als Kriterium für die Armut das Einkommen verwendet, was allerdings problematisch ist, weil sich daran das Wohlstands- bzw. Wohlfahrtsniveau eines Menschen nicht allein festmachen läßt, so sind jeweils Schwellen für die beiden Arten von Armut festzulegen. Als Schwelle für die absolute Armut gilt das Einkommen, ab dem es einem Menschen möglich ist, seine materiellen Grundbedürfnisse zu befriedigen (enge Definition, offizielle Armutsschwelle in China) bzw. auch zusätzlich seine kulturellen und sozialen Grundbedürfnisse zu erfüllen (weite Definition). Die Festlegung der Schwelle für die relative Armut ist recht willkürlich. Allgemein wird unter relativer Armut das subjektive Empfinden verstanden, zur armen Bevölkerung zu gehören. Im folgenden gilt als Schwelle die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens. Während die absolute Armutsschwelle gemäß der engen Definition bezogen auf nicht-inflationierende Einkommen relativ konstant ist, richten sich die absolute Armutsschwelle gemäß der weiten Definition und die relative Armutsschwelle nach dem Entwicklungsniveau. In Entwicklungsländern liegen die absolute und die relative Armutsschwelle näher beieinander als in Industriestaaten.<sup>130</sup>

<sup>130</sup>Der relative Anteil der armen Bevölkerung eines Landes wird durch die sogenannte "Head-Count-Ratio"  $H = q/n$  ausgedrückt, wobei  $q$  für die Anzahl der Personen, deren Einkommen unterhalb einer Armutsschwelle  $\pi$  liegt, und  $n$  für die Anzahl aller Einwohner steht (vgl. Sen (1976), S. 220 u. 223; Sen (1979), S. 293-295; Kakwani (1980), S. 327 ff.).

Nach Angaben der Weltbank lebten 1978 ca. 270 der 790 Mio. Landbewohner im Zustand der Armut. Der wirtschaftliche Aufschwung reduzierte diese Zahl bis Mitte der 80er Jahre drastisch. Seitdem ist der Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nur langsam gefallen. Das wird aus Tabelle 20 deutlich, die auch Angaben über die Armut in den Städten enthält. Eine Schätzung des Instituts für Wirtschaft geht davon aus, daß 1988 7,8% der Landbevölkerung ihren von der Weltbank auf 2.160 kcal festgesetzten täglichen Mindestbedarf aufgrund nicht ausreichender Versorgung mit Grundnahrungsmitteln nicht decken konnten.<sup>131</sup> Die Armut in China weist folgende Besonderheiten auf:

1) Die absolute Zahl ist mit 164 Mio. Personen immer noch sehr hoch.

Tabelle 20: **Armut in China**

Jahr	1978	1985	1990	1994
<b>Bevölkerung (Mio.)</b>				
ganz China	963	1.059	1.143	1.198
Städte	172 (17,9%)	251 (23,7%)	302 (26,4%)	343 (28,6%)
Land	790 (82,1%)	808 (76,3%)	841 (73,6%)	855 (71,3%)
<b>Durchschnittlich verfügbares Pro-Kopf-Einkommen (1978 Yuan)</b>				
Städte		551	681	947
Land	134	314	328	389
<b>Armutsschwelle (Yuan/Jahr)</b>				
<b>Städte:</b>				
absolut		215	319	400
relativ				1.600
<b>Land:</b>				
absolut	98	190	275	
relativ		200	350	600
<b>Arme (Mio.)</b>				
<b>ganz China:</b>				
absolut	270 (28,0%)	97 (9,2%)	98 (8,6%)	88 (7,3%)
relativ				164 (13,7%)
<b>Städte:</b>				
absolut	10 (4,4%)	1 (0,4%)	1 (0,4%)	18 (5,25%)
relativ				34 (9,9%)
<b>Land:</b>				
absolut	260 (33,0%)	96 (11,9%)	97 (11,5%)	70 (8,2%)
relativ		99 (12,2%)	122 (14,5%)	130 (15,2%)
<b>Gini-Koeffizient</b>				
Städte		0,19	0,23	
Land	0,21	0,26	0,31	0,32
<b>Armutskluft (Index)</b>				
Land		2,1	2,5	

Anmerkungen:

- (1) Die Zahlenwerte für die leeren Fächer der Tabelle sind unbekannt.
- (2) Die Zahl der relativ Armen auf dem Lande für 1978 anzugeben, ist nicht sinnvoll,

<sup>131</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 321.

da in diesem Jahr die relative unter der absoluten Armutsschwelle liegt.

Quellen: The World Bank (1992), S. ix; ZGTJNJ (verschiedene Jahrgänge); Lai (1995), S. 30 f.; eigene Berechnungen.

- 2) Der Hauptteil der armen Bevölkerung lebt auf dem Lande, aber der Anteil der Städte steigt. Knappheit an Nahrungsmitteln, wenige künstlich bewässerte Landflächen und geringer Wert des Wohnungs- und Finanzvermögens sind Kennzeichen der ländlichen Armut.<sup>132</sup> Die Quote der Armen in den ländlichen Gebieten an der Gesamtzahl der Armen ist im Zeitraum von 1981 bis 1994 von 97,5% auf 79,2% gefallen, worin sich auch die demographische Entwicklung und der Anstieg des Entwicklungsstandes widerspiegeln.<sup>133</sup> Ein Großteil der städtischen Armen fällt unter die Kategorie der "neuen Armut" - Migranten aus den ländlichen Gebieten, denen es nicht gelungen ist, eine Erwerbsmöglichkeit zu finden, die ihnen eine Existenz außerhalb der Armutszone möglich macht.<sup>134</sup>
- 3) Nach offiziellen Angaben befinden sich 60 der 70 Mio. armen Landbewohner in den mittleren und westlichen Gebieten, was 85% ausmacht; und von den offiziellen 592 Armutskreisen (und -städten)<sup>135</sup> des "Planes zur Bekämpfung der Armut" von 1987 sind 487 (83%) im Westen und in der Mitte gelegen. Der Hauptteil der Armen (1988: etwa 63%) lebt jedoch nicht in den offiziell festgesetzten Armutskreisen.<sup>136</sup> Trotzdem könnte auch dieser Anteil das Ausmaß der Armen in den wohlhabenden Gebieten noch stark unterschätzen, da das Nachlassen des lokalen Engagements für eine Umverteilungspolitik zugunsten der Armen infolge der stärkeren Betonung des individuellen Wohlstands für das Entstehen einer neuen Armut auch auf dem Lande spricht.<sup>137</sup>
- 4) In den Wohngebieten der Minoritäten tritt Armut in verschärfter Form auf. So leben 55% aller Angehörigen nationaler Minderheiten in den oben erwähnten Armutskreisen oder -städten.

Die Hauptgründe für die Armut in den ländlichen Gebieten sind:

- 1) Widrige natürliche und geographische Bedingungen. Die ländlichen Armen sind häufig in Berg-, Kälte-, epidemischen und Grenzgebieten zu finden.
- 2) Die Wachstumsrate der Bevölkerung ist überdurchschnittlich hoch, womit das Wachstum der Arbeitsplätze nicht mithalten kann.

---

<sup>132</sup>Vgl. ebenda, S. 347.

<sup>133</sup>Vgl. Lai (1995), S. 31.

<sup>134</sup>Vgl. Zhao (1995), S. 7 f.

<sup>135</sup>Die Armutskreise werden vom Staatsrat gemäß den Angaben des Landwirtschaftsministeriums bestimmt (vgl. Bramall/Jones (1993), S. 59).

<sup>136</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 334.

<sup>137</sup>Vgl. Riskin (1994), S. 282.

- 3) Niedriger Bildungsstandard. Ein Großteil der Analphabeten und Halbanalphabeten ist unter den Armen zu finden; selten erlangen arme einen Schulabschluß oberhalb der Grundschule. Dabei bleibt ihnen der Zugang zu solchen Tätigkeiten, mit denen, wie in Abschnitt 3.3.3 aufgezeigt, hohe individuelle Einkommen erzielt werden können, weitgehend versperrt. In der von Armut stark betroffenen Provinz Guizhou z.B. waren 32% der Bevölkerung Analphabeten oder Halbanalphabeten (ganz China: 16,3%); nur 43% hatten einen Abschluß von mindestens Grundschule-Niveau (ganz China: 60%).<sup>138</sup>
- 4) Schlechte infrastrukturelle Anbindung an Zentren ökonomischer Aktivität.

Die Hauptgründe für die Armut in den städtischen Gebieten sind:

- 1) Geringer Beschäftigungsgrad der betroffenen Haushalte. So sind nur 46,52% der Mitglieder des niedrigsten Einkommensdezils beruflich tätig, während der Durchschnitt der städtischen Haushalte 57,46% beträgt. Kommen auf einen städtischen Berufstätigen durchschnittlich 1,74 Abhängige, so sind es bei den armen Haushalten 2,25.
- 2) Völlige oder teilweise Produktionseinstellung der arbeitgebenden Unternehmen. Die Betroffenen erhalten dann keinen oder nur noch einen geringeren Lohn, oder ihnen werden lediglich Naturalien ausgezahlt, woraufhin sie in die Armutszone abrutschen. Nach der gemeinsamen Untersuchung des Statistischen Amtes, des Arbeitsamtes und der Planungskommission der Provinz Hubei in 50 Unternehmen, die ihre Produktion völlig oder teilweise eingestellt hatten, bezogen von den 1.258 befragten Arbeitern 1,8% mehr als 80% ihres vorherigen Lohnes und 19,8% 51-80%; der Rest erhielt weniger als 50%; 30,1% gingen völlig leer aus.<sup>139</sup>
- 3) Hohe Preissteigerungen. 1994 stiegen die Preise in den Städten durchschnittlich um 21,7% (Getreide: 50,7%, Speiseöl: 59,8%, Gemüse: 34,2%). Betroffen sind vor allen Dingen ältere Menschen, deren Renten und Pensionen nicht den Preissteigerungen angepaßt werden.<sup>140</sup>

Nach Angaben des Instituts für Wirtschaft müßten im Jahr 1988 nur 1,6% der Einkommen der nicht-armen ländlichen oder 2,4% der Einkommen der städtischen Bevölkerung umverteilt werden, um die (relative) Armut zu beseitigen.<sup>141</sup> Damit zusätzlich die städtische Armut behoben werden könnte, wäre zusätzlich eine Umverteilung von 1% der städtischen Ein-

---

<sup>138</sup>Vgl. Lai (1995), S. 32

<sup>139</sup>Vgl. ebenda.

<sup>140</sup>Vgl. ebenda.

<sup>141</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 347.

kommen notwendig.<sup>142</sup> An diesem niedrigen Armutsindex<sup>143</sup> wird sichtbar, daß die Armutsbekämpfung zumindest aus rein finanzieller Sicht kein allzu großes Problem ist.<sup>144</sup>

### 4.3 Exkurs in die Graubereiche: Einkommen aus der Schattenwirtschaft

Das tatsächliche Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Einkommensungleichheit wird nicht nur durch die Nicht-Erfassung der Naturaleinkommen und bestimmter Subventionen (der Stadtbewohner) sowie der Nicht-Berücksichtigung lokaler Sondersteuern und -gebühren (auf Seiten der Landbewohner) unterschätzt, sondern auch durch die Nicht-Einbeziehung sogenannter "Grauer Einkommen", die den Wirtschaftssubjekten durch schattenwirtschaftliche Aktivitäten zufließen. Cassel bezeichnet mit dem Begriff "Schattenwirtschaft" die nicht in die Sozialproduktberechnung eingehenden produktiven Tätigkeiten der Selbstversorgungswirtschaft (wird aufgrund internationaler Gepflogenheiten nicht erfaßt) und der Untergrundwirtschaft (wird aufgrund der Verheimlichung durch die Wirtschaftssubjekte nicht erfaßt).<sup>145</sup> Hier sind dagegen unter Einkommen aus der "Schattenwirtschaft" diejenigen Einkommensbestandteile gemeint, die entweder aus ungesetzlichen Aktivitäten stammen (und sich somit weitgehend mit Cassels "untergrundwirtschaftlichen Tätigkeiten" decken) oder durch Erscheinungen der Wirtschaftstransformation möglich werden, aber als unangemessen angesehen werden und die nicht von den offiziellen Statistiken erfaßt werden. Nach dieser Definition lassen sich die "grauen Einkommen" in illegale Einkommen und (nicht-illegale) Transformationsgewinne unterteilen.

#### 4.3.1 Illegale Einkommen

<sup>142</sup>Vgl. ebenda, S. 356.

<sup>143</sup>Der Armutsindex liegt in Entwicklungsländern bei durchschnittlich 3% (vgl. ebenda, S. 357).

<sup>144</sup>Um den Armutsindex  $N$  zu berechnen (gibt an wie groß der Nettoeinkommenstransfer von den nicht-armen zu den armen Einwohnern sein müßte, um die Armut zu beseitigen), muß die aggregierte Armutsschwelle

$$T = q \cdot G = q(\pi - \mu_{yp}) = \sum_{i=1}^q (\pi - y_i), \text{ wobei man die durchschnittliche individuelle Einkommenskluft}$$

$G = \pi - \mu_{yp}$  dadurch erhält, daß man das Durchschnittseinkommen der armen Bevölkerung  $\mu_{yp}$  von der Armutsschwelle  $\pi$  subtrahiert, durch das Produkt des Durchschnittseinkommens der nicht-armen Bevölkerung und deren Anzahl  $n$  bzw. durch die gesamte Summe der Einkommen der nicht-armen Bevölkerung geteilt werden:

$$N = \frac{T}{\mu_{yn} \cdot n} = \frac{T}{\sum_{j=1}^n y_j} \text{ (vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 319 f. u. 356; Kakwani (1980), S. 327 ff.)}$$

<sup>145</sup>Vgl. z.B. Cassel/Caspers (1984), S. 2 f.

Eine systematische Berechnung der Bedeutung der illegalen Einkommen für die Zunahme der Ungleichheit liegt bisher nur von Chen für das Jahr 1988 vor.<sup>146</sup> Aus dem von ihm angeführten Datenmaterial lassen sich folgende Aussagen entnehmen oder berechnen:<sup>147</sup> Die illegalen Einkommen des Jahres 1988 betragen in ihrer Gesamtheit ca. 118 Mrd. Yuan, was 7,9% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Sie waren für etwa 23,2% der gesamtwirtschaftlichen Ungleichheit (gemessen am Gini-Koeffizienten unter Einbeziehung der illegalen Einkommen) verantwortlich. Dabei bieten die urbanen Gebiete bessere Gelegenheiten, illegale Einkommensquellen auszuschöpfen: Der Anteil der (wesentlich höheren) illegalen Einkommen an der Ungleichheit in den ländlichen Gebieten lag bei 22,3%, während er in den Städten 37% betrug. Ihre Hauptquellen sind Steuerhinterziehung<sup>148</sup> und Machtmißbrauch der Kader der Kommunistischen Partei, die ihre Verfügungsgewalt über Menschen, Geld- und Sachvermögen nutzen, um zusätzliche (ungesetzliche) Einkünfte zu erzielen.

### 4.3.2 Rent-Seeking und Transformationsgewinne

Unter den in diesem Abschnitt analysierten Transformationsgewinnen sollen nicht diejenigen Zusatzeinkommen der in den staatlichen Organisationen Beschäftigten verstanden werden, die diese, wie in Abschnitt 3.2.3 geschildert, aufgrund des Verlustes der Kontrollfähigkeit der Regierung realisieren konnten. Aber der Anteil der Finanzmittel der staatlichen Organisationen, den deren Führungskräfte zum privaten Konsum verwenden, wird hinzugezählt.<sup>149</sup> Nach Chens Daten läßt sich die Gesamtsumme der auf diese Weise abgeleiteten Gelder 1988 auf ca. 3,33 Mrd. Yuan schätzen. Diese offiziell nicht erfaßten Einkommen sollen 1,5% der gesamtwirtschaftlichen Einkommensungleichheit ausgemacht haben. Chen führt vier Hauptkanäle für eine derartige "Individualisierung" öffentlicher Finanzmittel auf:<sup>150</sup> 1) Die Verfügung über von der Arbeitseinheit bezahlte Automobile, Chauffeure, Dienstpersonal, geräumige Wohnungen ohne oder mit nur geringen Mieten und die Teilnahme an kostspieligen Banketts durch Parteikader hohen oder mittleren Ranges; 2) die Bereitstellung von Automobilen, Assistenten, weiträumigen Apartments und Geldern für den Besuch von Restaurants und den Kauf von Geschenken; 3.) Ausnutzung der eigenen Machtposition zur Benutzung organisationseigener Konsumgüter wie Radiorecorder, Fotoapparate und Kühlschränke und zum Kauf von Gebrauchsgütern und Kleidungsstücken; 4.) Ausnutzung der Konsumgüterfonds der Arbeitseinheiten zum Kauf aller möglichen Konsumgüter, um diese dann auf die gesamte Belegschaft zu verteilen.

---

<sup>146</sup>Vgl. Chen (1994), S. 263-278.

<sup>147</sup>Unter Zuhilfenahme der Werte für die Bevölkerungszahl und das Bruttoinlandsprodukt aus statistischen Jahrbüchern verschiedener Jahrgänge.

<sup>148</sup>Leider hat Chen nur die Steuerhinterziehung der Individual- und Privatunternehmen sowie der fälschlicherweise als Kollektivbetriebe firmierenden Unternehmen, nicht aber die der Staats- und der (echten) Kollektivunternehmen berechnet.

<sup>149</sup>Zugegebenermaßen ist es kaum möglich, eine genaue Trennlinie zwischen diesen beiden Einkommensarten zu ziehen.

<sup>150</sup> Vgl. Chen (1994), S. 272 f.

Zu den Transformationsgewinnen kann man auch die Renteneinkünfte rechnen, die durch Arbitragegewinne durch die Ausnutzung der Wertdifferenzen zwischen staatlich fixierten und Markt- bzw. Gleichgewichtswerten erzielt werden. Die methodische Frage, Markt- oder Gleichgewichtswerte zu verwenden, wird hier zugunsten der Marktwerte entschieden, da sie allein den tatsächlich realisierbaren Rentenumfang angeben.<sup>151</sup> Dazu zählen vor allen Dingen die Differenzen zwischen staatlichem Ankaufs- und Marktpreis (*jiacha*), formalem und informalem Zinssatz (*lichu*) und zwischen offiziellem und freiem Wechselkurs (*huicha*). Interessant sind in diesen Zusammenhang insbesondere die drei Fragen nach 1.) der Definition und Berechnung der Rentengewinne, 2.) dem Anteil der Rentengewinne, der an Individuen abfließt und somit der staatlichen Verfügungsgewalt entzogen wird, und 3.) der Aufteilung der individuell abgeflossenen Renten auf die Bevölkerung.<sup>152</sup> Aufgrund fehlender Untersuchungen in anderen Bereichen muß sich diese Analyse auf die erste Fragestellung beschränken. Zur dritten Fragestellung sei nur soviel bemerkt, daß wenigstens ein großer Anteil der Rentengewinne wohl zu den Individuen und Organisationen fließt, die aufgrund ihrer Machtposition, Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel und Positionierung an institutionellen Schnittstellen überhaupt erst Möglichkeiten des Zugriffs auf Renteneinkünfte haben.<sup>153</sup> Nach Berechnungen Hus betrug der (potentielle) Rentengewinn aus den obigen Wertdifferenzen 1988 ca. 367 Mrd. Yuan, was mehr als 30% des damaligen Volkseinkommens darstellt. Werden noch einige andere unbedeutendere Rentengewinne hinzugerechnet, erhöht sich der Betrag auf mehr als 400 Mrd. Yuan, wodurch ungefähr 40% des Volkseinkommens erreicht werden.<sup>154</sup> Für das Jahr 1992 gibt Wan den gesamten Rentenbetrag mit ungefähr 234 Mrd. Yuan an, was ca. 32,3 % des damaligen Volkseinkommens ausmacht.<sup>155</sup>

#### **4.4 Die Reflexion der Einkommensdisparitäten in der Bevölkerung: Werturteile und soziale Befindlichkeiten**

Die städtische Bevölkerung weist eine hohe Sensibilität gegenüber der Einkommensverteilung auf. Nach einer Umfrage der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Volksuniversität in Beijing sahen 1994 72,8% der befragten Stadtbewohner die "Disparität zwischen arm und reich" als "ernstes" oder "relativ ernstes" Problem an. Diese Wachsamkeit ist in den Antworten der Befragten aller gesellschaftlichen Berufsgruppen zu finden (Arbeiter: 75,3%, Arbeiter 80,3%, wissenschaftlich-technisches Personal: 71,4% und Inhaber von Privatunterneh-

---

<sup>151</sup>Gleichgewichtswerte existieren dagegen nur theoretisch. Der konkrete Rentenumfang läßt sich mit ihnen deshalb auch nicht berechnen.

<sup>152</sup>Vgl. Zhao/Griffin (1994), S. 17 f.

<sup>153</sup>Vgl. Lai (1995), S. 35.

<sup>154</sup>Vgl. Hu (1989).

<sup>155</sup>Vgl. Wan (1995), S. 75 u. 80.



men: 75%).<sup>156</sup> Insbesondere das große Ausmaß, das die "grauen" Einkommen, die in Abschnitt 4.3 analysiert wurden, angenommen haben, stößt auf das Mißfallen weiter Bevölkerungsschichten (auch auf dem Lande). Häufig werden jedoch auch gut wahrnehmbare Klagen der im öffentlichen Sektor Beschäftigten über ihre im Vergleich zu den privat Tätigen zu geringen Einkommen laut. Wie berechtigt derartige Vorwürfe tatsächlich sind, ist ausführlich in Abschnitt 3.2 diskutiert worden. Bei derartigen Unmutsäußerungen scheinen auch Neid- und Mißgunstgefühle, die sich gegen diejenigen Bevölkerungsgruppen richten, die (angeblich) höhere Einkommen erzielen als man selbst, eine bedeutende Rolle zu spielen.<sup>157</sup>

Die Landbewohner erscheinen dagegen noch relativ gelassen angesichts der Tatsache, daß ihr durchschnittliches Einkommen um ein Vielfaches niedriger als das der städtischen Einwohner ist. Diese merkwürdige Duldungsbereitschaft war auch schon in den Jahrzehnten vor den Wirtschaftsreformen typisch für das Verhalten dieser Bevölkerungsgruppe, obwohl gerade die Bauern als Hauptträger der kommunistischen Revolution einen größeren Anteil am Volkswohlstand für sich hätten beanspruchen können. Diese Wahrnehmung kann jedoch auch durch fehlende Informationen und Umfragen verfälscht sein. Die Akzeptanz ihres Platzes auf einer der unteren Stufen der Einkommensleiter muß in Zukunft jedoch nicht weiter bestehen bleiben. Sie kann in der Vergangenheit auch durch ein Informationsdefizit auf Seiten der Landbevölkerung mitbedingt sein. Die Bauern scheinen ihre Einstellung weniger durch Worte oder politische Forderungen als durch reale Aktionen kundzutun. Mobilisiert durch den enormen Aufschwung insbesondere der Küstenstädte, deren neuer Wohlstand durch das Fernsehen bis in die entferntesten Winkel des Landes sichtbar gemacht wird, hat sich ein viele Millionen starkes Heer von Landbewohnern auf die Wanderschaft in die Zentren wirtschaftlicher Aktivität aufgemacht. Dieses Phänomen, das in Abschnitt 2.1.2 beschrieben wurde, befindet sich jedoch erst am Anfang seiner Entwicklung. Seine letztendliche Tragweite wird sich erst in einigen Jahren erweisen.

Auch in Kreisen chinesischer Wissenschaftler wird das Verteilungsthema kontrovers diskutiert. Einige Analyseschwerpunkte sind z.B. die Frage nach der gerechten bzw. angemessenen Einkommensverteilung, das Verhältnis von Gleichheit und Effektivität, das Verhältnis von individuellem und kollektivem Wohlstand, das Problem der grauen Einkommen, das Problem des Fortbestandes des Egalitarismus, die regionale Einkommensverteilung, die Verteilung der Einkommen zwischen den urbanen und ruralen Räumen, die Verteilung der Einkommen innerhalb der urbanen und ruralen Räume und der Anteil der Individuen, Organisationen und des Staates an der Gesamtverteilung. Diese Diskussion kann hier in keiner Weise nachvollzogen werden. Lediglich die Namen von Prof. Li Peilin vom Institut für Sozialwissenschaften der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften und Prof. Li Qiang von der Volksuniversität (beide Beijing) als zwei besonders exponierte Vertreter dieser Diskussion seien hier genannt, wobei der erstere ein Repräsentant derjenigen ist, die das Niveau

---

<sup>156</sup>Vgl. Lai (1995), S. 7.

<sup>157</sup>Vgl. Chen Bingcai (1995), S. 1.

und Wachstum der Einkommensungleichheit als durchaus noch akzeptabel ansehen, während der letztere für China eine größere Einkommensungleichheit als die Vereinigten Staaten diagnostiziert und die Gruppe derjenigen anführt, die die Disparitäten für zu groß halten.<sup>158</sup>

---

<sup>158</sup> Vgl. Li Peilin (1995); Li Qiang (1995).

## 5 Die Einkommensungleichgewichte im Spiegel der ökonomischen Theorie: Kuznets' Hypothese und Produktivitätsunterschiede als realwirtschaftlicher Hintergrund der Disparitäten

Um die Zunahme der Einkommensdisparitäten im Laufe der Reformperiode zu begründen, berufen sich viele chinesische Ökonomen auf die sogenannte "Kuznets-Hypothese". Kuznets geht davon aus, daß das Ausmaß der Einkommens- (und Vermögens)ungleichheit im Wachstums- und Entwicklungsprozeß eines Landes gewöhnlich den Verlauf einer umgekehrten U-Kurve annimmt: "One might assume a long swing in the inequality characterizing the secular income structure: widening in the early phases of economic growth ...; becoming stabilized for a while; and then narrowing in the later phases."<sup>159</sup> Er stellt in seiner Hypothese einige ökonomische, soziale und politische Prämissen auf, die aus dem Industrialisierungsprozeß der drei Industriestaaten USA, Großbritannien und Deutschland abgeleitet sind und bei deren Vorhandensein der Wachstumsprozeß einer Volkswirtschaft mit *Wahrscheinlichkeit* erst zu einer Zunahme und dann zu einer Abnahme der Ungleichheit führt.<sup>160</sup> Problematisch ist jedoch, daß diese obenerwähnten chinesischen Ökonomen die Kuznets-Hypothese verzerren und grob vereinfachen, indem sie das Anwachsen der gesamtwirtschaftlichen Ungleichheiten als vordere Hälfte des "long swing" ansehen und auf Entwicklungs- und Wachstumsprozesse der chinesischen Volkswirtschaft zurückführen. Mittlerweile hat sich diese Hypothese in der VR China gar zum Mainstream für die Erklärung der Vergrößerung der Einkommensdifferenziale entwickelt, so daß bereits Wissenschaftler anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen von ihr Gebrauch machen.<sup>161</sup>

Mit der Berufung auf diese Kausalbeziehung werden die Wissenschaftler jedoch nicht nur Kuznets nicht gerecht, sie verkennen damit auch die tieferen Ursachen für die Zunahme der Einkommensungleichheit. Diejenigen chinesischen Gelehrten, die Kuznets' Ansatz verwerfen, da ihrer Meinung nach das Anwachsen der Disparitäten nicht mit den Entwicklungsschritten der chinesischen Volkswirtschaft begründet werden kann, sondern durch die System- und Strukturreform ausgelöst worden ist, mißachten ebenfalls die Komplexität des Zusammenwirkens der verschiedenen Einflußfaktoren und ihre gegenseitige Bedingtheit.<sup>162</sup> Hier soll nicht weiter auf diese Gespensterdiskussionen eingegangen werden. Denn das Anwachsen der Ungleichheiten ist selbstverständlich sowohl als Entwicklungs- als auch als Transformationsphänomen, jedoch jenseits jedes Einkommenshöhe-Einkommensverteilungs-Determinismus', anzusehen. Die Disparitäten sind durch ökonomische und politisch-institutionelle Faktoren zustande gekommen, wobei die ökonomischen Einflußgrößen durch politische Maßnahmen noch verstärkt worden sind. So mußte die Vorzugsbehandlung der

---

<sup>159</sup>Kuznets (1955), S. 18.

<sup>160</sup>Vgl. ebenda.

<sup>161</sup>Siehe z.B. Guojia tongjiju nongdiao zongdui ketizu (1994), Xian/Yan (1995), Zhao (1995), Li Peilin (1995).

<sup>162</sup>Siehe z.B. Lai (1995).

Küstengebiete und der Städte, in denen der Lebensstandard auch schon vor der Reformperiode höher war, zwangsläufig als Akzelerator des "natürlichen" (= ökonomisch bedingten) Anwachsens der Differentiale wirken. Erst das Zusammenspiel mehrerer in die gleiche Richtung wirkender, sich gegenseitig positiv verstärkender Effekte hat zu einer derart rapiden Zunahme der Ungleichheiten geführt, daß sie mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß allein nicht erklärt werden kann.

Die Modernisierung und Industrialisierung einer primär landwirtschaftlich geprägten Volkswirtschaft geht fast zwangsläufig mit einer Verschärfung der Stadt-Land-Disparitäten einher, wenn der Staat keine Umverteilung zugunsten der ruralen Gebiete durchführt. Die Entwicklungsökonomie<sup>163</sup> und Kuznets haben darauf hingewiesen, daß die Allokation des knappen Faktors Kapital in die volkswirtschaftlichen Sektoren mit der höchsten Produktivität zu höheren Raten wirtschaftlichen Wachstums in den Städten führen muß. Während dieses Prozesses nimmt die gesamtwirtschaftliche Ungleichheit automatisch zu, solange der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung größer als derjenige der städtischen ist. Somit ist die zweite Hälfte des "long swing" bei fehlender staatlicher Intervention erst in einem reiferen Stadium der Industrialisierung, begleitet von einer starken Zunahme der Urbanisierung, zu erreichen. Auch mit dem Rückgang der Migration ist erst dann zu rechnen, wenn sich die Einkommensdifferenziale der verschiedenen Teilsektoren wieder einander angenähert haben.

Alle Theorien, die auf dem ricardianischen Modell oder der neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie beruhen, also auch die Entwicklungstheorien und der Kuznetsche Ansatz, betonen die Bedeutung der Produktivitätsunterschiede als Determinanten der Einkommensverteilung. Auch die Unterschiede der Einkommenshöhen in verschiedenen Bereichen der chinesischen Volkswirtschaft sind auf sie letztendlich zurückzuführen. Um die unterschiedlichen Produktivitäten der Sektoren zu bestimmen, muß vielfach auf Proxy-Indikatoren zurückgegriffen werden, da die optimalen Werte nicht bestimmt werden können oder sich nicht aus den veröffentlichten Statistiken ersehen oder errechnen lassen. So ist es beispielsweise unmöglich, die Grenzproduktivitäten zu bestimmen, so daß man sich mit den Durchschnittsproduktivitäten zufrieden geben muß. Auch sind nur solche Produktivitätsangaben verfügbar, die die Zahl der Beschäftigten betreffen (wodurch z.B. eine Zunahme der versteckten Arbeitslosigkeit in einem Rückgang der Arbeitsproduktivität zum Ausdruck kommt), während eine Bezugnahme auf die für die Fragestellung geeignetere Arbeitszeit (Stundenproduktivität) nicht möglich ist.<sup>164</sup> Als ein Bestimmungsfaktor für die Zunahme der Kluft der städtischen und ländlichen Einkommen nach 1985 kann die Vergrößerung der Produktivitätsunterschiede in Industrie und Landwirtschaft, die aus Tabelle 21 ersichtlich wird, angesehen werden.

---

<sup>163</sup>Siehe z.B. Lewis (1954); Ranis/Fei (1961); Fei/Ranis (1964); Todaro (1969); Harris/Todaro (1979).

<sup>164</sup>Zu diesem Problem siehe Herrmann-Pillath (1995b), S. XLIII f. u. CV.

Tabelle 21: **Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft (Yuan, in Preisen von 1990)**

Jahr	industrielle Produktivität	landwirtschaftliche Produktivität	komparative Produktivität
1985	5.816	1.355	4,29
1986	5.696	1.389	4,10
1987	6.538	1.497	4,37
1988	6.667	1.513	4,41
1989	6.667	1.356	4,92
1990	6.817	1.500	4,54
1991	7.368	1.507	4,89
1992	8.501	1.590	5,35

Anmerkungen:

- (1) Die Arbeitsproduktivität wird durch das Volkseinkommen pro Beschäftigtem ausgedrückt.  
 (2) Die komperative Produktivität ist die Rate der industriellen zur landwirtschaftlichen Produktivität.

Quellen: Hermann-Pillath (1995b), S. 22 f., 30 f., 164, 172, 180 f. u. 182 f.; ZGTJNJ (1994), S. 38; eigene Berechnungen.

Nach Han hat sich die komparative Produktivität von Landwirtschaft und Industrie (landwirtschaftliche Produktivität / industrielle Produktivität) in der ersten Reformphase (1978-1985) dagegen um 216% erhöht.<sup>165</sup> Das Statistische Amt geht von einer Verschlechterung der städtischen nicht-landwirtschaftlichen im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Produktivität bis 1988 (Abfall der komperativen Produktivität von 11,10 (1978) auf 6,88 (1988)) und einer darauffolgenden erneuten Verbesserung (Anstieg bis auf 9,82 im Jahre 1993) aus.<sup>166</sup> Chai führt die Zunahme der Ost-West-Kluft auf die Zunahme der interregionalen Produktivitätsunterschiede im landwirtschaftlichen Sektor (Anstieg des Ost-West-Produktivitätsdifferentials von 1,49 (1983) auf 1,94 (1989)) zurück.<sup>167</sup> In die gleiche Richtung weisen Beobachtungen Herrmann-Pillaths in bezug auf die Höhe der Investitionsquoten: "Ländliche Industrie ebenso wie staatliche Industrie tragen zu einer höheren Investitionsquote bei, während agrarisch geprägte und ärmere Provinzen sehr niedrige produktive Investitionsquoten aufweisen."<sup>168</sup> Die Ungleichheiten innerhalb des städtischen Raumes

<sup>165</sup>Vgl. Han (1994), S. 140.

<sup>166</sup>Vgl. Guojia tongjiju nongdiao zongdui (1994), S. 38.

<sup>167</sup>Vgl. Chai (1994), S. 17.

<sup>168</sup>Herrmann-Pillath (1995b), S. XCVIII f.

können durch die Produktivitätsunterschiede des öffentlichen und des privaten Sektors erklärt werden. So betrug die Produktivität der industriellen Staatsbetriebe 1994 weniger als ein Fünftel derjenigen der industriellen Nicht-Staats- und Nicht-Kollektivbetriebe.<sup>169</sup> Mit einem Produktivitätsunterschied von mehr als 100% im Jahre 1992 zwischen Landwirtschaft und ländlichen Betrieben können die Einkommensdisparitäten auf dem Lande begründet werden.<sup>170</sup>

Auch die klassische Transformationstheorie findet im chinesischen Fall ihre Bestätigung, wenn sie von einem Anwachsen der Einkommensungleichheit in der Reformphase aufgrund der Wachstumspräferenz der Regierung, der Zunahme der Bedeutung des Vermögenseinkommens und einer Vergrößerung der Lohndifferentiale ausgeht. Auf die versteckten Ungleichheiten vor dem Reformprozeß, die durch die Privilegien der Staatsfunktionäre hervorgerufen werden, hat die neoliberale Schule hingewiesen.<sup>171</sup>

Aus den Implikationen der Wohlfahrtsökonomie<sup>172</sup> geht hervor, daß die Verschärfung der Einkommensgegensätze einen gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlust bedeutet (erstes Gossensches Gesetz: Abnahme des Grenznutzens des Einkommens)<sup>173</sup> und daß die Präferenz einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung mit steigendem Lebensstandard größer werden wird (equity preference vor efficiency preference)<sup>174</sup>.

---

<sup>169</sup>Berechnet nach ZGTJNJ (1995), S. 375 f. Zu beachten ist, daß zu den industriellen Nicht-Staats- und Nicht-Kollektivbetrieben auch ländliche Unternehmen gezählt werden.

<sup>170</sup>Berechnet nach Herrmann-Pillath (1995b), S. 31, 171 u. 183 u. ZGTJNJ (1994), S. 38. Zu beachten ist, daß zur Berechnung der Produktivitäten bei den ländlichen Betrieben die Summe von Steuerzahlungen, Nettogewinnen und Löhnen und bei der Landwirtschaft das Volkseinkommen als Wertschöpfungsindikatoren verwendet wurden, so daß beide Produktivitätskennzahlen nicht vollkommen vergleichbar sind.

<sup>171</sup>Zu dieser Gliederung der Transformationstheorie siehe nur Chai/Chai (1994), S. 675-678.

<sup>172</sup>Die Überlegungen dieses Absatzes beruhen auf dem Konzept der Wohlfahrtsfunktion, die eine aggregierte Funktion der Nutzenfunktionen aller Individuen bzw. Haushalte einer Volkswirtschaft ist (siehe hierzu z.B. Giersch (1993); Atkinson (1970); Kakwani (1980), S. 52; Gärtner (1977); Dalton (1920), S. 356 f.; Willig (1981); Krelle (1978); Dasgupta et al. (1973), S. 181; Shorrocks (1983); Foster et al. (1984); Cowell/Kuga (1981), S. 289).

<sup>173</sup>Vgl. Woll (1990), S. 122.

<sup>174</sup>Vgl. Atkinson (1970), S. 251.

## 6 Ergebnisse und Perspektiven

Seit einigen Jahren diskutieren chinesische Wissenschaftler vehement die Frage, ob das durch Gini-Koeffizienten ausgedrückte Ausmaß der Disparitäten sich noch in einer akzeptablen Größenordnung bewegt oder ob bereits die Toleranzgrenze überschritten ist (siehe Abschnitt 4.4). Auf diese Auseinandersetzung, die an die im vorigen Abschnitt angeführte Kontroverse über die Kuznets-Hypothese erinnert, soll nicht weiter eingegangen werden, denn es macht wenig Sinn, über die Angemessenheit des gegenwärtigen Wertes einer hochaggregierten Maßzahl zu streiten, ohne auf die tieferen Bestimmungsgründe, die für das Zustandekommen eines solchen Wertes ursächlich sind, und deren Interdependenzen einzugehen. Auch die minutiöse Analyse des Zusammenwirkens derartiger Variablen kann das Phänomen nur an seiner Oberfläche berühren und kaum wirtschaftspolitische Impulse geben, wenn sie auf der Ebene der Beschreibung bleibt und nicht auf die Faktoren eingeht, die erst eine bestimmte Konstellation haben entstehen lassen, also weiter vorne in der Kette von Ursachen und Wirkungen stehen, und die gerade im chinesischen Fall nicht primär ökonomischer, sondern institutionell-politischer Natur sind. Ferner ist es ein fruchtloses Unterfangen, nur die Einkommensverteilung als solche zu betrachten, ohne ihre Dynamik zu verfolgen und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu berücksichtigen.

Ein gesamtwirtschaftlicher Gini-Koeffizient von ungefähr 0,4 sagt gerade im chinesischen Fall herzlich wenig aus. Eine solche Ausprägung fällt im internationalen Vergleich keineswegs aus dem Rahmen des Gewöhnlichen und kommt dem Erwartungswert für ein Land derartiger Größenordnung sehr nahe.<sup>175</sup> Ganz anders ist die Situation allein schon dann zu beurteilen, wenn man bedenkt, daß die Einkommenskonzentration in den letzten zehn Jahren mit enormer Geschwindigkeit zugenommen hat. Eine derartige Entwicklung ist in der Tat äußerst augenfällig und ein Indikator für starke sozio-ökonomische Umwälzungen. Die aufgrund der Konstanz der Bestimmungsfaktoren zu erwartende Fortsetzung dieses Trends läßt die Zunahme gesellschaftlicher Spannungen befürchten, da am Ausgangspunkt das Gleichheitsideal einer sozialistischen Wirtschaftsordnung stand und die chinesische Gesellschaft aus kulturellen Gründen eine Aversion gegen eine starke Konzentration materiellen Wohlstands aufweist (siehe Abschnitt 2.2.1).

Die Nivellierung der Einkommensverteilung an sich kann jedenfalls nicht das Ziel sein, da bei der Annahme eines Trade-offs von Einkommenshöhe und -gleichheit sonst negative Auswirkungen auf das Einkommensniveau zu erwarten sind. Jedoch sollten die Erzielung illegaler Einkommen bekämpft und die Rentengewinne durch die Verkleinerung und

<sup>175</sup>Für die Berechnung der Konzentration sämtlicher Einkommen eines Landes ergeben sich, auch abhängig von der Landesgröße, in empirischen Untersuchungen meistens Gini-Koeffizienten zwischen 0,2 und 0,6. Das Statistische Amt der VR China gruppiert die Giniwerte folgendermaßen:  $G < 0,2$  : extreme Gleichverteilung,  $0,2 \leq G < 0,3$  : relativ gleichmäßige Verteilung,  $0,3 \leq G < 0,4$  : weitgehend angemessenes Ausmaß der Ungleichheit,  $0,4 \leq G < 0,5$  : relativ große Ungleichheit,  $0,5 \leq G$  extrem große Ungleichheit (siehe z.B. Li Peilin (1995), S. 40).

schließliche Beseitigung der Differenzen zwischen staatlich determinierten und Marktwerten reduziert werden, da sie auf der Besetzung institutioneller Machtpositionen und nicht auf ökonomischen Leistungen beruhen (siehe Abschnitt 4.3). Problematisch und kausal eng mit der zu befürchtenden Zunahme der Einkommensungleichheiten verflochten ist außerdem vor allem die unvollständige Integration wirtschaftlicher Teilsysteme in der chinesische Gesamtwirtschaft. Denn sie findet ihren Ausdruck in einer institutionell bedingten Ungleichbehandlung der verschiedenen Teilsektoren, diskriminiert systematisch einzelne Bevölkerungsgruppen und führt wegen mangelhafter Transparenz, die durch die Inkongruenz der Generierungs- und Distributionsmechanismen bedingt ist, zu einem verzerrten Bild von der Einkommensverteilung bei der chinesischen Bevölkerung.

Aufgrund der höheren Löhne und Monetäreinkommen eines Teils der im privaten Sektor tätigen Stadtbewohner etwa stellen die im öffentlichen Sektor Beschäftigten Forderungen nach Lohnsteigerungen und einer Einkommensumverteilung zu ihren Gunsten auf, ohne die ihnen zukommenden Subventionen und Naturalien als Bestandteile ihres Einkommens zu berücksichtigen. Die im privaten Sektor Arbeitenden dagegen haben häufig Probleme, eine Wohnung mit zufriedenstellenden Lebensbedingungen und zu akzeptablen Kosten zu finden, und viele von ihnen müssen um das Fortbestehen ihrer Existenz bei Arbeitsunfähigkeit, Krankheit, Verlust des Arbeitsplatzes und im Alter fürchten, da sie keinen Versicherungsschutz genießen. Ein derartiger Dualismus führt zu Unzufriedenheiten, Neidgefühlen und Aversionen auf beiden Seiten und ließe sich durch die Monetarisierung der Einkommen im öffentlichen Sektor, die Kommerzialisierung des gesamten Wohnungsmarktes und die Ausgliederung der Sozialversicherungen aus dem Danwei-Bereich<sup>176</sup> beseitigen.

Darüber hinaus haben die systematische Bevorzugung der Stadtbewohner durch die kommunistische Regierung und die einseitige wirtschaftliche Förderung der Küstengebiete in der Reformperiode zu einem starken Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Einkommensungleichheit geführt. Nach Schätzungen Chengs betrug die städtisch-ländliche Einkommenskluft in den 30er Jahren noch 1,08:1, war jedoch schon 1955 auf 2:1 angewachsen; werden die Subventionen und Natureinkommen der Stadtbewohner berücksichtigt, ist das gegenwärtige Gefälle wesentlich höher (siehe Abschnitt 3.1). Yan geht von einer Zunahme der West-Mitte-Ost-Kluft der ländlichen Einkommen von 1:1,06:1,28 (1980) auf 1:1,27:1,88 (1994) aus (siehe Tabelle 13). Eine derartige Politik mag zur Anschubfinanzierung eines Industrialisierungsprozesses zwar sinnvoll sein, ist aber dann in Frage zu stellen, wenn sie die Einkommensgegensätze zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen eines Landes perpetuiert und Trickle-down-Effekte ausbleiben.<sup>177</sup> Denn die wirtschaftspolitisch bedingte Verschär-

---

<sup>176</sup>Durch die Auslagerung der Sozialversicherungen könnte auch die von der betriebswirtschaftlichen Lage des jeweiligen Unternehmens abhängige Verteilung ihrer Leistungen an die im staatlichen Sektor Beschäftigten durch eine stärker an den Bedürfnissen ausgerichtete Verteilung ersetzt werden (vgl. Chai/Chai (1994), S. 693). Ferner könnten die öffentlichen Unternehmen auf diese Weise von betriebsfremden Aufgaben entlastet werden. Zu den bereits unternommenen Anstrengungen auf diesem Gebiet siehe z.B. Stevenson-Yang (1996).

<sup>177</sup>Zu den Gründen für das Versagen des Trickle-down-Effektes siehe Chai (1994), S. 9 ff.



fung der Einkommensdisparitäten zwischen verschiedenen Teilsystemen verstößt gegen den Grundsatz der Chancengleichheit und führt zu einer Minderung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt. Die systematische Diskriminierung der Bauern und Binnenregionen birgt das Potential für gesellschaftliche Konflikte, verstärkt die sektorale Desintegration und führt zu unrealistischen Einkommenserwartungen der Stadt- und Küstenbewohner. Diese sind mittlerweile weniger an einer Kooperation mit den Inlandsgebieten interessiert als an einer grenzüberschreitenden Integration in regionale Wirtschaftsgröbräume und intensiveren außenwirtschaftlichen Beziehungen.<sup>178</sup> Ihr Einkommensniveau vergleichen sie lieber mit dem in den westlichen Industriestaaten als mit dem ihrer unterprivilegierten Landsleute. Über die Wanderarbeiter beschwerten sie sich, weil sie die Kriminalitätsrate ansteigen lassen, das ungenügend ausgebaute Verkehrsnetz überlasten und den verfügbaren freien Wohnraum verknappen, ohne zu bedenken, daß die Migranten vielfach Arbeiten durchführen, zu denen sie selbst nicht mehr bereit sind und die zum wirtschaftlichen Aufschwung der Städte und östlichen Landesteile beitragen.

Durch seine Entwicklungsstrategie hat sich der Staat selbst in ein gewisses Dilemma hineinmanövriert: Wenn er die ungerechte und wohlfahrtssuboptimale Diskriminierung beenden will, ist der Widerstand der von der bisherigen Ordnung Profitierenden kaum vermeidbar; bleiben dagegen die Ungleichgewichte bestehen oder werden sie gar noch verschärft, ist mit Unmutsbezeugungen der Bauern und Inlandsbewohner zu rechnen. In der gegenwärtigen Situation einer schnell wachsenden Volkswirtschaft ist der Staat imstande, eine im Vergleich zu den Stadteinwohnern relative Verbesserung der Lage der Landbewohner ohne absolute Wohlstandsverluste der urbanen Bevölkerung zu erreichen. Eine graduelle Abschaffung des Ankauf- und des Hukou-Systems und eine moderate Umverteilung zugunsten der Landbevölkerung unter Berücksichtigung der Akzeptanzschwelle der Stadtbewohner wären hilfreich, das Niveau der ruralen Einkommen zu erhöhen, und könnten ein Weg zur Befreiung des Staates aus der selbstgeschaffenen Sackgasse sein. Die Zulassung einer verstärkten urbanen Zuwanderung kann jedoch in einem Staat, in dem die offizielle städtische Arbeitslosenquote zwar lediglich bei 2,8% liegt,<sup>179</sup> nach inoffizieller Schätzung jedoch 15% betragen soll,<sup>180</sup> nur eine zweitbeste Lösung sein. Deshalb sollte der Zuzug in die Städte auch in geregelten, vom Staat weiterhin steuer- und kontrollierbaren Bahnen verlaufen. Die wie ein Damoklesschwert über dem chinesischen Entwicklungsprozeß hängende, in vielen anderen Entwicklungsländern abschreckend hervorstechende und fortwährend bestehende Gefahr einer "Favelaisierung" oder "Bombayisierung" der chinesischen Großstädte muß auf jeden Fall verhindert werden. Da die Optimallösung noch nicht gefunden worden ist (aufgrund der Bevölkerungsprobleme der VR China wahrscheinlich auch gar nicht existiert), die Skylla einer hohen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf der einen und die Charybdis der Produktivitätsfalle auf der anderen Seite sich weiter antagonistisch gegenüberstehen und

---

<sup>178</sup>Lediglich das Angewiesensein auf Rohstoff-Inputs aus den inneren Landesteilen hindert die Küstenprovinzen daran, sich noch stärker abzukoppeln.

<sup>179</sup>Vgl. ZGTJNJ (1995), S. 106.

<sup>180</sup>Vgl. Han (1994), S. 312.

sämtliche wirtschaftspolitischen Weichenstellungen mit hohen Opportunitätskosten verbunden sind, es aber auch nicht Sinn und Zweck der Wirtschaftspolitik sein kann, in Tatenlosigkeit und Lethargie zu verharren und auf die Probleme nur hinzuweisen, bleibt nur eine abwägende Kosten-Nutzen-Analyse und eine Entscheidung für das kleinere Übel. Am gravierendsten scheint nämlich die schwere Last der ländlichen Unterbeschäftigung zu sein, zumal die Urbanisierung der Industrialisierung hinterherläuft.<sup>181</sup> Weitere Maßnahmen könnten die Verlegung des Schwerpunktes der staatlichen Investitionstätigkeit in die ruralen und westlichen Gebiete und ihre bessere infrastrukturelle Anbindung an die ökonomischen Zentren sein. Die schrittweise Beseitigung der weichen Budgets und der Fonds außer Bilanz für die städtischen staatlichen Unternehmen und der Aufbau eines rationalen Kreditystems auf dem Lande und in den Städten würde die Position der ländlichen Betriebe (und auch der Privatwirtschaft) verbessern und vermutlich zu einer Verstärkung der Ungleichheiten innerhalb der ländlichen Räume beitragen, wäre aber gleichzeitig eine sinnvolle Möglichkeit, das Gefälle der städtischen zu den ländlichen Einkommen zu verkleinern. Besonderes Augenmerk sollte auf die Förderung des ländlichen Humankapitals durch Investitionen in das dortige Erziehungswesen gelegt werden, da im ruralen Raum, wie in Abschnitt 3.3.3 gezeigt, eine starke Korrelation zwischen Bildungsstand und Einkommenshöhe besteht. Durch die so verringerte gesamtgesellschaftliche Ungleichheit würden auch Spielräume für eine weitere, auf Leistungskriterien beruhende, Differenzierung der Einkommen der im öffentlichen Sektor Beschäftigten geschaffen.

Ziel sollte also die Integration der wirtschaftlichen Teilsysteme in einer einheitlichen Gesamtwirtschaft durch Fortführung und Vertiefung der Reformen (sukzessive Beendigung der Diskriminierung der ländlichen Bevölkerung unter Berücksichtigung der Akzeptanzschwelle der Stadtbewohner, Förderung einer geordneten Urbanisierung, Monetarisierung der Einkommen im geplanten Sektor, Schaffung eines danwei-unabhängigen Sozialversicherungssystems in den Städten und auf dem Lande, Reform der Staatsunternehmen usw.) sein. Dazu gehört die Einrichtung funktionsfähiger und integrierter marktwirtschaftlicher Institutionen und eine effektive makroökonomische Steuerung und Kontrolle durch die Regierung. Eine Einkommensumverteilung ist vor allem durch ein funktionierendes und flächendeckendes Einkommensteuersystem zu erreichen. Mit derartigen Mechanismen kann auch die vordringlichste wirtschaftspolitische Aufgabe, die Bekämpfung der relativen und insbesondere der absoluten Armut, besser bewältigt werden.

---

<sup>181</sup>Siehe hierzu z.B. die Angaben des Statistischen Jahrbuchs über die Anteile der verschiedenen Sektoren am Bruttoinlandsprodukt und die Ausmaße der städtischen und ländlichen Bevölkerung (vgl. ZGTJNJ (1995), S. 32 u. 59).

**Literatur:**

- Aoki Masahiko / Qian Yingyi, Hrsg. (1995): Zhuangui jingji zhong de gongsi zhili jiegou [Struktur der Unternehmensverwaltung in der Transformationswirtschaft], Beijing.
- Atkinson, A.B. (1970): On the measurement of inequality, in: *Journal of Economic Theory* 2, S. 244-263.
- Atkinson, A.B. (1983): *The economics of inequality*, 2. Aufl., New York.
- Atkinson, A.B. / Micklewright, J. (1992): *Economic transformation in Eastern Europe and the distribution of income*, Cambridge.
- Aubert, C. (1996): The Chinese Rural Economy in 1995, in: *The China Review*, S. 315-341.
- Blümle, G. (1975): *Theorie der Einkommensverteilung*, Berlin/Heidelberg.
- Böhn, D. (1987): *China*, Stuttgart.
- Bramall, C. / Jones M.E. (1993): Rural inequality in China since 1978, in: *The Journal of Peasant Studies* 21/1, S. 41-70.
- Cassel, D. / Caspers, A. (1984): Was ist Schattenwirtschaft?, in: *WiSt Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 1, S. 1-7.
- Chai, J.C.H. (1992): Agricultural development in China, 1979-1989, in: Chen, E.K.Y. / Maruya, T., Hrsg. (1992): *A decade of "open-door" economic development in China, 1979-1989*, Tokyo, S. 4-28.
- Chai, J.C.H. (1994): East-west regional income gap: Problems of divergent regional development in China, Arbeitspapier.
- Chai, J.C.H. / Chai K.B. (1994): Economic reforms and inequality in China, in: *Rivista Internazionale de Scienze Economiche e Commerciali* 41/8, S. 675-696.
- Chen Bingcai (1995): Qufen liang lei fenpei, chongsu shouru fenpei zhengce - chengzhen jumin shouru fenpei tiaojie jizhi yanjiu (zong baogao) [Unterscheidung zweier Arten von Verteilung, Neugestaltung der Einkommensverteilungspolitik - Erforschung der Regulationsmechanismen der Einkommensverteilung der Stadtbewohner (Hauptbericht)], Arbeitspapier des Instituts für Außenwirtschaft des Staatlichen Statistischen Amtes.
- Chen Jiyuan / Hu Biliang (1994): Zhongguo de sanyuan jingji jiegou yu nongye sheng yu laodongli zhuan yi [Die tripolare Wirtschaftsstruktur Chinas und die Migration landwirtschaftlicher überschüssiger Arbeitskräfte], in: *Jingji yanjiu* [Wirtschaftliche Forschung] 4, S. 14-22.
- Chen Jian / Fleisher, B.M. (1996) : Regional income inequality and economic growth in China, in: *Journal of Comparative Economics* 22, S. 141-164.

- Chen Zongsheng (1994): *Jingji fazhan zhong de shouru fenpei* [Einkommensverteilung in der wirtschaftlicher Entwicklung], Shanghai.
- Chan Kam Wing (1994): Urbanization and rural-urban migration in China since 1982, in: *Modern China* 20/3, S. 243-281.
- Cheng Tiejun (1994): Brief introduction of my research on China's household registration (Hukou) system, Arbeitspapier der chinesisch-amerikanischen Konferenz „Market Reform and Population Movement“, Beijing, 30./31. Mai 1994.
- Cheng Tiejun / Selden, M. (1994): The origins and social consequences of China's hukou system, in: *The China Quarterly* 139, S. 644-668.
- China aktuell (1991): 70 Millionen Wanderarbeiter, Nr. 12.
- China News Analysis (1993): Of wages and incomes, Nr. 1496.
- China News Analysis (1995): Floating around the towns, Nr. 1527.
- Cowell, F.A. / Kuga, K. (1981): Inequality measurement, in: *European Economic Review* 15, S. 287-305.
- Dalton, H. (1920): The measurement of the inequality of incomes, in: *The Economic Journal*, S. 348-361.
- Dasgupta, P. et al. (1973): Notes on the measurement of inequality, in: *Journal of Economic Theory* 6, S. 180-187.
- Denny, D.L. (1991): Provincial economic differences diminished in the decade of reform, in: Sharpe, M.E., Hrsg. (1991): *China's Economic Dilemmas in the 1990s*, S. 186-208.
- Donnithorne, A. (1972): China's cellular economy: Some economic trends since the cultural revolution, in: *The China Quarterly* 52, S. 605-619.
- FBIS-CHI-95-152 (1995): Wu Banguo interviewed on floating population, S. 14-16.
- Fei, J.C.H. / Ranis, G. (1964): *Laodong guosheng jingji zhi fazhan* [Entwicklung einer Wirtschaft mit Arbeitskräfteüberschuß], Taipei.
- Foster, J. et al. (1984): Notes and comments about a class of decomposable poverty measures, in: *Econometrica* 52/3, S. 761-766.
- Gärtner, W. (1977): *Über Kenneth Arrows Allgemeines Unmöglichkeitstheorem und einige Auswege aus dem Dilemma*, Bielefeld.
- Giersch, T. (1993): *Bergson-Wohlfahrtsfunktion und normative Ökonomie*, Frankfurt am Main.
- Griffin, K. / Zhao Renwei, Hrsg. (1993): *The distribution of income in China*, New York.
- Guojia jiwei shehui fazhan yanjiusuo ketizu [Fachgruppe des Instituts für gesellschaftliche Entwicklung der Staatlichen Planungskommission] (1994a): *Chengxiang jumin geren shouru fenpei tiaojie jizhi yanjiu (zhubaogao)* [Erforschung der Regulationsmecha-

nismen der personellen Einkommensverteilung der städtischen und ländlichen Bewohner (Hauptbericht)], Beijing.

Guojia jiwei shehui fazhan yanjiusuo ketizu [Fachgruppe des Instituts für gesellschaftliche Entwicklung der Staatlichen Planungskommission] (1994b): Chengxiang jumin geren shouru fenpei tiaojie jizhi yanjiu [Erforschung der Regulationsmechanismen der personellen Einkommensverteilung der städtischen und ländlichen Bewohner] (zhuantibaogao [Fachbericht] 1 bis 4), Beijing.

Guojia tongji ju [Staatliches Statistisches Amt] (1995): Guojia tongji diaocha zhidu [Untersuchungssystem der staatlichen Statistik], Beijing.

Guojia tongjiju nongdiao zongdui ketizu [Fachgruppe der Generalorganisation für sozio-ökonomische Studien im ländlichen Raum des Staatlichen Statistischen Amtes] (1994): Chengxiang jumin shouru chaju yanjiu [Erforschung der Einkommensdisparität der städtischen und ländlichen Einwohner], in: Jingji yanjiu [Wirtschaftliche Forschung], 1994/3, S. 34-45.

Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo [Forschungsinstitut für statistische Wissenschaft des Staatlichen Statistischen Amtes] (1994a): Nongcun jumin shouru shuiping ji chayi fenxi [Niveau des Einkommens der Landbewohner und Analyse der Disparität], in: Yanjiu cankao ziliao [Informationsmaterialien zur Forschung] (68).

Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo [Forschungsinstitut für statistische Wissenschaft des Staatlichen Statistischen Amtes] (1994b): Yingxiang nongcun jumin shouru wending xietiao tigao de yinsu shentao [Gründliche Erforschung der Faktoren, die auf eine stabile Zunahme des Einkommens der Landbewohner einwirken], in: Yanjiu cankao ziliao [Informationsmaterialien zur Forschung] (69).

Guojia tongjiju tongji kexue yanjiusuo, guojia tongjiju nongdiao zongdui [Forschungsinstitut für statistische Wissenschaft des Staatlichen Statistischen Amtes, Generalorganisation für sozio-ökonomische Studien im ländlichen Raum des Staatlichen Statistischen Amtes] (1995): Jin nian lai nongcun jumin de shouru fenpei wenti [Fragen der Einkommensverteilung der Landbewohner in den letzten Jahren] (shouru fenpei wenti yanjiu baogao [Forschungsbericht über Fragen der Einkommensverteilung] 4), in: Yanjiu cankao ziliao [Informationsmaterialien zur Forschung] (72).

Guowuyuan renkou pucha bangongshi / Guojia tongjiju renkou tongjisi [Büro für Volkszählung des Staatsrates / Statistische Abteilung für Bevölkerung des Staatlichen Statistischen Amtes] (1995): Zhongguo 1990 nian renkou pucha - guoji taolunhui lunwenji [Zensus der chinesischen Bevölkerung im Jahre 1990 - Sammlung der Diskussionspapiere auf der internationalen Konferenz], Beijing.

Han Jun (1994): Kua shiji de nanti [Transsäkulare Probleme], Taiyuan.

Harris, J.R. / Todaro, M.P. (1970): Migration, unemployment and development: A two-sector analysis, in: The American Economic Review, S. 126-142.

- Heberer, T. (1994): Länderanalyse Volksrepublik China, in: Nohlen, D. / Nuscheler, L., Hrsg.(1994): Handbuch der Dritten Welt, 3. Aufl., München, Bd. 8, S. 64-138.
- Herrmann-Pillath, C. (1995a): Marktwirtschaft in China, Opladen.
- Herrmann-Pillath, C., Hrsg. (1995b): Wirtschaftliche Entwicklung in Chinas Provinzen und Regionen, 1978-1992, Baden-Baden.
- Ho, S.P.S (1995): Rural non-agricultural development in post-reform China: Growth, development patterns, and issues, in: Pacific Affairs, S. 360-391.
- Hsiung Bingyuan / Putterman, L. (1989): Pre- and post-reform income distribution in a Chinese commune: The case of Dahe township in Hebei province, in: Journal of Comparative Economics 13, S. 406-445.
- Hu Heli (1989): 1988 nian zhongguo zujin jiazhi de gusuan [Schätzung des Wertes der chinesischen Renteneinkünfte im Jahre 1988], in: Jingji shehui tizhi bijiao [Vergleich sozio-ökonomischer Ordnungen] 5.
- Huang Weiting / Li Fan (1990): Dangdai Zhongguo de xiaofei zhi mi [Rätsel des gegenwärtigen chinesischen Konsums], Beijing.
- Hussain, A. et al. (1994): Income inequalities in China: Evidence from household survey data, in: World Development 22/12, S. 1947-1957.
- Jenkins, J. (1988): Reranking and the analysis of income redistribution, in: Scottish Journal of Political Economy 35/1, S. 65-76.
- Kakwani, N.C. (1980): Income inequality and poverty, Washington.
- Khan, A.R. et al. (1992): Household income and its distribution in China, in: The China Quarterly 132, S. 1029-1061.
- Krelle, W. (1978): Introduction: The theory of personal income distribution, in: Krelle, W. / Shorrocks, A., Hrsg. (1978): Personal income distribution, Amsterdam.
- Kuznets, S. (1955): Economic growth and income inequality, in: American Economic Review 45, S. 1-28.
- Lai Desheng (1995): Wending zhuangui zhong de geren shouru fenpei (yanjiu baogao) [Personelle Einkommensverteilung in der stabilen Transformation (Forschungsbericht)], "shichang jingji fazhan zhong de shouru chaju wenti yanjiu" ketizu [Fachgruppe für die "Erforschung von Fragen der Einkommensdisparitäten in der marktwirtschaftlichen Entwicklung"], Beijing shifan daxue [Pädagogische Hochschule Beijing].
- Lewis, W.A. (1954): Economic development with unlimited supplies of labour, in: The Manchester School 22, S. 139-191.
- Li Chengrui (1986): A statistical analysis on recent policy influence on individual income and consumer behavior, in: Statistical Research 11.

- Li Peilin (1995): Shehui gongping fenpei chaju yu jingji zhuanxing [Sozial gerechte Verteilung und ökonomische Transformation], in: Xiandaihua yanjiu zhuanke [Extraausgabe der Erforschung der Modernisierung], Taipei.
- Li Qiang (1995): Zhongguo dalu de shouru chaju wenti [Fragen der Einkommensdisparitäten des chinesischen Festlandes], guoji yantao huiyi lunwen [Diskussionspapier auf der internationalen Forschungskonferenz], Beijing.
- Lo Chor-Pang (1990): The geography of rural regional inequality in mainland China, in: Institute of British Geographers, Transaction News Series 15, S. 466-486.
- Mallee, H. (1995): China's household registration system under reform, in: Development and Change 26, S. 1-29.
- Putterman, L. (1992): Dualism and reform in China, in: Economic Development and Cultural Change, S. 467-493.
- Ranis, G. / Fei, J.C.H. (1961): A theory of economic development, in: The American Economic Review 51/4, S. 533-565.
- Riskin, C. (1994): Chinese rural poverty: Marginalized or dispersed?, in: Area Papers and Proceedings 84/2, S. 281-284.
- Sen, A. (1976): Poverty: An ordinal approach to measurement, in: Econometrica 44/2, S. 219-231.
- Sen, A. (1979): Issues in the measurement of poverty, in: Scandinavian Journal of Economics, S. 285-307.
- Shorrocks, A.F. (1982): Inequality decomposition by factor components, in: Econometrica 50/1, S. 193-211.
- Shorrocks, A.F. (1983): Ranking income distribution, in: Economica 50, S. 3-17.
- Stevenson-Yang, A. (1996): Re-vamping the welfare state, in: The China Business Review 1, S. 8-17.
- SWB (1994): Labour issues, FE/1929, S. 6-8.
- Todaro, M. (1969): A model of labor migration and urban unemployment in less developed countries, in: The American Economic Review 59, S. 138-148.
- Tsui Kai Yuan (1991): China's regional inequality, 1952-1985, in: Journal of Comparative Economics 15, S. 1-21.
- Wan Anpei (1995): Zujin guimo de dongtai kaocha [Dynamische Untersuchung des Umfangs der Renteneinkünfte], in: Jingji yanjiu [Wirtschaftliche Forschung] 2, S. 75-80.
- Wang Chunzheng (1995): Wo guo jumin shouru fenpei wenti [Fragen der Einkommensverteilung der chinesischen Einwohner], Beijing.
- Weggel, O. (1994): China, 4. Aufl., München.

- Willig, R.D. (1981): Social welfare dominance, in: AEA Papers and Proceedings 71/2, S. 200-204.
- Woll, A. (1990): Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 10. Aufl., München.
- The World Bank (1983): China: Socialist economic development, Washington.
- The World Bank (1992): China: Strategies for reducing poverties in the 1990s, Washington.
- Wu, H.X. (1994): Rural to urban migration in the People's Republic of China, in: The China Quarterly 139, S. 669-698.
- Xian Zude / Yan Yumin (1995): Jinnian lai nongcun jumin de shouru fenpei wenti [Fragen der Einkommensverteilung der Landbewohner in den letzten Jahren], in: Diaoyan Shijie [Welt der Untersuchung und Forschung].
- ZGNCTJNJ - Zhongguo nongcun tongji nianjian [Statistisches Jahrbuch der chinesischen ländlichen Gebiete] (1994), Beijing.
- ZGRKTJNJ - Zhongguo renkou tongji nianjian [Statistisches Jahrbuch der chinesischen Bevölkerung] (1995), Beijing.
- ZGTJNJ - Zhongguo tongji nianjian [Statistisches Jahrbuch Chinas] (verschiedene Jahrgänge), Beijing.
- Zhang Wenxian / Jiang Xiarong (1989): The transformation of the agricultural population and the urbanisation process in China, in: International Journal of Social Economics 16/1, S. 40-51.
- Zhang Xinmin et al. (1994): Chengxiang jumin shouru chaju yanjiu [Erforschung der Einkommensdisparität der städtischen und ländlichen Einwohner], guojia tongjiju nongdiao zongdui [Generalorganisation für sozio-ökonomische Studien im ländlichen Raum des Staatlichen Statistischen Amtes], guoji yantao huiyi lunwen [Diskussionspapier auf der internationalen Forschungskonferenz], Beijing.
- Zhang Renze / Tam, Mo-Yin S. (1991): Changes in income distributions in China in the process of economic reform in the 1980s: A welfare approach, in: China Economic Review 2/1, S. 97-114.
- Zhao Renwei (1990): Two contrasting phenomena in China's income distribution, in: Cambridge Journal of Economics 14, S. 345-349.
- Zhao Renwei (1995): Xiang shichang jingji zhuanhuan guocheng zhong Zhongguo dalu de shouru fenpei [Die Einkommensverteilung des chinesischen Festlandes in der marktwirtschaftlichen Transformation], Zhongguo xiandaihua yantao huiyi lunwen [Diskussionspapier auf der Forschungskonferenz über die Modernisierung Chinas], Taipei.



Zhao Renwei / Griffin, K., Hrsg. (1994): Zhongguo jumin shouru fenpei yanjiu [Erforschung der Einkommensverteilung der chinesischen Einwohner], Beijing.